

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Mittwoch, den 23. November 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis pränumerando:
Vierteljährlich 1.30 RM., monatlich 1.10 RM.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnement: 1.10 RM. pro Monat.
Eingetragen in die Post-Bestellungs-
preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
je oder deren Raum 40 Pf. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Besammlungs-Anzeigen 25 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das erste (fest-
gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Inzertate für
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphisch - Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Die neue Lage in Italien.

Rom, den 18. November. (Eig. Ber.)

Der Wahlkampf ist zu Ende, die große Erregung der
Geister ist verflogen und all der maßlose Kraftaufwand der
letzten Wochen hat glücklich an Stelle der alten Kammer eine
neue gesetzt, die der ersten gleicht, wie ein Ei dem andern. Sie
hat eine numerisch sehr große ministerielle Mehrheit — 337
Ministerielle — 39 Vertreter der konservativen Opposition,
3 Ministerielle und 4 konservativ-Ministerielle (zwei Gruppen, die sich
jedemfalls selbst nicht von einander zu unterscheiden
wissen), schließlich 38 Radikale, 25 Republikaner
und 32 Sozialisten. Ueber den Wahlausgang von
30 Wahlen hat die Kammer zu entscheiden. Es ist also
so ziemlich alles beim Alten geblieben. Die konservative
Opposition hat mehrere Sitze eingebüßt, die Radikalen ver-
lieren 7, die Republikaner 2, die Sozialisten keinen Sitz, von
wesentlichen Verschiebungen ist aber keine Rede.

Wir sind natürlich weit entfernt, unseren Kraftaufwand
während der Wahlzeit für Vergeudung zu halten. Für die
Partei war es eine treffliche Zeit der Propaganda und eine
Gelegenheit zur Heerchau über ihre Kräfte, reich an Lehren
und Ermuthigung. Uns ist jede Wahlagitator, wie jede
mit Ernst und Eifer geführte Agitation unentbehrlich. Ganz
anders sieht aber das Kabinett dem Wahlausgang gegenüber,
das ja für kein Programm Propaganda zu machen hatte,
sondern einzig eine willige und gefügige Mehrheit rekrutieren
sollte. Eine Mehrheit ist da, erdrückend, wie es die der
letzten Monate der Legislaturperiode war. Aber sie hat
einen gewaltigen Fehler: sie ist ganz und gar un-
zuverlässig.

Nicht, daß sie aus anderem Stoff wäre, als sonst
ministerielle Mehrheiten in Ländern ohne scharfumrissene
bürgerliche Parteien sind. Sie ist wie alle Mehrheiten:
gegügig gegen Ende der Legislaturperiode, aber über-
müht und zu Seitenstößen und Verrat geneigt, wenn sie
frisch gewählt ist. Giolitti steht vor ziemlich der gleichen
Kammer, vor der er im Oktober stand, aber er hat nicht mehr
das wunderbare Drohmittel in der Tasche, das er damals
hatte: das Dekret der Kammer-Auflösung. Die
junge Kammer weiß, wenn es zu einem Konflikt zwischen ihr
und dem Kabinett kommt, so muß der Minister gehen und die
Kammer bleibt. Man fürchtet daher den Konflikt nicht mehr und
die entfernte Möglichkeit, das Kabinett zu Fall zu bringen,
entfesselt die Eitelkeit und den Ehrgeiz der Portefeuille-Aspiranten,
um die sich gar schnell besondere Interessengruppen zusammen-
ziehen. In der Ferne und Sprunghaftigkeit unseres
politischen Lebens, die in dem Mangel bürgerlicher Parteien-
gliederung ihren unmittelbaren Grund hat, sieht jedes
Ministerium unsicherer vor der neuen als vor der alten
Kammer.

Giolitti hat aber außerdem einen besonderen Grund der
Unsicherheit, der aus der politischen Unredlichkeit und Ver-
logenheit seiner Wahlaktion quillt. Von den Pressionen und
Wahlmogeilen spreche ich dabei nicht; das ist mehr Technik
der Wahlmacht, die ihm natürlich gerne von denen verziehen
wird, die den Vorteil davon hatten. Die programmatische
Unredlichkeit aber, durch die das Kabinett seine Mehrheit aus
allen Schattierungen der bürgerlichen Gruppen zusammenlas,
muß ihm auf die Dauer verhängnisvoll werden. Dem Namen
nach war das Kabinett Giolitti bisher ein liberales, das sich
in einigen Punkten ganz scharf von der reaktionären Opposition
abhub. Es hatte, trotz aller Seitenstöße, eine andere
politische Richtung als Sonnino. Derselbe Giolitti hat
nun im Wahlkampf alle Unterschiede zwischen konservativen und
liberalen verwischt. Bis auf die wenigen offiziell kenntlichen
Sonninianer, die schandenhalber nicht mit ihm anbandeln
konnten, hat er als ministeriell alles gelten lassen, was nicht
sozialistisch, republikanisch oder ausgesprochen radikal gefinnt
war. Für den „Kampf gegen den Umsturz“ war dieser
studdel-Ruddel sehr vorteilhaft. Jetzt ist der Kampf zu
Ende: wie will nun Giolitti mit der vielschichtigen Mehrheit
arbeiten?

Es ist undenkbar, daß die Liberalen, die die erste freiheit-
liche Aera Zanardelli-Giolitti stützten, an einem
Strang ziehen können mit konservativen und Ministerialen. In
den allgemeinen Erklärungen sind alle gleich freisinnig,
arbeiterfreundlich und fortschrittlich, weil es ihnen dabei nur
darauf ankommt, den Mund recht voll zu nehmen. Beim
praktischen Handeln müssen sich aber Unterschiede zeigen. Die
Rechte wird immer für das Verwenden von Soldaten an
Stelle von Streitenden eintreten, für die Drangsalierung der
Organisationen usw., die Linke als Ganzes kann sich dem nicht
anschließen.

Zahllose schwebende Fragen, wie die der Auslieferung
Bessiers, der russischen Polizei in Italien, werden von dem
ministeriellen Block verschieden beurteilt werden. Es genügt
nicht, Ministerialen und konservativen Giolittianer zu taufen, um
sie zu einer halbwegs liberalen Politik zu befehlen. Belehrt
sich aber Giolitti zu ihnen, so verliert er den doch wohl
150 Stimmen umfassenden liberalen Flügel, der sein erster
Stützpunkt war. Auf alle Fälle verliert er die Mehrheit.

In diese verwünschte Situation hat sich die Regierung
hineinbegeben aus Sozialistenangst. Sie ist der Preis, mit
dem die Regierung ihren sogenannten Triumph über die Partei
bezahlt. Die Majorität, unsere Parteifraktion auf 40 oder

50 Deputierte anwachsen zu sehen, war so groß, daß Giolitti
sich dem liberal-konservativen Konfusionsismus in die Arme
warf, um vor ihr sicher zu sein. Selbst wenn uns die
Regierung besiegt hätte, so wäre der Preis zu hoch gewesen.
Giolitti hat sich den Sieg seine politische Zukunft kosten
lassen. Im Bunde mit den Ministerialen hat er den Sozialisten
die Stütze bieten können: mit ihnen kann er aber nicht arbeiten
und ohne sie auch nicht.

Nur dadurch, daß das Ministerium mit liberalem Pro-
gramm, das die vielleicht etwas zurückgeschraubten
Forderungen der Radikalen einschloß, den Kampf aufnahm,
konnte Giolitti dieser Situation entgehen. Er hätte für sein
Programm, nicht lediglich gegen unseres kämpfen sollen.
Nicht die nächsten Wochen, wohl aber die nächsten Monate
werden zeigen, daß der überflüssige Giolitti die Kosten des
Wahlkampfes tragen muß und seine Früchte anderen über-
lassen.

Daß die Partei aus ihrer parlamentarischen Isolation,
in der sie die Auflösung der äußersten Linken verfehlt hat,
heraustreten wird, ist nicht zu erwarten. Die Stichwahlen
haben uns zwar das Wahlbündnis mit Republikanern und
Radikalen gebracht, das die Kongressbeschlüsse der Partei
freistellen, aber auch gleichzeitig die Lehre, daß die
Sozialisten in diesen Fällen stets die Fische für die anderen
bezahlen. Wir haben allen in Stichwahl stehenden
Republikanern zum Siege verlockt, indem sie ihr Versprechen, für
uns zu stimmen, nicht einlösten. Ob es Verrat war, ob bloß
Schlafheit und Disziplinlosigkeit ist nicht zu entscheiden: der
Effekt war für uns der gleiche. Von 30 Stichwahlen
siegten wir in 4, die Republikaner dagegen in 8 von 8 Stich-
wahlen.

Das so oft korrigierte Wahlergebnis der Partei ist nun
endgültig das folgende: Von Parteigenossen wurden im
ersten Wahlgang 25, im zweiten 4 Mandate erobert, 18 in
alten, 11 in neu gewonnenen Kreisen. Außerdem sind drei
außerhalb der Partei stehende Sozialisten gewählt: Lurati,
de Felice, und ein sich erst dieser Tage als Sozialist ent-
puppender Sizilianer, Auteri-Verretta. Macht im
ganzen 32 Sozialisten, wie vorher.

Die Partei hatte allerdings gehofft, mit ansehnlichem
Mandatzuwachs abzuschließen. Daß das Ministerium aus
den Wahlen politisch kompromittiert hervorgehen würde, in der
einen Hand den Beihwasserwedel, in der anderen das Dreieck
der Freimaurer, hatte man aber nicht vorauszusehen und zu
hoffen gewagt. Das eine Ergebnis tröstet uns über das
andere.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. November.

Der allzu anständige Reichstag.

In einem Artikel über „Parlamentarismus und Demokratie“
wiederholt der „Reichsbote“ das alte konservative Gejammer über
den angeblichen Niedergang der Parlamente, das seinen Grund nur
darin hat, daß die demokratischen Parlamente den konservativen
zuwider sind. Das Blatt erinnert an die schlimmen Szenen im
spanischen, ungarischen und französischen Parlament, ohne die sehr
verschiedenen Ursachen, aus denen die Vorgänge erwachsen, zu unter-
scheiden. Doch die Betrachtung über die Vorgänge in den aus-
wärtigen Staaten ist für den „Reichsboten“ nur das Vorspiel für
seinen Reichstagsgänger, der sich höchst eigenartig äußert. Der
„Reichsbote“ gelangt zu den folgenden Darlegungen:

Gegenwärtig sind unter den europäischen Parlamenten nur
die von England und dem Deutschen Reich, in denen
sich Austritte, wie die erwähnten, nicht zugetragen haben.
Aber auch in Deutschland macht sich der Niedergang der
parlamentarischen Verhandlung, die Verrohung des Tones und der
Zustand der Reden bereits außerordentlich stark bemerkbar.
Nur vor dem Kerker sind wir bisher bewahrt geblieben.
Die Ursache ist hier wie in den romanischen Ländern immer die
gleiche: die zunehmende Demokratisierung, die Ueberfüllung der
Volksvertretungen mit Elementen, die angeblich die Volksrechte
verteidigen wollen, in Wirklichkeit jedoch kein anderes Geheiß
und kein anderes Recht als ihren persönlichen Willen kennen. Theo-
retisch ist die Demokratie immer volksfreundlich und will die Sach-
lichkeit auch entgegenstehenden Anschauungen gegenüber wahren;
aber in der Praxis zeigt sie eine Intoleranz der Bestimmung und
eine Befangenheit des Urteils, wie sie gerade ihrer Richtung über-
ansteht und die Absicht, die eigenen proklamirten Grundsätze zur
Herrschaft zu bringen, tritt dabei aufs deutlichste hervor.

Das Streben nach Macht und die mangelnde Selbstzucht der
demokratischen Führer bringen es mit sich, daß die Parlamente
immer mehr verrohen. Auch bei uns werden Zustände, wie sie
in Paris, Rom und Wien zum Alltäglichen gehören, schwerlich
ausbleiben, wenn die sozialdemokratischen Ab-
geordneten sich noch weiter vermehren und ihr Selbstbewußtsein
wie ihre Pläne noch deutlicher als bisher werden offenbaren
können. Diese Krankheit der Zeit wird als solche übrigens aller-
seits anerkannt, aber merkwürdigerweise gibt es nur wenige, welche
dem Uebel zu Leibe gehen und es wirklich beseitigen wollen. Das
ist jedoch nur möglich, wenn die Wahl von Abgeordneten der
extremen Linken nach Möglichkeit verhindert wird. Dieses wäre
nur durch die Veränderung des Wahlrechts zu erreichen, welches
gegenwärtig nur dem brutalen und rücksichtslosen Demagogentum
zu gute kommt und den äußersten Radikalismus begünstigt.

Nach ist die Erkenntnis nicht allgemein durchgedrungen, daß
das demokratische Wahlrecht die Hauptursache
am Niedergang des Parlamentarismus trägt.
Die Volksvertretungen müssen noch stärker ihre Pflichten verstehen,
um das zu bewirken. Dann wird vielleicht eine Re-

form des Wahlrechts zustande kommen. So lange
das aber nicht geschieht, ist an eine Besserung der gegenwärtigen
traurigen parlamentarischen Zustände nicht zu denken.

Der Ignorismus des gottseligen Blattes wird durch den Hinweis
offenbar, daß in denjenigen Parlamenten, von denen üblen Zu-
ständen der „Reichsbote“ ausgeht, entweder überhaupt das Gegen-
teil von Demokratie herrscht oder die Mehrheit von Leuten
verübt wird, welche die Feinde der Demokratie sind. In Ungarn
sind die arbeitenden Klassen, deren Vertreter der Herabwürdigung
des Parlaments bezichtigt werden, von der Vertretung im Parlament
ausgeschlossen; in der spanischen Cortez sitzt nicht ein Sozialdemokrat;
in Frankreich war es ein liberal-reaktionärer Deputierter, der die
Gewalttätigkeit im Parlament verübte.

Es ist natürlich ebenso schamlose Unwahrheit, von einer Ver-
rohung des Tones und dem Tiefstand der Reden bezüglich des
Reichstages zu sprechen, sofern nicht etwa der „Reichsbote“ an die
häufige Geistlosigkeit seiner konservativen Freunde denkt. Das
Interessante dieser Ausführungen des frommen Blattes aber ist der
Ausdruck des schweren Vergers darüber, daß im deutschen Reichstag
nicht widerwärtige Szenen sich abspielen, die geeignet wären, sein
Ansehen vor der Bevölkerung herabzusetzen. Der „Reichsbote“
wünscht — das ist Kern und Sinn des Artikels — die Ver-
schlechterung des Wahlrechts. Ihm ist das Recht des
Volkes, teilzunehmen an der Ordnung der öffentlichen Angelegen-
heiten, in tiefer Seele verhasst. Er wünscht, daß ledig-
lich diejenigen Klassen die Herrschaft führen, die seine Anschauungen
vertreten, die Junker, die Orthodoxen, die Besitzenden. Da nun
aber der „Niedergang des Parlamentarismus“, den der „Reichsbote“
als eine Voraussetzung für die Verschlechterung des Wahlrechts dar-
stellt, in Deutschland nicht vorhanden ist, so gelangt das ehrenhafte
Blatt zu dem sehnsüchtigen Wunsch, daß doch die Volksvertretung
in Deutschland endlich ihre Pflichten verlegen“ möge, damit so die
Neigungen der Wahlrechtsverschlechterung gestärkt werden und die
Wünsche der Reaktion Erfüllung finden. Um eine angebliche Besse-
rung der parlamentarischen Zustände herbeizuführen, wünscht das
konservative Gemüt die Verschlechterung der parlamentarischen
Sitten! Von solchen Anschauungen bis zur Politik politischer Agents
provocateurs ist nur ein Schritt.

Preussisches Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhause nahm am Dienstag nach längerer
Debatte den Gesetzesentwurf betreffend die Errichtung eines
Oberlandesgerichts in Düsseldorf mit un-
wesentlichen Änderungen in zweiter Lesung an. Dem neuen
Oberlandesgericht sollen nach den Beschlüssen des Hauses zu-
gewiesen werden die jetzt zum Oberlandesgericht Köln gehören-
den Bezirke der Landgerichte in Cleve, Düsseldorf und Ober-
feld sowie der Bezirk des Landgerichts in Duisburg, der heute
zum Oberlandesgericht in Hamm gehört; das Gesetz soll
nicht vor dem 16. September 1906 in Kraft treten. Ein An-
trag des Abgeordneten Bachem (Ztr.), der das Zustandekommen
des Gesetzes von der Errichtung neuer Landgerichte
in Arefeld und M.-Gladbach abhängig machen wollte, fand
keine Annahme.

Ferner nahm das Haus den Antrag Serold (Ztr.) auf
Änderung des Gesetzes betr. die durch ein Auseinander-
setzungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten
an. Die Änderung soll sich in der Richtung
vollziehen, daß 1. die Verwaltung der gemeinschaftlichen Ange-
legenheiten neben dem Gemeindevorsteher durch eine aus der
Mitte der Interessentenschaft gewählte Vertretung unter Vor-
sitz des Gemeindevorstehers geführt wird; 2. für die Vertei-
lung der Kosten nur dann die Bestimmungen des Teilungs-
rezeßes maßgebend sind, wenn der Verteilungsmaßstab in un-
zweifelhaft festen Zahlen bestimmt ist, und kein Unterschied
zwischen Instandsetzung und Instandhaltung oder ähnliche
Unterschiedungen gemacht sind; 3. wenn nicht nach den Be-
stimmungen des Rezeßes verfahren wird, die Kosten nach Maß-
gabe des Gesamtinteresses, nicht nur nach dem Wert der
Mächten aus der Gemeinheitsleistung zu verteilen sind; 4. das-
selbe außerdem auf solche nicht öffentlichen Wege, deren Ver-
nutzung einem bestimmten Personenzirkel zusteht (Inter-
essenwege), sinngemäße Anwendung findet.

Am Mittwoch stehen kleinere Vorlagen auf
der Tagesordnung.

Der Semstwo-Kongress.

Die russische Regierung hat eingesehen, daß sie mit der
bisherigen schrankenlosen Wirtschaft der Bureaucratie Rußlands
Weltmachtstellung nicht mehr aufrechterhalten kann. Der
Minister des Innern ist dem Wunsche der fremden Elemente
der russischen Semstvos entgegengekommen und hat den Vertre-
tern sämtlicher Gouvernements-Semstvos gestattet, am
19. November in Petersburg zusammenzukommen, um über
die Stellung und die Aufgaben dieser Selbstverwaltungsorgane
zu beraten.

Nachdem die gesamte russische Presse bewillkommnete die
Zusammenkunft mit dem Wunsche, der Kongress möge sich
nicht in kleinliche Detailfragen verlieren, sondern sein Urteil
über die gesamten Verhältnisse Rußlands
fällen. Der Regierung ist es im letzten Augenblicke bange
geworden vor den Geistern, zu deren Wachrufen sie nun in
ihrer Notlage beitrug, und der Minister Swiatopolski-Mirsky
sucht die in Petersburg angekommenen Delegierten zu über-
reden, den Kongress bis Januar zu vertagen. Die Delegierten
beharrten aber dabei, daß sie jetzt tagen wollen und der
Kongress hat auch am 19. November begonnen, allerdings sind

Seine Sitzungen nicht öffentlich, auch darf die Presse keine Mitteilungen über ihn bringen.

Ueber den Verlauf des Kongresses ist zur Zeit noch nichts bekannt. Die letzten Nachrichten des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes sind aber in der Lage, den von Semstwovertretern ausgearbeiteten Entwurf einer konstitutionellen Verfassung für Rußland mitzuteilen. Wir geben ihn hier im Auszuge wieder:

Fundamentalgesetze des russischen Kaiserreichs.
An der Spitze steht der Kaiser und die Staatsversammlung (Gosudarstvennaja Duma). Freiheit des Gewissens, der Versammlungen, Unverletzlichkeit der Persönlichkeit. Die Thronfolge bleibt unverändert. Der Kaiser leitet den Staatseinkünften und der Duma einen Treueid. Die Person des Kaisers ist unverletzlich. Die Minister sind für die Handlungen des Kaisers verantwortlich.

Die Staatsduma, die auf die Dauer von drei Jahren gewählt ist, besteht aus zwei Kammern: 1. Die Semstwo-Kammer und 2. die Kammer der Volksvertreter. Die Semstwo-Kammer besteht aus Vertretern der Semstvos und Stadtverordneten-Versammlungen. Die Kammer der Volksvertreter besteht aus Abgeordneten, die auf Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählt sind. Das aktive und passive Wahlrecht gehört einem jeden volljährigen Bürger männlichen Geschlechts. Die Gesetze werden von beiden Kammern angenommen und vom Kaiser bestätigt. Die Exekutivgewalt liegt in den Händen des Kaisers, der die Minister ernannt.

Wie gesagt, ob dieser Entwurf dem Kongress in der Tat vorgelegt hat und von ihm akzeptiert worden ist, und ob der Kongress überhaupt die auf ihn gesetzten Hoffnungen erfüllt hat und sich mit Fragen der russischen Staatsverfassung überhaupt befaßt hat, ist uns zurzeit noch unbekannt. Jedenfalls sind aber die revolutionären Elemente von Petersburg aus Anlaß des Kongresses in großer Erregung. In den Kreisen der Studentenschaft und der Arbeiterschaft finden Versammlungen statt, in denen die aus der gegenwärtigen Situation sich ergebenden Aufgaben besprochen werden. So ist von der „vereinigten sozialdemokratischen Organisation der Petersburger Studentenschaft“ eine Resolution angenommen worden, in der ausgesprochen wird, der Semstwo-Kongress, als Vertretung nur einer Klasse der Bevölkerung, sei nicht geeignet, das Land von der gegenwärtigen Krise zu befreien, diese Aufgabe könne nur von einer auf Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählten konstituierenden Versammlung gelöst werden.

Deutsches Reich.

Militärjustiz. Am Sonnabend wurden in Dessau vom Kriegsgesicht der 8. Division zwei Soldaten Günther und Voigt zu der furchtbaren Strafe von je fünf Jahren und einem Tage Zuchthaus verurteilt. Es handelt sich um eine ganz gewöhnliche Rauferei, die ein Antozoffijew Heine in der Trunkenheit provoziert hatte.

Günther und Voigt hatten ihrem Vorgesetzten Heine, nachdem er im Tanzsaal verschiedene Exzesse verübt hatte, den Säbel entrisen, mit dem er um sich schlug; dabei kam Heine zu Fall.

Diese fünf Jahre Zuchthaus waren die gesetzlich zulässigen Mindeststrafen für das Delikt des „Anspruchs“!

Heine, der das ganze Unheil veranlaßt hatte, erhielt nur drei Monate Gefängnis!

Der Fall beleuchtet kräftig die Unmöglichkeit unserer heutigen Militärjustiz. Wir kommen auf ihn eingehend zurück.

Wo das Zentrum herrscht.

Wie haben in der Sonnabendnummer berichtet, daß die Armenverwaltung in Aachen es unternommen hat, brotlose Weber, die um Armenunterstützung eingekommen sind, als Arbeitswillige an Firmen zu verweisen, mit denen der christliche Textilarbeiterverband in Lohnkampf liegt. Die Weber hatten die Wahl, entweder zu Verrätern an ihren Väldern zu werden, oder aber zu hungern. Mittlerweile hat sich die Stadtverordneten-Versammlung in Aachen mit der Angelegenheit befaßt, nicht aus eigenem Triebe, sondern infolge der Empörung, die das Vorgehen der Armenverwaltung hervorgerufen hat. Um das Folgende richtig wärigen zu können, ist vorab zu bemerken:

Die Lohnwebervereine Aachens haben eine Vereinigung, nach deren Beschluß Aufträge unter bestimmten Sägen nicht angenommen werden dürfen. Mit dieser Unternehmervereinigung hat der christliche Textilarbeiterverband einen Mindestlohnvertrag. Vor 4 Wochen vergab die Firma Herz u. Haymann an die Lohnwebervereinigung u. Hoffmann Behaufträge unter den Sägen des Tarifs der Unternehmer. Infolgedessen verlor die letztere Firma, den Lohnvertrag der Arbeiter zu durchbrechen. Da die Firma nicht nachgab, kam es zum Ausstand. Nun machte die erstere Firma einen Eid: Um ihre Arbeiten fertig zu bekommen, „mietete“ sie die Webstühle von Crous u. Hoffmann, erklärte, den Mindestlohn zu zahlen, lehnte es aber ausdrücklich ab, die ausständigen Weber zu beschäftigen. Unter diesen Umständen fand die Firma selbstverständlich keinen organisierten Arbeiter. Die Armenverwaltung aber hat der Firma Weber zugewiesen — wie die städtische Verwaltung in der Stadtverordnetenversammlung erklärte, auch dann noch, als der Leiter des christlichen Textilarbeiterverbandes vorstellig geworden war. Weiter erklärte die städtische Verwaltung in der Stadtverordneten-Versammlung, daß sie von ihrer Stellung in dieser Angelegenheit grundsätzlich nicht abgeben wolle; sie begründete ihren Standpunkt mit der Stellungnahme des Bundesamts für das Heimatwesen in einem ähnlichen Falle. Das letztere habe entschieden, daß zu den Aufgaben der öffentlichen Armenpflege nicht gehöre, die Gewährung einer fortwährenden Unterstützung an einen arbeitsfähigen Mann, der die infolge eines Streiks vorhandene Arbeitsgelegenheit unbenutzt läßt, weil er dadurch Nachteile für spätere Zeiten fürchtet“.

Im Anschluß hieran unterbreitete die städtische Verwaltung eine Erklärung, wonach sie „in dem vorliegenden Falle keine Veranlassung hat, von diesem Grundsatze abzugehen, um so weniger, als die Firma Herz u. Haymann in bezug auf die Lösung ihrer Arbeiter die Bedingungen vollständig erfüllte, welche seitens der Arbeitnehmerverbände an die Arbeitgeber in der Textilindustrie gestellt werden. (Dies ist eine Finte, wie wir oben gezeigt haben; die Firma „mietete“ die von den Ausständigen verlassenen Stühle, um sie mit anderen Arbeitern zu besetzen, die dreißig Streikenden aber anzusperrten! Am. d. V.) Es muß daher darauf bestanden werden, daß arbeitslose Weber, welche öffentliche Armenunterstützung in Anspruch nehmen, die ihnen sich jetzt darbietende Arbeitsgelegenheit ergreifen, widrigenfalls die Armenunterstützung ganz oder teilweise in Fortfall kommt. Es soll jedoch hierbei seitens der Armenverwaltung jede Härte vermieden werden. Bei künftigen Streikfällen wird von Fall zu Fall eine sorgfältige Prüfung der Sachlage und der Frage der von der Armenverwaltung zu treffenden Maßnahmen erfolgen“.

Nach dieser Erklärung, an deren sozialer Mäßigkeit und arbeiterfeindlichem Unternehmerstandpunkt der hohle Schlußsatz nichts ändert, müssen die armenunterstützungbedürftigen Arbeiter auch für die Folge auf Wunsch der Armenverwaltung streikenden Arbeitern ihres Berufes bei Verlust der Unterstützung in den Rücken fallen. Wie

wir schon am Sonnabend betonten, hat im Aachener Stadtverordnetenkollegium das Zentrum die Mehrheit, und zwar sozusagen Zweidrittelmehrheit. Selbstverständlich rief doch die Haltung der städtischen Verwaltung einen Sturm der Entrüstung hervor und die vom einseitigsten Bürokratenstandpunkt und Unternehmerinteresse diskutierte Erklärung wurde doch wohl mit Klang abgelehnt?

So sollte man angesichts der arbeiterfreundlichen Theorien der Zentrumspartei erwarten. Aber da kennt man unsere ultramontanen Sozialschwinder schlecht: Nicht ein einziger Stadtverordneter tat den Mund auf. Nur ein Textilfabrikant machte einige belanglose Bemerkungen. Und so konstatierte der Oberbürgermeister, da zu der Angelegenheit das Wort weiter nicht begehrt werde, das Einverständnis des Kollegiums mit den Ausführungen der Verwaltung und die Annahme der Resolution.

So vertritt das Zentrum dort, wo es die Macht hat, die Interessen der Arbeiter; so tritt es sogar die Interessen der dem Zentrum treu ergebenden christlich organisierten Aachener Textilarbeiter mit Füßen; so sehen die arbeiterfreundlichen Versicherungen der Zentrumsdemagogen in der Praxis aus! —

Kommunales Wahlrecht und Freirein.

Unser Leitartikel vom Sonntag hat die „Freie deutsche Presse“, die Nachfolgerin der „Freikämpfer Zeitung“, in Aufregung versetzt. Das Blatt des Herrn Müller-Sagan spricht von „nichtsagenden Angriffen“ gegen die Freireinige Volkspartei, es wirft uns „völlige Verdrehung der tatsächlichen Verhältnisse“, „freie Lügen“ vor und meint, daß die „ganze Verlogenheit des „Vorwärts“ dazu gehört, die Wahrheit zu lügen. Wir begründen uns mit der Konstatierung der Tatsache, daß der Freirein sich seiner freireinigen Vergangenheit schämt und sie deshalb hier wozugelenken sucht. Uns kam es darauf an, nachzuweisen, daß genau mit denselben Worten, mit denen heute der Kommunalfreirein sich gegen die sozialdemokratische Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Gemeindevahlen wendet, vor einem Menschenalter die Reaktionen die liberale Forderung auf Verallgemeinerung des kommunalwahlrechts bekämpften, und wir haben diesen Beweis an der Hand der stenographischen Berichte über die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses und der Berliner und Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung erbracht.

Die „Freie deutsche Presse“ aber tut so, als ob Eugen Richter bereits im Jahre 1876 Gegner des allgemeinen Wahlrechts gewesen sei. So leid uns das tut, müssen wir doch, wenn anders wir uns mit der Wahrheit in Widerspruch leben wollen, anerkennen, daß in der von uns zitierten Rede Herr Richter sich als Freund des allgemeinen Wahlrechts für die Kommunen vorstellte. Daß er heute anders denkt, wissen wir. Der Grund ist leicht erklärlich; im Jahre 1876 glaubte der Berliner Freirein noch auf die Stimmen der Arbeiter rechnen zu können, heute weiß er, daß ein aufgestörter Arbeiter nun und nimmer einen Freireinigen wählt. Deshalb war der Freirein damals Anhänger des allgemeinen Wahlrechts, und er würde es auch heute wieder werden, sobald er mit einiger Sicherheit auf Arbeitstimmen rechnen könnte. Da dies aber ausgeschlossen ist, stellt er sich an die Spitze der Wahlrechtsfeinde und bekämpft nicht nur alle Anträge auf Erweiterung des kommunalen Wahlrechts, sondern sucht auch da, wo er die Macht hat und wo das Gesetz ihm dies gestattet, die Arbeiter zu entzählen. —

Die „National-Zeitung“ kündigt an, daß ihr Chefredakteur Arthur Dix gegen den Herausgeber der „Zukunft“, Herrn Garden, Verleumdungsklage erhebt. Die „Zukunft“ hatte behauptet, die „National-Zeitung“ habe sich dirnenhaft an die Zahlenden verkauft. —

Strafvollzug. Der Bundesrat hat die Reichstags-Resolution wegen Selbstbelohnung von Untersuchungsgefangenen und solchen Strafgefangenen, deren Handlungen nicht eine ehrlose Bestimmung befunden haben, die Zustimmung verweigert, dagegen eine andere Resolution des Reichstages wegen einheitlichen Bestimmungen über die Zuchthäuser und Gefängnisarbeit in den Einzelstaaten dem Reichsanwalt überwiesen. —

Bürgerliche Kunstfreiheit. In Essen wird gegenwärtig die Komödie unseres verstorbenen Parteigenossen Rosenow „Kater Lampe“ aufgeführt. Das Zeichenorgan, die „Aheimisch-Beifällige Zeitung“, widmet dem Werk eine sehr wohlwollende Besprechung. Sie hebt aber mit besonderer Gemüthsregung hervor, daß „man die sozialdemokratische Tendenz des Stückes schon durch den Stoff und dann auch durch die ganze Art der Darstellung verleierte“. Nichts sei unerquidlicher, als den Stachel des politisch Parteilichen auch noch im Theater spüren zu müssen.

„Kater Lampe“ ist gewiß kein sozialdemokratisches Tendenzstück, und es wäre eine interessante Untersuchung, was der Dramatiker des auf die Zeichenindustrie angewiesenen Theaters als sozialdemokratisch empfunden und gestrichen hat. Auch über die Bühnenanschauung, daß das politische Leben, d. h. die ernsteste Betätigung, der geschichtliche Beruf der Menschen, aus der Kunst und von den Bühnen zu entfernen sei, soll hier nicht geredet werden. Charakteristisch aber und erwähnenswert ist es, wie das heutige bürgerliche Theater die Freiheit des Dichters mißhandelt. Weil irgend welche Säge einem Kommerzienrat, der seinen Logenplatz bezahlt hat, nicht gefallen mögen, darum wird er gestrichen. Zu der Zeit, die die Polizei aussäht, kommt die auf die Empfindungen der besitzenden Klassen, nämlich nehmende Kassenjener der Wesiger und Pächter der theatralisch gewerblichen Unternehmungen.

Aber es bezieht auch die Empfindlichkeit des bürgerlichen Theaterpublikums, daß es von nichts hören will, was nach angeblicher sozialdemokratischer Tendenz klingt. Das sozialdemokratische Proletariat hat seinerseits viel zu viel Ehrfurcht vor der Freiheit der Kunst und des Künstlers, daß es wagen möchte, Kunstwerke, deren Tendenz seinen Anschauungen widerspricht, nach seinem Geschmack zu verurteilen. Die große, aus 10000 Mitgliedern bestehende proletarische Kunstvereinigung, die Berliner „Freie Volksbühne“, führt nicht nur gerottete Werke auf, in denen sozialdemokratische Auffassungen vertreten werden, sondern sie streicht auch niemals irgend welche einzelnen Ansätze gegen den Sozialismus. Als im vorigen Spieljahr beispielsweise Balgacs „Mercader“ aufgeführt wurde, hörte das sozialistische Publikum mit großem Vergnügen die bittigen Bemerkungen, die der Dichter gegen den Sozialismus gestellt hatte. Bürgerliche Kritiker, die im Theater saßen, äußerten damals ihre Verwunderung über die Toleranz der Leitung der „Freien Volksbühne“.

Eine revolutionäre Partei, welche sicher ist, daß ihr die Zukunft und der Sieg gehört, bedarf eben nicht jener kleinlichen Chikanierung der Freiheit der Kunst; sie kann alles hören, alles ertragen, und wenn man sich auf künstlerische Weise über sie belustigt, so lacht sie am herzlichsten mit. Das Proletariat darf der Kunst die volle und unbeschränkte Freiheit der Betätigung gewähren. Das bürgerliche Theater aber erhebt den ästhetischen Irrtum der tendenzlosen Kunst zu dem Vorwand, die Freiheit der Kunst dem zahlungsfähigen Publikum zu opfern. Geheime Theaterstückenarbeiter „diäten“ dann schließlich nicht anders, wie das Parlett will; das eripart Kostspiel! —

Wozu Geld da ist und wozu nicht. Im Kreisblatt des Kreises Coesfeld wird aus der Kreisversammlung ein Ahaus berichtet: Der Antrag des Amtmanns und des Pfarrers von Ottenheim um Gewährung einer Kreisunterstützung an zwölf durch Brandanschlag geschädigte Familien wurde mangels verfügbarer Mittel abgelehnt. Der Kreisrat wurde jedoch beauftragt, den Antrag bei dem Provinzialausschuß und bei der königlichen Regierung zu befürworten. Anher der Tagesordnung teilte der Herr Landrat den Erlaß des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 7. November 1904 betreffend die Beweifung des Kreises an einem Brandgeschlechte bei der bevorstehenden Hochzeit des Kronprinzen mit, worauf der Kreisrat den Kreisrat beauftragte, nach Maßgabe des ergangenen Erlasses Bewilligung einzutreten zu lassen. —

Das Hehl-Reich. Man schreibt uns aus Hessen:

Gegen die Wahlrechtsvorlage, die in der heftigsten Zweiten Kammer nach schweren Kämpfen zur Annahme gelangte und nun noch der Zustimmung der Ersten Kammer harret, führt der Freiherr v. Hehl in Worms einen erbitterten Kampf. Unter allen möglichen Vorwänden sucht der Wormser Leder-Freiherr die Vorlage zu Fall zu bringen, weil sie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht vorseht, von welchem er für sich und seine nationalliberalen Anknappen mit Recht nicht viel Gutes erhofft. Da es ihm nun nicht gelungen ist, durch seine Gehässen die Vorlage in der Zweiten Kammer zum Scheitern zu bringen, so hofft er dies nun in der Ersten Kammer, deren Mitglied er selbst ist, zu erreichen. Er läßt darum eifrig in Rheinhesen „Protestantenschriften“ sammeln wegen der angeblich ungerechten Einteilung der rheinheffischen Wahlkreise.

Wie die Hehl-Gesellschaft diese Protestantenschriften zusammenbringt, zeigt ein „Eingefand“ in einem Wormser Blatt, eingefand, von Heffischen Arbeitern. Hiernach hat man in den Tausende von Arbeitern beschäftigten Lederwerken des Herrn von Hehl die „Protestanten“ folgendermaßen gesammelt.

Während der Arbeitszeit kamen nämlich Angekellte in die verschiedenen Arbeitsräume und forderten zur Einzeichnung in die Liste auf. Die Listen selbst trugen keinen Kopf, es lag nur ein erklärender Zettel bei, der von den meisten übersehen wurde. Viele unterzeichneten, ohne zu wissen, worum es sich handelt, aus Gefälligkeit gegen den Arbeitgeber; andere wurden durch das Vorgehen, es handele sich um einen Protest dagegen, daß die Rheinhesen zu hohe Steuern zahlen müßten zur Unterschrift bewogen.

So arbeiten die Nationalliberalen unter Heffischer Führung in Worms. Die Arbeiter der Heffischen Fabrik verkaufen ihrem Arbeitgeber nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern er verlangt auch die Preisgabe ihrer politischen Ueberzeugung. Worms ist das heffische Saarabien.

Grenzt der Majestätsbeleidigungen. Anlässlich eines Gesprächs über den Kampf gegen die Hereros hatte sich der 55jährige Kolporteur Gerhard Straner zu Düsseldorf einer Beleidigung des deutschen Kaisers schuldig gemacht. Vor der Strafammer erklärte der in grüßiger Beziehung sehr anormal veranlagte Mensch, er habe nur einen Artikel aus einem holländischen Blatt wiedergegeben. Obwohl der Staatsanwalt selbst zugeben mußte, daß der Mann ganz ohne Ueberlegung gehandelt, beantragte er doch 3 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte den nicht voll zurechnungsfähigen zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten. —

Südwestafrika.

Ueber die Strandung des Dampfers „Gertrud Wörmann“ wird vom heutigen Datum aus Hamburg gemeldet:

Nach einem gestern bei der Koederit eingegangenen Telegramm aus Swakopmund ist die gesamte Mannschaft gerettet; ferner wurden die an Bord befindlichen Pferde gestern nachmittags alle an der Strandungsstelle mit Hölzern gesichert. Es werden Versuche gemacht, die Ladung und das Inventar des Schiffes zu bergen. —

Berlin, 22. November. General v. Krotha meldet unter dem 21. d. M. aus Windhuk: Mühlensfeld hat von bisheriger Abteilung Estorff die 5. und 7. Kompanie mit 4. Batterie unter Major Heide losgelöst und diesem die Besatzung von Uware, Oparatane und Clatseluri übertragen. Zahlreiche in dieser Gegend auftretende Banden machten Abperrung durch zwei hintereinanderliegende Linien wünschenswert.

Berlin, 22. November. Amtliche Meldung. Am 13. November im Patrouillengefecht bei Anjos gefallen: Unteroffizier d. 2. Ernst Rabe, geb. 2. März 1874, zuletzt Kaufmann in Bethanien (Südwestafrika). Wahrscheinlich gefallen, nähere Feststellung im Gange: Gefreiter Albert Jacobs, geb. 23. April 1870, Reiter Heinrich Franzen, geb. 18. März 1885, Reiter Max Wanderer, geb. 22. Februar 1882, früher im Infanterie-Regiment Nr. 96. —

Gelsenkirchener Wasserwerks-Projekt.

Eisen, den 21. November. (Eig. Ber.)
(Sechster Verhandlungstag.)

Die heutigen Verhandlungen erbrachten wieder einen Beweis für die Unmündigkeit — „Harmlosigkeit“ der Angeklagten. Dr. Kauf, Kreisarzt in Wittgen, hat nach Ausbruch der Typhusepidemie eine Untersuchung der Wasserwerksanlagen vorgenommen, auf Veranlassung des Medizinalrats Dr. Springfelder hat der Maschinenmeister Riesenbach bei dieser Gelegenheit auf die Gefährlichkeit des Eiberghaches aufmerksam gemacht. Trotzdem, die Angeklagten hielten hartnäckig und frecheren den Konsumenten arglos das „sanftere“ Ruhr- und Eiberghachwasser. Wie sauber des Wasser war, dafür bot die Feinheit Forbehen ein klassisches Beispiel; sie hat die Exkremente ihres kranken Mannes und ihres kranken Sohne in den Eiberghach gegossen, auch alle Schmutzwässer flossen in den Bach. Auf eine Frage des Vorstehenden erklärte die Feugin: Grobe Wäsche habe ich im Eiberghach wohl ausgewaschen, andere Wäsche aber nicht, dafür war der Bach zu schmutzig.

Feugin Wolneberg, früher in Diensten des Angeklagten Pfudel, hat früher bereits bekundet, daß in einem Falle Anordnungen gegeben wurden, das Wasser vor dem Genuss abzuladen, regelmäßig geschah das nicht. Zugewehr König hat das Kartenmaterial angefertigt, aber von dem Strohrohrhater nichts erfahren.

Durch die Vernehmung des Gutachters Curt Stollens-Ruhrort wurde nochmals die „Harmlosigkeit“ der Angeklagten illustriert. Der Gutachter hat als Beamter der Strombauverwaltung im November 1891 gefunden, daß das Wasserwerk aus der Ruhr Wasser entnehme durch ein direktes Rohr. Er hat auch die Direction darauf aufmerksam gemacht, worauf Direktor Schmitt geschrieben hat, das Wasser werde nur zur Bewässerung des Terrains benutzt und diene nur einem vorübergehenden Bedürfnis. Die Antwort habe veranlaßt, der Sache nicht näher zu treten. Es wird noch ein Brief verlesen, in dem Schmitt sich gegen eine von der Strombauverwaltung angeordnete Anlageveränderung wehrt und dabei die Wendung gebraucht: Wenn auch direkt Wasser der Ruhr nicht entnommen würde.

Der Vorstehende will in dieser Wendung einen Widerspruch gegenüber sonstigen Behauptungen Schmitts kontrahieren, Schmitt erklärt, daß er für diese Anlage niemals direkte Wasserentnahme aus der Ruhr zugegeben habe. Es handelte sich bei der Aenderung um eine Nachregulierung, wodurch Schmitt eine Verunreinigung der Ruhr oberhalb der Stecker Pumpstation befürchtete.

Es kommen dann Briefe zur Besichtigung, in denen Schmitt u. a. beauftragt, die Zubringerleitung werde nach Fertigstellung einer Anlage besichtigt werden. „Das ist doch nicht wahr?“ hält der Vorstehende dem Angeklagten vor. Schmitt erklärt: Es wird doch wohl bloß eine Audrede gewesen sein, um Unannehmlichkeiten vorzubeugen.

Damit werden die Verhandlungen auf Dienstag vertagt.

Ausland.

Trade-unionistische Politiker.

London, 20. November. (Eig. Ber.) Das Parlamentarische Komitee des Trades-Unionkongresses sandte dem König eine warme Danksadresse für sein Bemühen um Interesse des internationalen Friedens und besonders für den Abschluß des Schiedsvertrages mit Portugal.

Das Verhältnis zwischen England und Portugal ist gewiß sehr herzlich. England kann es nicht gestatten, daß die portugiesische Küste unter den Einfluß einer starken Seemacht gelangt, da die portugiesische Küste mit ihren Häfen den englischen Seemächtern nach dem Mittelmeer beherrscht. Die britische Admiralität hat sogar bedeutende Kohlenlager in Lissabon. Wenn Graf Villou maktios sein wollte, könnte

er den Portugiesen so manches über die englische Freundschaft erzählen.

Wie aber das Parlamentarische Komitee dazu kommt, sich an den König mit einer Adresse zu wenden, ist unverständlich. Wie wenig Eduard VII. für Frieden ist, bewies sein Glückwunsch-Telegramm an den „Sieger“ von Tibet.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei hier bemerkt, daß das oben erwähnte Komitee mit dem Labour Representation Committee nicht identisch ist. Jenes ist das Organ des Trades-Unionskongresses, während das L. R. C. eine Arbeiterpartei ist.

Oesterreich-Ungarn.

Bernerstorfer über die Habsburger.

Aus Wien wird uns vom 21. November geschrieben: Der offiziöse Telegraph hat mit ungewöhnlicher Ausführlichkeit über das Entrüstungsschauspiel berichtet, das am Sonntagabend im österreichischen Abgeordnetenhaus vom Präsidium und von Herrn v. Koerber aufgeführt worden ist. Aber viel wichtiger als die didaktischen Loyalitätsphrasen des Ministerpräsidenten wird für die außerösterreichische Welt die Kenntnis der Rede selbst sein, die Abg. Bernerstorfer am Freitag gesprochen und worin er mit ebenso ungewöhnlicher Schärfe als ungewöhnlichem Freimuth die Hüllen von dem jesuitischen Klerikalismus abzog, dessen Hauptstütze in den österreichischen Ländern — Hauptstütze, weil größter Magnat — seit unväterlicher Zeit bis in die unsere Zeit hinein die habsburgische Dynastie gewesen ist. Bernerstorfer sagte:

Es kann doch gewiß niemand behaupten, daß Dr. Koerber kein intelligenter Mensch sei; aber trotz seiner Intelligenz unterschätzt er die Verwüstungen, die er in der Bevölkerung angerichtet hat. Er hat davon gesprochen, daß man das Vermögen Oesterreichs beisammen halten müsse. Das Kapital der österreichischen Staatsgewinnung ist nicht so groß, als daß es irgend jemandem und besonders dem Herrn Ministerpräsidenten erlaubt wäre, von diesem Kapital noch unwillig, sozusagen, Stücke abzureißen. Hat doch schon das Proletariat überhaupt kein Interesse daran, patriotisch gestimmt zu sein; denn was hat der Staat für dieses Proletariat getan? (Sehr richtig!) In allen Formen und Uniformen, in denen der Staat heute den Arbeitern gegenübersteht, ist dieser Staat nur ein Feind und Gegner der Arbeiterschaft. Aber schließlich hat sich das mehr in einem gewissen Indifferentismus geäußert. Sie aber treiben ja die Leute, insbesondere gegenüber diesem falschen, aufgepöbeltem und angefrachten Patriotismus der Christlichsozialen, gegenüber diesem Stiefelwischpatriotismus, sie treiben die Leute dahin, direkt ihre antisozialen Gedanken zum Ausdruck zu bringen. Was soll denn auch ein solches Land? Für wen hat es noch ein Interesse? Wir wissen es ja, die Deutschen sehen nach und nach ein, wenn die Dinge so weiter gehen, haben sie nichts in diesem Staate zu gewinnen. Ja, haben die Slaven bisher besonderes Interesse an diesem Staate gezeigt? Ich würde nicht! Daß die Italiener sich nicht darum reizen werden, bei diesem Lande zu bleiben, ist ja selbstverständlich, und so konzentriert und komprimiert sich nach und nach alles, was Politik heißt, in Oesterreich, in dem einzigen Worte: „Los!“ Los von allem, los von Ungarn, los von Prag, los von Wien, los von Rom, los nur los (lebhaftes Zustimmung und Heiterkeit), und los von Oesterreich wird dann das Resultat der ganzen Bewegung sein, und diese Meinung stärken Sie in den großen und breiten Massen des Volkes immer mehr. Und auch die großen und breiten Massen des Volkes erinnern sich daran, was Oesterreich immer geküßt hat, wenn der verfluchte jesuitische Klerikalismus in diesem Lande geherrscht hat. Man braucht wohl nur Solferino und Königgrätz zu nennen, und wieder werden die Dinge so kommen, wie sie in der früheren Zeit gegangen sind. Dann in der Stunde der Gefahr wird Ihnen der schwachsinnige alte Mann (Lueger) nicht mehr helfen können, der sich rühmte, er würde schon die Sozialdemokraten zu Partnern treiben, man soll ihm nur die Gewalt in die Hand geben. Das ist ein alter, schwach gewordener Mann, der so etwas sagt. Es hat einen anderen Mann gegeben, der wirklich etwas stärker war als der Dr. Lueger und auch ein bißchen geistlicher. Bis mara nämlich und das ist es auch nicht gelungen. Das sind Vorstellungen von Dilettanten oder hilflosen Geistes (lebhaftes Zustimmung).

Meine Herren! Erinnern Sie sich daran, daß die Geschichte unseres Landes eine unaufhörliche Folge von Unglück und Unglück ist und daß wir all dieses Unglück niemand anderem verdanken als dem jesuitischen Klerikalismus. Wir feiern in 17 Jahren — das ist ja verhältnismäßig nicht lange — das Jubiläum der Schlacht am Weißen Berg. Damals hat es angefangen in Oesterreich. Von diesem Jahre an, und 300 Jahre werden bald voll sein, hat man mit einziger Ausnahme des Kais. Jos. von oben herab — von den Herrschern ist es ausgegangen — dieses Land materiell und geistig zugrunde geben lassen, hat man es hingeworfen als Beute einer Klasse von Menschen, den Großgrundbesitzern und dem Klerikalismus, den Bischöfen und Erzbischöfen. Seit 300 Jahren leben die Völker dieses Reiches ohne Unterschied der Nationalität in materieller und geistiger Armut. Zur selben Zeit, als die glorreichste Zeit deutschen Lebens gewesen, als die großen deutschen Dichter und Denker ihre unsterblichen Werke schrieben, am Ende des vorvorigen und am Anfang des vorigen Jahrhunderts war in Oesterreich an der Westgrenze förmlich eine chinesische Mauer aufgestellt, damit ja kein Tropfen von diesem lebendigen Wasser herüberrieseln könne nach Oesterreich. Materiell und geistig erdroffelt sind die Völker dieses Reiches worden von diesem Katholizismus und wir müssen uns fragen: Wer ist schuld daran? Ja, sollen wir es denn nicht endlich offen und klar aussagen, wer schuld daran sei? Die armen, unglücklichen Völker sind dort nicht schuld daran, nein, schuld an alledem ist die habsburgische Dynastie. (lebhaftes Beifall und Händeklatschen.) Was hat diese Dynastie für unser Land getan? Diese Dynastie hat unser Land immer nur als ein Ausbeutungsobjekt angesehen. (lebhaftes Beifall.)

Vizepräsident Kaiser (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte den Herrn Redner, sich zu mahigen. (Zwischenrufe.)

Abgeordneter Bernerstorfer: Ich habe die Krone nicht in die Debatte gezogen, Herr Vizepräsident. 600 Jahre herrscht der Drossel dieser Familie auf den unglücklichen Vätern dieses Landes. Ich frage Sie nun, was haben die Herrscher dieses Reiches für dieses Land getan? Mit einer einzigen rühmlichen Ausnahme, die ich schon genannt habe, finden Sie sehr wenig wirkliche Gefühle für den Staat und für die Völker. Die Habsburger haben immer nur Hauspolitik, nie Reichspolitik getrieben. Sie mögen hingehen, wohin Sie wollen und eine Dynastie anschauen, meistens werden Sie finden, die Dynastie ist in einem gewissen Sinne zusammengewachsen mit dem Reiche, sie hat gewissermaßen ihre Interessen mit dem Reiche unlosbar verknüpft. Entweder ist sie eine nationale Dynastie oder sie hat wirklich durch große Werke, materielle Werke, wirtschaftliche Werke das Land und die Völker und damit ja allerdings auch sich selber zu fördern gesucht. Ja, zeigen Sie mir in der österreichischen Geschichte so etwas. Ich finde, so weit ich suche, nichts. Aber allerdings an Zahl nächst diese Familie in unerhöhter Weise heran. Ja, wohin denn, meine verehrten Anwesenden, mit den steigenden Bedürfnissen der Zivilisten und der Spannen? Sollen wir denn die Leute immer und immer wieder erhalten, die für das Volk gar nichts bedeuten? (Beifall und Händeklatschen.)

Und wenn Sie nun sagen, es könnte ja sein, daß die Leute doch durch besondere Qualitäten hervortreten — Sie wissen ja, die Weiber sind in diesen Familien durch die Vanität und die Männer Klerikale Parteigänger und dabei zum größten Teile ungebildet, unwissend. Wenn einer unter Ihnen ist, der etwas bedeutet, so schaut er, daß er hinauskommt.

Vizepräsident Kaiser gibt wiederholt das Glockenzeichen.

Abgeordneter Bernerstorfer (fortfahrend): Von dem bemakelten Privatleben so vieler Leute dieser Familie will ich gar nicht reden. Ich habe einmal in diesem Hause davon gesprochen und es ist mir schälimm bekommen, wie Sie wissen, man hat mich in meiner Wohnung überfallen. Später hat mir jemand sogar gesagt: Sie, wenn der Franz Ferdinand zur Regierung kommt, wandern Sie aus, denn Ihnen geht es dann schlecht. Ich bin darauf gefaßt; es ist schon öfter vorgekommen, daß die Regierenden Praxi gedungen haben, das wird mich aber nicht hindern. (Zwischenrufe.)

Ja, die Wahrheit ist: der Fisch stinkt vom Kopfe aus. Das ist die Situation in Oesterreich. Diese Dynastie ist das Unglück für Oesterreich und man mache ihr endlich die Situation klar.

Vizepräsident Kaiser gibt das Glockenzeichen. Abgeordneter Bernerstorfer (fortfahrend): Es wäre Aufgabe des Koerber, nach dieser Richtung hin zu wirken. Wer Oesterreich retten will, der muß die lebendigen Volkskräfte in diesem Reiche aufrufen, der muß aus diesem mittelalterlichen Lande ein modernes Land machen, aufräumen mit dem Krempel der Königreiche, Herzogtümer und Markgrafschaften und wie das alles heißt, und nationale Autonomie einführen.

Herauskommen aus diesen Zuständen, in denen wir uns in Oesterreich befinden, können wir nur, wenn wir uns wirklich auf jene Fundamente stützen, die eventuell noch einen Neubau ertragen würden: das ist die nationale Autonomie und die Demokratisierung aller unserer Einrichtungen. Das Volk soll zu Worte kommen; die großen Herren haben durch 600 Jahre in diesem Reiche schon genug geredet und über die Völker genug Unglück gebracht, endlich einmal soll das Volk selbst sprechen! (lebhaftes Beifall und Händeklatschen.)

Die Rede hat in ganz Oesterreich das allergrößte Aufsehen erregt. Aber durchaus kein peinliches; vielmehr ist das, was der Sozialdemokrat sagte, auch die zwar verhohlene, aber innerste Ueberzeugung so ziemlich aller Leute, die gerade nicht vom „Patriotismus“ leben. —

Frankreich.

Die Bergarbeiter über das senatorische Kistfunden-Gesetz.

Paris, 19. November. (Fig. Ver.) Der Nationalrat des Bergarbeiter-Verbandes (des alten, der auf ministerial-sozialistischem Boden steht) hat sich in seiner letzten abgehaltenen Plenarversammlung mit der senatorischen Verschlimmerung der Kistfunden-Vorlage beschäftigt. Die Föderationen der drei Kohlenreviere des Südens, der Loire und desentrums haben sich entschieden gegen das Senatsvotum ausgesprochen. Die Föderationen des Pas-de-Calais und des Nordens werden nächste Woche Stellung nehmen.

Inzwischen hat eine Delegation des Nationalrates die Frage mit der juristischen Kammerfraktion besprochen. Sie bedauerte die gründliche Verhinderung der Kammervorlage durch den Senat und drückte die Befürchtung aus, daß die senatorische Fassung der Reform von „lächerlich geringer Bedeutung“ wäre angesichts der großen Vermehrungen zugunsten des Kistfunden-Gesetzes und des langen Harrens der Bergarbeiter. Im übrigen gab es die Delegation der Fraktion anheim, darüber zu entscheiden, auf welchem Wege die Reform in der Fassung der Kammer binnen kürzester Frist durchgesetzt werden könnte.

Daraufhin beschloß die Fraktion, zunächst den senatorischen Text unverändert zu votieren, um so wenigstens die „minimale Verbesserung, die er gegenüber der derzeitigen Lage bedeutet, sofort zu sichern“. Sodann aber wird die Fraktion unmittelbar nach dem Eintreffen der Senatsvorlage durch die Kammer einen neuen Entwurf einbringen, der die ursprünglichen vom Senat abgeänderten Bestimmungen des Kammergesetzes wieder aufnehmen soll. Eine Abordnung der Fraktion wird die Angelegenheit nächstens mit dem Ministerpräsidenten besprechen.

Auf diesem Wege werden die Bergarbeiter ihren Zweck „binnen kürzester Frist“ jedenfalls nicht erreichen. Es wird dazu schon ein erneuter und ganz kräftiger Druck von außen notwendig sein. —

Deputiertenkammer.

Die Beratung über das Budget des Ministeriums des Innern wird wieder aufgenommen. Dejeante, Sozialist, beantragt die Streichung der geheimen Fonds. Ministerpräsident Combes erwidert das Haus, für diese Kredite, welche für die Regierung notwendig seien, zu stimmen und stellte die Vertrauensfrage. Hierauf wird der Antrag Dejenate mit 293 gegen 262 Stimmen abgelehnt. —

Doimer (radikal), Vorsitzender der Budgetkommission, führt aus, die Kommission habe den Budgetposten für geheime Fonds um 200 000 Fr. gekürzt, weil sie der Ansicht sei, daß diese 200 000 Fr. nicht für den Sicherheitsdienst bestimmt sind, sondern ein Korruptionsbudget bilden. (lebhaftes Protestrufe links.) Ministerpräsident Combes bemerkt, man könne doch von ihm nicht argwohnen, daß er einen Teil der Geheimfonds zu Korruptionszwecken verwende. Es sehe ihn in Erstaunen, daß der Vorsitzende der Budgetkommission in diesem Tone rede: „Warum hat denn Doimer 2 1/2 Jahre gewartet, um diese Meinung auszusprechen? Sie wagen zu hoffen, Herr Doimer, sich der öffentlichen Gewalt durch Ueberrumpelung zu bemächtigen?“ Die äußerste Linke zischt Doimer aus. Der Ministerpräsident schließt mit der Bitte an den Berichterstatter über das Budget des Innern, er möge die wahre Meinung der Kommission dem Hause mitteilen. Der Berichterstatter Morlot (radikal) erklärt darauf, die Kommission habe die Streichung der 200 000 Fr. nur aus Ersparnisgründen vorgenommen. Doimer erwidert unter lauten Zwischenrufen der Linken, die ganze Politik Combes sei nur darauf gerichtet, sich am Ruder zu erhalten. Schließlich wird die Forderung, nachdem die Regierung sich mit dem Abstrich einverstanden erklärt hat, in der von der Kommission festgesetzten Höhe von 1 Million Fr. mit 351 gegen 36 Stimmen bewilligt. —

Italien.

Der Kongreß der Eisenbahner.

Rom, 19. November. Der Wahlkampf hat die öffentliche Aufmerksamkeit ganz von dem Kongreß der Eisenbahner abgelenkt, der unlängst in Rom stattfand. Seine Beschlüsse verdienen aber durchaus, daß man sich mit ihm beschäftigt. Die organisierten Eisenbahner beschließen mit großer Mehrheit, in folgenden Fällen den Generalkongreß zu proklamieren:

1. Wenn die Regierung ihren Versprechungen über die Verbesserung der Lage des Personals nicht nachkommt und den darüber eingereichten Forderungen nicht Folge leistet. 2. Wenn die Regierung die Eisenbahner als solche unter die Waffen rufen sollte (militarisieren). 3. Wenn das Gesetz durchgehen sollte, das die Angestellten der öffentlichen Dienste des Streikrechts beraubt. 4. Wenn die Leiter des jüngsten Generalkongresses durch Urteile der Klassenjustiz getroffen werden. Ferner beschloß der Kongreß, die Verhandlungen mit der Regierung ohne Vermittelung der Abgeordneten zu führen. —

Rußland.

Studentendemonstrationen.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, steht nun auch das eigentliche Rußland wieder einmal vor dem Beginn von Straßenunruhen. Wenigstens haben bereits in Petersburg und Moskau zwei große Studentendemonstrationen stattgefunden und diese stellten sich in den Jahren 1901—1903 stets als Vorboten großer Volksdemonstrationen ein. Die Kunde davon gelangt wie gewöhnlich etwas verspätet in die Öffentlichkeit. Am 28. v. M. versammelten sich in Moskau viele Studenten und Studenteninnen am Bahnhof, um 50 Kollegen, die sich

als Reservebataillone infolge der Mobilisation nach dem Kriegsschauplatz begeben sollten, das Geleit, für viele unter den Abscheidenden zweifellos das letzte Geleit, zu geben. Es wurden dabei Reden gehalten. Auf einmal, ganz unerwartet für die Versammelten, stürzten sich auf sie eine Menge Gepäckschlepper, die offenbar dazu von der Polizei aufgemuntert wurden, und mißhandelten schwer manche unter den Begleitenden. Am nächsten Tage hat infolge dessen im Gebäude der Universität eine Versammlung von etwa 800 Studenten stattgefunden, die einen flammenden Protest gegen den Absolutismus und den Krieg angenommen hat. Darauf begaben sich die Teilnehmer auf die Straße. Es formte sich bald ein Zug, der mit einer roten Fahne und einem Plakat mit der Aufschrift: „Nieder mit der Alleinherrschaft! Nieder mit dem Kriege!“ voran, sich die Militärfestung entlang unter Gesang der Marseillaise in Bewegung setzte. Scharen Vorübergehender schlossen sich den Demonstranten an, die auf die nächsten Fabriken marschieren wollten, in der Absicht, die Arbeiter herbeizuholen. Dieser Plan mißlang jedoch, da ein starkes Aufgebot von Schulleuten und Hauswarten den Studenten den Weg versperrte. Es kam zu einem Zusammenstoß und der Zug mußte sich auflösen. Was aber von ganz besonderer und geradezu symptomatischer Bedeutung ist, das Verhalten des unbeteiligten Publikums gegenüber der Demonstration. Der Korrespondent der „Tswobodsdenje“, offenbar ein Augenzeuge, schreibt darüber: „Auf dem Wege der Demonstranten ereigneten sich Szenen, die die Teilnehmer niemals vergessen werden. Das Publikum, als es die Worte auf dem Plakat: „Nieder mit dem Kriege!“ las, gab seiner Zustimmung zum Protest durch laute Rufe und Händeklatschen Ausdruck. Frauen schwenkten aus den Fenstern der Häuser ihre Taschentücher; viele weinten auf der Straße vor Aufregung, andere begrüßten die Demonstranten durch Gebarden. Ein alter Herr zog die Wähe und begrüßte sie laut mit Tränen in der Stimme unter tiefen Verbeugungen. Seine Sympathiebekundungen wurden mit Applaus aufgenommen. Was aber am interessantesten ist: das einfache Volk rief ringsherum: „Nieder, nieder mit dem Kriege, nieder mit ihm!“ Die Demonstranten hielten einigemal und richteten Ansprachen an das herbeiströmende Publikum. Jetzt, wo ich dies niederschreibe, ist es 6 Uhr abends; die Demonstration endete vor zwei Stunden.“

Am Tage zuvor, am 27. v. M., wurden die Straßen Petersburgs ebenfalls zum Schauplatz einer imposanten Studentendemonstration. Etwa 1000 Personen versammelten sich am Bahnhofs-Gelände, um das letzte Geleit dem Studenten des technologischen Instituts Malyschker zu geben, der sich im Gefängnis entließ hatte. Als es sich herausstellte, daß der Zug bereits nach dem Bahnhof geschickt worden war, zog die Menge im Demonstrationszuge, unter Gesang revolutionärer Lieder, dorthin, ohne zu ihrem eigenen Erstaunen von der Polizei irgendwie belästigt zu werden, und lehrte später in derselben Ordnung wieder nach der Stadt zurück. Hier ließ sie schließlich an der Rewabridge auf eine starke Kosakenabteilung, konnte jedoch ungehindert auseinandergehen.

Beide Demonstrationen zeugen von einem gründlichen Umfassung in der Stimmung weiter Kreise der russischen „Intelligenz“, die sich bei Beginn des Krieges zum Teil wenigstens, wie es schien, vom patriotischen Rummel hinstreichen ließ. —

Amerika.

Der deutsch-amerikanische Schiedsvertrag ist am Dienstag vormittag von dem Staatssekretär Hay und dem deutschen Vorkämpfer Jehr. Sped v. Sternburg unterzeichnet worden.

Bevor ein Urteil über die Bedeutung dieses Vertrages möglich ist, müssen die Einzelheiten des Abkommens der Öffentlichkeit übergeben sein. —

Zum sozialistischen Wahlergebnis.

Im Staate Massachusetts wurden nach dem „Boston Herald“ 14 865 Stimmen abgegeben für Eugen Debs und 3206 Stimmen für Corregan, den Kandidaten der Sozialistischen Arbeiterpartei. Im Jahre 1900 erhielt ersterer 9000 und letzterer 2000 Stimmen. In Boston selbst fielen auf Debs 2014, auf Corregan 628 Stimmen. „The World“ in New York gibt die sozialistische Stimmenzahl auf 700 000 an und bemerkt, daß die Erfolge der Sozialisten in Chicago, wo sie es auf 45 000 Stimmen brachten, und in Milwaukee, wo sie vier Fünftelstimmen und einen Senator in das Staatsparlament von Wisconsin wählten, geradezu überraschend seien. —

Parlamentarisches.

Abgeordnetenhaus. Eine Interpellation zum Berliner Schulstoff ist von der freisinnigen Volkspartei im Abgeordnetenhaus eingebracht worden. Die Interpellation lautet:

1. Aus welchen Gründen hält die königliche Staatsregierung die Verfügung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 17. November 1903 an die sämtlichen Regierungen, nach welcher die Vererbung oder Uebertragung der Elementarschulräume durch die Gemeinden zu anderen Zwecken als zu denen des öffentlichen Elementar-Unterrichts der vorgängigen Genehmigung der Schulaufsichts-Behörde bedarf, mit den bestehenden Gesetzen und insbesondere mit den aus der Selbstverwaltung für die Gemeinden sich ergebenden Befugnissen für vereinbar?

2. Das Provinzial-Schulkollegium zu Berlin hat mittels einer Verfügung vom 4. Oktober 1904 Direktoren der städtischen Gemeindeschulen zu Berlin unmittelbar angewiesen, Turnhallen und Aulen Berliner städtischer Gemeindeschulen für Vereine, denen zu bestimmten Zwecken seitens des Magistrats zu Berlin die Benutzung dieser Räume gestattet war, geschlossen zu halten und den Mitgliedern dieser Vereine den Eintritt zu verweigern. Hält die kgl. Staatsregierung diese mit Umgehung des Magistrats und der städtischen Schuldeputation zu Berlin an die diesen Behörden unterstellten Direktoren unmittelbar erlassene Verfügung materiell und der Form nach mit den Rechten der Gemeinden für vereinbar?

Auch die Sibirnia-Interpellation hat die freisinnige Volkspartei eingebracht. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Drei weitere russische Torpedojäger zerstört?

London, 22. November. „Daily Express“ will aus zuverlässiger Quelle in Nagasaki erfahren haben, daß zwei Tage vor der Abfahrt des „Kostoropny“ drei andere Zerstörer Port Arthur verließen. Zwei hätten schwer verwundete Offiziere an Bord gehabt. Sie trugen Duplikate von einer Meldung General Stöffels und fuhrten bei heftigem Sturm aus. Der Kreuzer „Kajuga“ hielt den ersten Zerstörer an. Nach einstimmigem Kampfe sank der Zerstörer. Der zweite Zerstörer wurde von der „Rafusshima“ 25 Meilen von Port Arthur in den Grund geholt, nachdem er sich geweigert hatte zu halten. Die „Rafusshima“ wurde von einem Torpedo getroffen, konnte aber in Dienst bleiben. Der dritte Zerstörer wurde von zwei Torpedo-Kanonenbooten verfolgt und durch zwei Torpedos gleichzeitig getroffen. Er erlitt einen Maschinen-schaden, gab den Kampf auf und sank mit der ganzen Mannschaft. Die japanischen Offiziere sind einstimmig im Lobe der Tapferkeit der russischen Seeleute.

Petersburg, 22. November. Die russische Telegraphen-Agentur meldet aus Moskau von gestern: Viele Menschen haben sich den Schusschulen angeschlossen. In der Nähe von Moskau operiert eine aus 1500 Reitern bestehende Bande; sie beziehen ihren Sold von

den Japanern und werden von japanischen Offizieren befehligt; ihre Ueberfälle sind hauptsächlich auf Karawanen gerichtet.

Russische Anschuldigungen.

London, 21. November. Der Korrespondent des Reuterschen Bureaus in Tschifu berichtet unter dem gestrigen Datum: Ein an mich persönlich gerichteter Brief des Generals Balaschows, des Chefs des Roten Kreuz-Korps in Port Arthur, ist durch den Torpedobootzerstörer „Mostonoy“ hierher überbracht, aber infolge eines Fehlers mit erst jetzt ausgehändigt worden. In demselben bittet der General, an die Oeffentlichkeit gewisse Vorwürfe zu bringen, die er gegen die Japaner erhebt. Er sagt, die Japaner mißachteten absichtlich die in der Genfer Konvention und der Haager Konferenz aufgestellten Grundsätze. Sie hätten die Russen dazu gezwungen, drei deutlich als Hospitalsschiffe markierte Schiffe, auf denen Verwundete waren, im Stich zu lassen. Diese Schiffe hätten geankert an Stellen, wo sie das gegen die russischen Kriegsschiffe gerichtete Feuer nicht berührte; aber die Japaner, die Luftballons verwendeten, um das Artilleriefeuer zu dirigieren, hätten Granaten mit großer Genauigkeit gerade auf diese Stellen in den Hafen geschossen; sie hätten die Hospitalsschiffe unmöglich für Schiffe der Kriegsflotte halten können, hätten aber absichtlich die Verwundeten von den Schiffen getrieben, dem Aufsehen nach zu dem Zwecke, die Schiffe zum Sinken zu bringen. Dies sei längst geschehen. Die frühere Periode der Belagerung sei gekennzeichnet durch mehrere Fälle, in denen das japanische Feuer auf Teile der Stadt konzentriert wurde, wo fast ausschließlich Hospitaler standen. Balaschows sagt am Schluß seines Briefes, er wolle zahlreiche andere Fälle anführen, wo die Japaner gegen die Regeln zivilisierter Kriegführung verstoßen hätten; er habe aber keine Zeit zum Schreiben und laum Zeit zum Essen und Schlafen, er bitte jedoch, daß sein Brief als ein Protest an die Welt veröffentlicht werde.

Zur Dogger-Bank-Affäre.

London, 20. November. (Fig. Ver.) Ueber die Unterhandlungen zwischen England und Rußland betreffend die Internationale Untersuchungskommission und ihre Aufgabe erhält die englische Presse ihre Nachrichten entweder aus Paris oder aus Petersburg. Nach den gestern eingetroffenen Mitteilungen hat die russische Regierung in jedem Punkte ihren Willen gehabt. Ursprünglich hatte das Uebereinkommen folgende Punkte gehabt:

1. Ausdrück tiefen Bedauerns durch die russische Regierung.
 2. Versprechen, eine höchst liberale Entschädigung zu zahlen.
 3. Derjenige Teil der Flotte, von dem geschossen wurde, bleibt in Vigo, damit die Flottenbehörde die Offiziere aussindet, die für die Tat verantwortlich sind.
 4. Diese Offiziere und die wichtigsten Zeugen werden nicht nach dem fernen Osten reisen.
 5. Eine internationale Kommission wird den Tatbestand untersuchen.
 6. Diejenigen Personen, die von diesem Tribunal für schuldig befunden werden, sollen prozessiert und bestraft werden.
- Dies war offenbar die Zusage, die der russische Botschafter Graf Tschadowitz gemacht hat. Aber in Petersburg wurden diese Punkte auf russische Weise ausgelegt. Es blieben nur drei Offiziere zurück, die untergeordnete Posten einnehmen und deshalb für die Tat nicht verantwortlich sind. Wichtige Zeugen wurden nicht zurückgehalten. Schließlich wollte man in Petersburg von einer Bestrafung der Offiziere nichts wissen. Lord Lansdowne sprach dann von einem „Tadel“. Aber auch darauf wollte man in Petersburg nicht eingehen. Nach der gestern mitgetheilten Fassung kamen die beiden Regierungen dahin überein, daß die Kommission zu bestimmen habe, ob die Personen, welche der Rationalität auch sein mögen, zu tadeln seien wegen des Unfalls, an dem sie teilgenommen haben. Das heißt, die englische Regierung hat eingewilligt, auch die Engländer unter Anklage zu stellen!
- Uebrigens hat die russische Regierung ihr Bedauern offiziell nicht ausgedrückt. Der Zar sprach dem König das Bedauern aus. Aber dies ist eine Privatangelegenheit.

Aus Industrie und Handel.

Wohnungsfrage und „soziales Empfinden“.
Der Frankfurter Kongress der Wohnungsreformer hat in der Presse viele Anfechtung gefunden. Von verschiedenen Blättern wurde die ganze Veranstaltung als verfehlt bezeichnet, anderen trugen die Verhandlungen einen zu realistischen Charakter, dritte tadelten das Auftreten gewisser Vertreter der Hausbesitzer-Vereine; aber eine Stimme, welche die Abhaltung aller derartigen Kongresse verurteilt, weil es in Deutschland überhaupt keine Wohnungsfrage gibt und schon durch derartige nichtsagende Reden, wie sie sich in Frankfurt einige bürgerliche Sozialreformer leisteten, das deutsche Volk „demoralisiert“ wird: eine solche Stimme ist und bisher unter den buntschiedigen Beurteilungen nicht aufgefallen. Eine solche Auffassung zu vertreten, blieb dem „Deutschen Oekonomist“ vorbehalten. Das ist erklärlich, dieses ehrfame Blatt ist, wie an seinem Kopfende zu lesen steht, Spezial-Organ für Realcredit- und Hypothekendarstellungen, und es hat außerordentlich wertvolle Beziehungen zu den großen Hypothekendarstellern, wie sich schon daran zeigt, daß sein Chefredakteur, Herr W. Christians, noch vor wenigen Jahren neben seiner Herausgeberthätigkeit Zeit für die anstrengenden Arbeiten eines Aufsichtsratsmitgliedes verachteter Hypothekendarsteller fand: der Pommerischen Hypothekendarstellerei und der Mecklenburg-Strelitzischen Hypothekendarstellerei.

Nach dem Wohnungsfrage und „soziales Empfinden“ heftigen Artikel des „Deutschen Oekonomist“ gibt es eine eigentliche Wohnungsfrage überhaupt nicht, und das, was von erteilten Wohnungsreformer gewöhnlich so genannt wird, ist nicht etwa die Folge der heutigen Terrain- und Baupreislage, auch nicht jener lauberen Praktiken, wie sie die verschiedenen letzten Hypothekendarstellerei enthält, sondern der Noth der Arbeiter, die für hässliche Verhältnisse kein Verständnis haben und wenn sie sich wirklich dazu verstehen, eine geräumige Wohnung zu mieten, dann in ihrer Unvernunft sich einige Schlafzimmern ins Haus nehmen.

„Unsere Sozialschwärmer sagen dann“, heißt es in dem Artikel, „die Wohnung ist zu teuer, deshalb ist die Familie gezwungen, Schlafzimmern aufzunehmen, um sich die Ausgaben für Wohnung billiger zu stellen. Wir sagen: nein, nicht die Wohnung ist zu teuer, sondern man stellt zu viele andere unnötige Gelüste obenan. Die Wohnung ist das allererste der Bedürfnisse, woran die kleinen Leute sparen, das allerletzte, bezüglich deren sie bestimmte Anforderungen stellen. Das entspricht so der herkömmlichen Gewohnheit seit Jahrhunderten. Eine gute Wohnung müßte ihr erstes Bedürfnis sein, heute ist sie tatsächlich ihr letztes. Sie in dieser Beziehung zu heben, vorwärts zu bringen, ist aber in erster Linie wohl Sache der Erziehung. Wo der Sinn für hässliche Verhältnisse fehlt, wird man die geräumigere Wohnung nur umgeben finden, wo dieser Sinn fehlt, sieht man die Aufwendung dafür als eine Last an, als ein Opfer, für welches man sich angenehmere Genüsse verschaffen könnte. Auch die verheirateten Arbeiter erblicken in ihrer Wohnung nur ihre Schlaf- und Bekleidungsstätte, nichts weiter.“

Deshalb müssen, meint der Artikelschreiber, die Arbeiterfamilien zu angemessener Benutzung der Wohnungen erziehen, so gezwungen werden. Wie er sich diesen Zwang denkt, verrät er nicht. Vielleicht schwebt ihm vor, daß ein Arbeiter, der so und so viel jährlich verdient, gezwungen werden muß, so und so viel jährlich für Miete auszugeben. Vielleicht denkt er auch an eine Wiederherstellung des alten Pfandpfandrechts, denn weiterhin schreibt er ergötzen dem Verzeihen: „Die neuere soziale Gesetzgebung hat das Retentionsrecht des Vermieters an den „notwendigen“ Möbeln des Mieters aufgehoben, und anderes Mobiliar haben dieselben nicht. Der Vermieter muß sie ruhig ziehen lassen, ja er gibt ihnen sehr oft noch Geld, um sie los zu werden, weil auch die Kommission erachtet ist.“

Dann aber kommt das edle Motiv des ganzen Geschwäges zum Vorschein: die Sorge, daß durch Abhilfsmassnahmen der Gemeinden und die Gründung sogenannter gemeinnütziger Baugenossenschaften den Hypothekendarstellern der Profit geschnitten werden könnte: „Millionen wollen die Wohnungsreformer darauf verwenden, der vermeintlichen „Wohnungsnot“ abzuhelfen. Der Standpunkt der Mehrheit der Kongreßteilnehmer wurde ausdrücklich dahin festgestellt, daß „nur dann kein Mangel an (für kleine Wohnungen) herrsche, wenn gute und billige Wohnungen leer stehen, teure und schlechte mögen in noch so großer Anzahl zu haben sein, so müssen dennoch neue gebaut werden. ... Ist es schon Wahnsinn, so hat er doch Methode. Was die Geldbeschaffung betrifft, so ist man auch dem Stadium der ganz unreifen phantastischen Ideen herausgekommen und zu durchführbaren Plänen gelangt, durchführbar allerdings nur mit Hilfe der Regierungen, die sich aber so entgegenkommend gezeigt, so sehr von „sozialem Empfinden“ befeuert erwiesen haben, daß sie auf diesem wichtigsten Gebiet ihre Hilfe wohl nicht verweigern werden, so verantwortungsvoll dieselbe in diesem Falle auch ist. Man will „privilegierte“ (d. h. bevorzugte) Hypothekendarstellern gründen und im übrigen sollen die Landesversicherungs-Anstalten ganz und gar in den Dienst der Wohnungsreform gestellt werden. Schon seither haben dieselben Arbeiterhäuser bis zu 100 Proz. besessen, fortan sollen sie hinter den „privilegierten“ Hypothekendarstellern zweifelhafte Leistungen bis 85 und 90 Proz. geben und wenn ihre Mittel dazu nicht reichen, so treten sie mit ihrer Garantie dafür ein, damit Privatkapital erhältlich wird. Die Baugenossenschaften der Arbeiter haben dann nur noch 10 bis 15 Proz. aufzubringen, die ihnen von Materiallieferanten geborgt werden. Eine solche Bürgschaft für eine zweifelhafte Hypothekendarstellung hat die Berliner Landesversicherungs-Anstalt bereits ausgestellt und das kaiserliche Aufsichtsamt hat dazu seine Einwilligung gegeben. Diese Sache ist also im Prinzip entschieden und schon in gutem Fluß. Es fehlt bloß noch die Gründung der privilegierten Hypothekendarstellern für diesen Zweck.“

Daran knüpfen sich unter Berufung auf die Autorität des Herrn A. Seydel, Seelforgers an St. Nicolai in Berlin, allerlei Redensarten über falsch verstandene Humanität, Strafverschärfung, Mäßigkeit der Prügelstrafe etc., mit denen wir unsere Leser verschonen wollen. Nur möchten wir erwähnen, um zu zeigen, wie dieselben Herren Hypothekendarstellerei, die so hart über den Arbeiter aburteilen, andererseits milde über die Verfehlungen ihrer Standesgenossen denken, daß kürzlich von der Berliner Hypothekendarstellerei der Nachfolgerin der Pommerbank und der Mecklenburg-Strelitzischen Hypothekendarstellerei mit dem früheren Direktor der Pommerbank, Herrn Kommerzienrat Schulz, ein sogenannter „Vergleich“ geschlossen worden ist, durch den ihm ein Teil der von ihm den Banken nach dem Zusammenbruch verpfändeten Summe von 750 000 Mark zurückgezahlt, richtiger „geschuldet“ wird, damit er ohne Sorgen leben kann und nicht auf die gewohnte „hässliche Behaglichkeit“ zu verzichten braucht!

Der Konzentrationsprozeß im Bankgewerbe hat zu einer neuen „Fusion“ geführt. Die Oberheinische Bank geht in die Rheinische Kreditbank auf. Zum Zwecke des Eintausches der Oberheinischen Bank-Aktien im Betrage von 20 000 000 M. (die fehlende Einzahlung von 50 Proz. auf 5 000 000 M. wird eingezahlt) wird, wie die Verhandlungen beider Banken mitteilen, die Rheinische Kreditbank ihr Kapital um 15 000 000 M. erhöhen und der Umtausch demgemäß im Verhältnis von 4 : 3 und beiderseits mit Dividendenberechtigung pro 1905 usw. erfolgen. Die Dividendenberechtigung der Oberheinischen Bank pro 1904 werden durch die Rheinische Kreditbank mit 3 1/2 Proz. eingelöst werden.

Durch den Uebergang der Oberheinischen Bank auf die Rheinische Kreditbank wird zwischen dieser, bei Wahrung ihrer vollen Selbständigkeit wie bisher, und der Deutschen Bank ein Geschäfts- und Freundschaftsverhältnis begründet, dem insbesondere auch dadurch Ausdruck verliehen werden soll, daß je zwei Herren des einen Instituts in den Aufsichtsrat des anderen gewählt werden. Zugleich wird gelegentlich der Fusion die Rheinische Kreditbank ihr Kapital außer dem zum Eintausch der Aktien der Oberheinischen Bank benötigten 15 000 000 M. um weitere 5 000 000 M. gleichfalls mit Dividendenberechtigung pro 1905 ff., zur Verstärkung ihrer Betriebsmittel und in Rücksicht auf die Aufnahme der Kredit- und Depositionsbank Zweibrücken und des Bankhauses Gebr. Kapferer in Freiburg erhöhen. Die neuen Aktien werden von einem Konsortium unter Führung der Deutschen Bank übernommen und den alten Aktionären zum Bezuge zum Kurse von 131 Proz. angeboten werden. Da die Deutsche Bank und die Oberheinische Bank je 2 000 000 M. Aktien der Süddeutschen Bank, Mannheim, übernehmen werden, so werden seitens der Deutschen Bank Herr Ludwig Roland-Lüde und seitens der Rheinischen Kreditbank als Rechtsnachfolgerin der Oberheinischen Bank Herr Dr. Prof. Dr. Generalversammlung zur Wahl in den Aufsichtsrat vorgeschlagen werden.

Die ganze Aktion bedeutet nichts anderes, als daß die Deutsche Bank die maßgebenden Hannoverschen Banken koalitiert und unter ihren Einfluß bringt. Bisher bestand schon eine Verbindung zwischen der Oberheinischen Bank und der Deutschen Bank. Nun geht die Oberheinische Bank in die Rheinische Kreditbank auf und erhöht zugleich ihr Aktienkapital, so daß sich dieses auf 70 Millionen Mark stellt. Zugleich aber tritt die Kreditbank in das Abhängigkeitsverhältnis zur Deutschen Bank ein, in welchem bisher die Oberheinische Bank zu letzterer stand. Außerdem wird durch Uebernahme von vier Millionen Mark ihrer Aktien durch die Deutsche und die Oberheinische Bank auch die Süddeutsche Bank dem Konzern angegliedert.

Salpeterwerke. Unter der Firma H. V. Sloman u. Co., Salpeterwerke, Aktiengesellschaft, ist in Hamburg eine Aktiengesellschaft errichtet worden, die sämtliche Salpeterfelder, die in der Umgegend von Tocopilla (Chile) bisher der Firma H. V. Sloman u. Co. gehörten, übernommen hat. Das zunächst in den Händen der Vorbesitzer verbliebende Aktienkapital ist auf 16 320 000 M. festgesetzt worden. Die Gesellschaft nimmt behufs Konsolidierung der bisher auf den einzelnen Besitzern lastenden Hypotheken usw. eine 50prozentige Hypothekendarstellung im Betrage von 13 300 000 M. auf, die von der Norddeutschen Bank in Hamburg und der Firma Vorwerk Gebr. u. Co. übernommen ist, und die, nachdem alle Formalitäten in Tocopilla geordnet sind, voraussichtlich in den ersten Monaten des nächsten Jahres von der Norddeutschen Bank in Hamburg und der Direction der Disconto-Gesellschaft an den Markt gebracht werden.

Verfammlungen.

22. Kommunal-Wahlbezirk. Noch am Vorabend der Wahl fand für den Bezirk eine Wählerversammlung in Vockers Festsälen statt, die trotz des schlechten Wetters verhältnismäßig gut besucht war. Genosse Adolph Hoffmann hielt das Referat. In ca. zweistündigem Vortrage erörterte Redner die Bedeutung der Kommunalwahlen für unsere Partei und übte, gestützt auf seine eigenen reichen Erfahrungen, die er in seiner Thätigkeit als Stadtverordneter gesammelt hat, eine scharfe und berechtigte Kritik an der freiwirtschaftlichen im „Roten Hause“. Gespannte Aufmerksamkeit herrschte in der Versammlung, als Hoffmann zum Schluß seiner Rede eine Notiz in der gestrigen Abend-Ausgabe des „Berliner Lokal-Anz.“ erwähnte, die eine „Berichtigung“ des Professors Wehring bezüglich des von Hoffmann aufgedeckten letzten Obdach-Standals enthielt. Redner charakterisierte die „Berichtigung“ mit dem Ausspruch: „So viel Worte, so viel Unwahrheiten“, und erzählte der Versammlung dann eine nicht weniger wertvolle Geschichte über die wahren Ursachen des Mißtritts des Herrn Professors. (Eine ausführliche Sachdarstellung dieser Ursachen und gleichzeitige Antwort auf die „Berichtigung“ dürfte im morgigen „Vorwärts“ erfolgen.) Mit Enthusiasmus nahm hierauf die Versammlung die Aufforderung auf, als Antwort auf die erörterten Mißstände in der Stadt-Verwaltung mit größtmöglicher Stimmenzahl der Genossen Robert Engels zu wählen. Nach einer kurzen Ansprache des Genossen Wenzel wurde die in bester Stimmung verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf die Partei geschlossen. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

Für den 30. Kommunalwahlbezirk veranstalteten unsere Parteigenossen gestern Abend eine öffentliche Wählerversammlung im „Rosenthaler Hof“. Die Versammlung war zahlreich besucht. Als Referent trat Genosse Dr. Krons auf. Er gab eine Uebersicht über die wichtigsten Aufgaben der Stadtverwaltung und zeigte an einigen Beispielen, daß Berlin unter liberaler Verwaltung, wohin man auch blickt, mit den Aufgaben der städtischen Selbstverwaltung sehr im Rückstande ist. Gegen die Vernachlässigung der wichtigsten Aufgaben durch den Liberalismus müssen die Wähler Protest erheben, indem sie dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme geben und in ihrer Veranlassung für die Wahl agitieren. Hierauf nahm unser Kandidat Saffebach das Wort. An der Hand eines zugunsten des antisemitischen Kandidaten Prebel verbreiteten Flugblattes kritisierte er die Haltung dieser Partei und die Stellung Prebels zu wichtigen kommunalen Angelegenheiten. Der Redner zeigte, daß weder die Partei Prebels, noch die des liberalen Kandidaten Rettig die geeignete Vertretung für die Wähler der dritten Abteilung sei. Die Mehrheit der hier in Frage kommenden Wähler könne nur an der Stärkung der sozialdemokratischen Fraktion ein Interesse haben. Jeder müsse deshalb auf dem Posten sein, damit unsere Partei im ersten Wahlgange den Sieg erzieht, ohne erst in die Stichwahl zu kommen. — Der Vorlesende Liepmann gab der Ansicht Ausdruck, daß uns der Sieg sicher sei, wenn jeder Genosse seine Pflicht tue und seine Kräfte bei der Wahl zur Verfügung stellt. In der Erwartung, daß dies geschehen werde, schloß Genosse Liepmann die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Anwesenden begeistert einstimmten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Opfer des südwestafrikanischen Krieges.

Berlin, 22. November. (Amtliche Meldung.) An Typhus sind gestorben: Unteroffizier Adolf Krause, geboren am 26. Juli 1878, früher Feldartillerie-Regiment Nr. 57, am 11. November in Epuliro; Reiter Wilhelm Ratus, geboren am 26. April 1883, früher königlich bayerisches 22. Infanterie-Regiment, am 19. November in Windhof. Reiter Ludwig Lukaszewicz, geboren am 3. August 1879, früher 3. Garde-Feldartillerie-Regiment, am 11. November in Windhof.

An Blinddarmentzündung: Reiter Heinrich Dara-Bandi, geboren am 23. April 1884, früher Artillerie-Regiment Nr. 5 am 17. November, geboren am 30. Oktober 1881, früher Jäger-Regiment Nr. 38 am 20. November in Dlamangongaa plötzlich verstorben. —

Oesterreichisches Abgeordnetenhaus.

Wien, 22. November. (W. T. B.) Abg. Berger unterzog unter heftigen Angriffen auf den Ministerpräsidenten und den Statthalter von Tirol die Haltung der Regierung gegenüber den Innsbrucker Vorfällen sowie das gesamte Regierungssystem einer abfälligen Kritik, wobei er wiederholt zur Ordnung gerufen wird. Hierauf erörterte der Unterrichtsminister Dr. v. Hartel in längerer Rede die Innsbrucker Unruhenangelegenheit. Er erklärte einleitend, er übernehme die volle Verantwortung für die von der Unterrichtsverwaltung getroffenen Maßnahmen. Der Minister betonte sich dagegen, als ob er mit der Schließung der Universität wehrlos hätte, und erklärte, er mache die Freunde der akademischen Jugend nur darauf aufmerksam, daß, wenn die Agitation einen so hohen Grad erreichte würde, daß die Tätigkeit der Universität gehemmt würde, er nicht zu Gewaltmitteln, zu Polizei und Militär, greifen würde, sondern daß er ein Weg möglich wäre, die Schließung der Universität. Der Minister erinnerte sodann an die Vorlage betreffend Errichtung einer italienischen Fakultät in Rovereto und wies den Vorwurf des Vorwurfs zurück. Er betonte, daß allerdings ein ansehnlicher Teil der Bevölkerung in Aussicht genommen werde und für vorbereitende Maßnahmen für 2 bis 3 Semester Forderungen eingestellt werden. Ueber die Ortsfrage werde das Haus sein Urteil abzugeben haben. Der Minister schloß mit der Bitte, man möge der Regierung kein Hindernis in den Weg legen, damit die Frage bald verfassungsmäßig aus der Welt geschafft werde. Bezüglich der slavischen Parallelen beruft sich der Minister auf die Rede des schlesischen Reichstagsabgeordneten Pohl, worin das Bedürfnis für die Heranbildung tschechischer und polnischer Lehramtskandidaten anerkannt wurde. Die Furcht vor der Slavisierung sei grundlos. Der Minister erklärte, die Regierung müsse gewissenhaft die Interessen aller abwägen und sei weit davon entfernt gewesen, feindselig gegen die eine oder andere Nationalität vorzugehen. (Vehementer Beifall.) Ministerpräsident v. Koerber konstatiert gegenüber dem Abgeordneten Erler, daß der Statthalter den Bürgermeister von Innsbruck am 27. Oktober von der Möglichkeit verständigte, daß die italienischen Studenten mit Waffen versehen sein könnten. Auf die gegen ihn gerichteten Auseinandersetzungen des Abg. Erler habe er nichts zu erwidern. Darauf wird die Verhandlung abgebrochen. Nächste Sitzung morgen.

Budapest, 22. November. (W. T. B.) Der ehemalige Minister-geleit. Er wird die Beweggründe in einem offenen Schreiben an seine Wähler darlegen.

Vom ostantatischen Kriegsschauplatz.

London, 22. November. Dem Reuterschen Bureau wird aus Madras vom 20. d. Mts. gemeldet: Der Charakter des japanischen Angriffs auf den Butilomhügel in der Nacht zum 19. d. Mts. wird hier nicht verstanden. Ueber die Organisation des Angriffs ist wenig bekannt, außer daß drei bis vier Bataillone daran teilnahmen. Man glaubt jedoch, daß der Angriff auf die Initiative des lokalen Befehlshabers ohne Zustimmung des Hauptquartiers unternommen wurde. Jedenfalls war das Ereignis das wichtigste seit der Schlacht am Schafu. Das erste Anzeichen der japanischen Bewegung war ein Signal, welches man von den Befestigungen des Hügels ausblitzen sah. Der Angriff wurde für das Anzeichen eines allgemeinen Vormarsches der Japaner gehalten; die ganze Armee war daher sofort in Bereitschaft und die tatsächlichen Dispositionen wurden sowohl öffentlich wie westlich des Butilomhügels prompt getroffen. Die Japaner gelangten bis auf fünfzig Yards an die russischen Schanzgräben, wurden aber durch das mörderische Feuer der Russen zurückgedrängt. Am nächsten Morgen wurden achtzig japanische Leichen gefunden; die Japaner hatten zweihundert Verwundete fortgeschleppt. Die Russen hatten nur ein halbes Duzend Leute verloren. Die Russen fahren fort, die japanischen Stellungen bei Lischimpu jeden Tag zu beschießen.

Petersburg, 22. November. (W. T. B.) General Auroppkin meldet dem Kaiser unter dem gestrigen Tage: Auf unserem linken Flügel besetzte eine von unseren Abteilungen am 20. November das Dorf Lischimpu, zehn Werst südwestlich von Dapinduschan. Eine geringe Anzahl Japaner, die sich in der Nähe dieses Punktes befand, zog sich in der Richtung nach Tianschan zurück. Die Verluste sind auf beiden Seiten unbedeutend. Am 21. November sind keine Meldungen über Kämpfe eingegangen.

Budapest, 22. November. (W. T. B.) Der ehemalige Ministerpräsident Koloman Szell hat sein Abgeordnetenmandat niedergelegt. Er wird die Beweggründe in einem offenen Schreiben an seine Wähler darlegen.

Haag, 22. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) China ist offiziell der Uebereinkunft betreffend Errichtung des Schiedsgerichtshofes beigetreten.

Petersburg, 22. November. (W. T. B.) Die Verhandlung über die des Nordes an dem früheren Minister des Innern v. Plehne Angeklagten Sajanoff und Sisoroff soll am 13. Dezember hier stattfinden.

Stadtverordneten-Wahl.

Achtung! 5. und 6. Wahlkreis. Heute Mittwoch, den 23. November findet im 30. Kommunalwahlbezirk die Stadtverordneten-Wahl von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends statt.

Der I. Teil umfasst die Stadtbezirke:

210. Dörfelstr. 41-51, Gipsstr. 18, Gadescher Markt 1-5, Nombijou-Platz 12, Große Präsidentenstraße, Kleine Präsidentenstraße 1-5, Neue Promenade 1-8, Rosenthalerstr. 25-53, Neue Schönhauserstr. 2-20, Sophienstr. 11, Spandauerbrücke 4-9, Stadtbahnbogen 182-147 und 149-154, Weinmeisterstr. 1 und 2a, Am Zwirngraben.

212. Auguststr. 28, 29 und 32a, Gipsstr. 1-17a, 19-23a und 27-32, Große Hamburgerstr. 1-11 und 34-41, Sophienstr. 1-10 und 12-35.

213. Ackerstr. 1 und 1a, Auguststr. 30-40 auschl. 32a und 46-53, Kleine Auguststr. 8-14a, Eissackerstr. 82-97, Gipsstr. 23b bis 26 und 33, Joachimstraße, Platenstr. 70-80 und 195-202.

Wahllokal: Turnhalle der Gemeindefschule, Gipsstr. 23a.

Der II. Teil umfasst die Stadtbezirke:

211. Artilleriestr. 19-21, Gr. Hamburgerstr. 12-33, Krausnickstraße, Nombijou-Platz 1-11, Dranienburgerstr. 1-33 und 70-92, Stadtbahnbogen Nr. 155-168, Ueberfahrtsgasse, Ziegelstr. 14-23.

214. Ackerstr. 172-174, Auguststr. 26-27 und 64-64a, Kleine Auguststr. 1-7a, Eissackerstr. 68-81, Kleine Hamburgerstraße, Koppens-Platz, Linienstr. 93-106 u. 160-164.

215. Artilleriestr. 4-12 und 22-34, Auguststr. 3-25 und 65 bis 88, Dranienburgerstr. 34-39 und 64-69.

Wahllokal Turnhalle der Gemeindefschule, Auguststr. 67.

Der III. Teil umfasst die Stadtbezirke:

255. Ackerstr. 2-26 und 144-171, Eissackerstr. 11, Invalidenstraße 158;

256. Bergstr. 1-27 und 66-81, Eissackerstr. 12-15.

Wahllokal: Ackerstr. 144 bei Schuster.

Wir ersuchen alle Genossen, welche bei Aufstellung der Wählerlisten im Juli dieses Jahres in den obigen Bezirken gewohnt haben oder noch jetzt dort wohnen, recht frühzeitig zur Wahl zu gehen sowie alle Befinnungsgenossen darauf aufmerksam zu machen, daß jeder sein Wahlrecht gleichfalls früh ausübt und für den Genossen

Johannes Sassenbach

stimmt. Nur wenn jeder Parteigenosse dahin tätig ist, kann der Freisinn in diesem Bezirke geschlagen werden.

Wir ersuchen weiter alle Parteigenossen auch anderer Kreise, denen es die Zeit irgend erlaubt, am 23. November von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, so früh und so lange jedem möglich, sich dem Wahlkomitee zur Verfügung zu stellen.

Die Agitation wird am Wahltag geleitet:

für die 1. Abteilung des Bezirke von Wirth, Auguststr. 51, 2. Wittmann, Eissackerstr. 68, 3. Kleine Hamburgerstraße, 4. Hoppe, Ackerstr. 21.

Es ist Pflicht der Parteigenossen, alles aufzubieten, daß wir diesen Bezirk erobern. Aus jeder seine Schuldigkeit!

Die Versammlung zur Verlesung des Wahlergebnisses findet in den Versammlungs-Sälen, Ackerstr. 67, statt.

Die Vertrauensleute.

Achtung! Vierter Wahlkreis, Ost. Heute Mittwoch, den 23. November, findet im 22. Kommunalwahlbezirk die Stadtverordnetenwahl von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends statt.

Der I. Teil umfasst die Stadtbezirke:

152. Blankenfeldestr. 2-14, Große Frankfurterstr. 49-60 und 71-80, Markusstr. 30, Markuskirchstr. 1-8 und 16-25, Wagemannstr. 10-34.

154. Eissackerstr. 1 und 65-68, Pallisadenstr. 1 u. 12, Wagemannstr. 34a-37, Weberstr. 3-35 und 38-63.

155. Nichtenbergerstr. 10-11, Pallisadenstr. 2-11, 13-20, 88-103, Straußbergerstr. 9-10, 34-35.

Wahllokal: Turnhalle der Gemeindefschule, Straußbergerstraße 9.

Tod, wo ist dein Stachel?

Ein seliger Tod auf dem Schaffott.

Das nachstehende keltische Dokument deutsch-schriftlicher Kultur stammt nicht etwa aus dem berühmten Kolportageroman „Scharfrichter Kraus“, sondern es ist den Lebenserinnerungen des im vorigen Jahre verstorbenen Superintendenten Koelling entnommen, die in Berlin im Verlage der Stadtmission erschienen sind. Der packende Titel ist geistiges Eigentum des christlich-nationalen „Volksblattes“ „Das Reich“, das seinen Lesern am Totensonntag diese geistige Stoffaufbereitung zuteil werden ließ. Weitere Bemerkungen dürfen wir uns wohl sparen; wir brauchen unsere Leser nicht einmal um Entschuldigung zu bitten, daß wir sie mit dieser eiteleregenden Grausamkeitswollust-Fremdelei behelligen. Es geschieht nämlich nicht zum Vergnügen. Hohe Beachtung verdient aber außerdem der Fall selbst. Der Mörder, der nicht begnadigt und hingerichtet wurde, ist nach den Schilderungen des Geistlichen sicher kein Unhold, sondern das Opfer einer Familien-tragödie. D. Red.

Im September 1892 erhielt ich einen Brief von dem Oberstaatsanwalt aus Ratibor, der mich aufforderte, am dritten Tage nach Ratibor zu kommen, um dort den Lehmann Johann Klapsa, welcher wegen Gattenmordes zum Tode verurteilt sei, zum letzten Gange vorzubereiten, und dann nach der Richtstätte zu geleiten. Es ist die Art des Herrn mir gegenüber oft gewesen, daß die schwersten Wege, die er von mir gefordert hat, mir durch begleitende Umstände immer noch ganz besonders schwer gelegt hat. So war es auch mit der Situation für Ratibor. Sie traf bei mir ein, als meine Frau und mein jüngerer Sohn beide totkrank an der Ruhr darniederlagen und als mein heißgeliebter Bruder Heinrich seinem letzten Stündlein entgegenging. Ich war also zu Hause ganz unablöslich. Ich mußte jeden Augenblick darauf warten, zu meines Bruders letztem Kampf gerufen zu werden, aber ich habe meinen Herrn verstanden. Er hat mir darum die schwersten Wege so schwer gelegt, um mich zu zwingen, zur Ausübung seiner schwersten Mission ganz allein auf sein Gnadenbrot angewiesen zu sein. Ist man erst durch schweres Herzleid ganz unfähig, etwas zu sein aus eigenem Vermögen, so wird man dann ein Gefäß, in welches der Herr seine Kraft pure andzuschütten vermag. So gestimmt, fuhr ich nach Ratibor. Vormittags um 9 Uhr betrat ich das Gefängnis. Der Erste Staatsanwalt hatte eben dem

Der II. Teil umfasst die Stadtbezirke:

153. Andreasstr. 45 und 46, Blumenstr. 42, Gr. Frankfurterstraße 90-127, Koppensstr. 35 und 63, Krausstr. 1, Markusstr. 29.

156. Gr. Frankfurterstr. 32-48, Fürstentwälderstr. 2-23, Straußbergerstr. 11-33, Weberstr. 1-2 und 64-66.

158. Friedenstr. 45-49 und 89-95, Friedrichsbergerstr. 1 bis 14 und 18-27.

159. Große Frankfurterstr. 19-31, Friedrichsbergerstr. 15-17, Fürstentwälderstr. 1 und 24, Koppensstr. 36-40 und 50-52, Lebusersstraße ganz, Pallisadenstraße 30-38 und 68-87.

Wahllokal: Große Frankfurterstraße 99, Frankfurter Vierhallen.

Wir ersuchen die Genossen, die bei Aufstellung der Wählerlisten im Juli dieses Jahres in den obigen Bezirken gewohnt haben oder noch jetzt dort wohnen, recht frühzeitig zur Wahl zu gehen sowie alle Befinnungsgenossen darauf aufmerksam zu machen, daß jeder sein Wahlrecht gleichfalls früh ausübt und für den Genossen

Robert Wengels

stimmt. Auch wenn kein Gegenkandidat aufgestellt ist, muß die Beteiligung unserer Genossen eine vollzählige sein.

Die Agitation wird am Wahltag geleitet vom Hauptwahlbureau, Friedrichsbergerstr. 19, Bawewig, wo Hilfskräfte sich dem Wahlkomitee zur Verfügung stellen können.

Verlesung des Wahlergebnisses bei Voelter, Weberstraße 17.

Partei-Nachrichten.

Partei-Presse. Das neue badische Parteiblatt, die „Arbeiterzeitung“ in Vörrach, ist ein Wochenblatt und kostet monatlich 20 Pf. Es ist Eigentum der sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftsartikels im 4. badischen Reichstags-Wahlkreis. Als verantwortlicher Redakteur zeichnet Ernst Noesch in Vörrach.

Die Lokalfrage in Saalfeld. Die Saalbesitzer im Bezirke der Kreisshauptmannschaft Rüdolstadt wollen ihre Säfte jetzt auch allen Parteien zu politischen Versammlungen zur Verfügung stellen und zwar im allgemeinen unter denselben Bedingungen wie ihre Kollegen der Dresdener Gegend. Sie verlangen jedoch - und berufen sich dafür auf eine an sie gestellte Forderung der Polizeibehörde -, daß ihnen die Versammlungen mindestens acht Tage zuvor angezeigt werden. Da sich unsere Parteigenossen auf diese Forderung keinesfalls einlassen können, so wird der Lokalkampf in diesem Bezirke wohl noch weiter gehen.

Der Parteitag für das westliche Westfalen, der am Samstag in Sieglinghofen abgehalten wurde, beschloß, beim Parteivorstande die Anstellung eines besoldeten Sekretärs für den Bezirk zu beantragen. Weiter wurden in Beziehung auf die Agitation folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Daß bei der Zentralkasse unseres Bezirke eine Sammelstelle für Flugblätter aller Art eingerichtet wird, die von unserer Partei sowie unseren Gegnern im Agitationsbezirke herausgegeben werden oder zur Verteilung kommen.

2. Der Agitationskalender wird vom Jahre 1906 ab nicht mehr herausgegeben; an dessen Stelle soll vom 1. Mai 1905 ab eine monatlich einmal erscheinende sozialistische Agitationschrift herausgegeben werden, die, wo es die Forderung der Agitation bedingt, unentgeltlich zur Verteilung kommt, im allgemeinen aber an Abonnenten zu 5 Pf. pro Exemplar abgegeben wird.

3. Unter dem Titel: Agitationsbibliothek für das westliche Westfalen werden über die jeweilig aktuellen Fragen sowie zur Hebung und Förderung der Organisation und Agitation jährlich in der Regel zwei Broschüren herausgegeben. Diese Broschüren sollen nicht nur in prinzipieller und tatsächlicher Beziehung den Standpunkt der Partei erörtern, sondern unter ganz besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in unserem Agitationsbezirke geschrieben werden. Der Verkaufspreis soll möglichst auf 10 Pf. pro Exemplar gestellt werden.

Aus der Frauenbewegung.

An die Gewerkschaftsvorstände, Kartelle und Agitationskommissionen!

Wir bringen zur Kenntnis, daß das unterzeichnete Komitee es als seine Aufgabe betrachtet, die obengenannten Körperschaften bei der Agitationsarbeit für die Arbeiterinnen zu unterstützen, um dieselbe planmäßiger als bisher zu fördern.

Es war einem großen Teil der Gewerkschaften bisher nicht möglich, die sich auf die Arbeiterinnenagitation beziehenden Beschlüsse

des vierten Gewerkschaftskongresses (siehe Protokoll S. 112, Resolution Tieg, und 116, Antrag Rudolph) zu erfüllen. Zum Teil waren die beschränkten Mittel einiger Gewerkschaften daran schuld und andererseits sind viel zu wenig agitatorisch tätige Frauen vorhanden und mußte daher die zu leistende Arbeit von den wenigen, die sich der Sache widmen, verrichtet werden.

Da eine Einheitlichkeit im Arrangement der Agitationsversammlungen usw. nicht bestand, so konnten oft dringende Fälle nicht erledigt werden, während wiederum zu verzeichnen war, daß in manchen Gegenden und Orten in einer Woche, ja oft an einem Tage mehrere Referentinnen von auswärts zusammentrafen oder einander ablösten. Dagegen brauchte bei richtiger Einteilung der Arbeit niemals etwas zurückgestellt zu werden und Geld und Zeit der einzelnen Organisationen und Personen könnte gespart werden.

Um den Mangel, der eine bedeutende Erschöpfung der Arbeiterinnenagitation ist, zu beseitigen, haben sich eine Anzahl der vorwiegend bei den Gewerkschaften tätigen Genossinnen zur gemeinsamen Arbeit vereinigt. Die Tätigkeit der Kommission soll sich aber nicht nur auf Abhaltung von Gewerkschafts-Agitationsversammlungen erstrecken, sondern jede Art der notwendigen Kleinarbeit umfassen. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat bereitwillig einen Raum zur Verfügung gestellt, in welchem die erforderlichen Materialien aufbewahrt und die schriftlichen Arbeiten erledigt werden können. Hier wird auch an allen Wochentagen, mit Ausnahme des Sonntags, von 5-7 1/2 Uhr ein Mitglied der Kommission antwortend sein, um Aufträge entgegenzunehmen und Auskünfte zu geben.

Wir ersuchen, Protokolle und Fachblätter an das Bureau zu senden, damit das für die Agitation nötige Material für die Werkstubensitzungen und Versammlungen stets zur Hand ist. Mitteilungen und Anfragen sind zu richten an das Gewerkschaftliche Frauenagitationskomitee, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 15 IV.

Baumhulsenweg. Am Donnerstag, den 24. November, abends 8 1/2 Uhr, hält der Verein für Frauen und Mädchen Schönbergs und Umgebung bei Christ, Marienthalerstraße, Ecke Ernststraße, eine Wander-Versammlung ab. Frau Dr. Hofmann wird über: „Die Volksschule, wie sie ist und wie sie sein soll“ referieren. Gäste sehr willkommen. Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Steglich. Im Bildungsverein für Frauen und Mädchen von Steglich und Umgebung hielt Donnerstag, den 17. d. M., Frau Dr. Zeppler einen interessanten Vortrag über „Die Schule“. Derselbe fand bei den zahlreichen Anwesenden großen Beifall. - Die nächste Vereinsversammlung findet Dienstag, den 6. Dezember, bei Grube, Kaiser-Allee, statt.

Der Verein für die Interessen der Hausangestellten veranstaltet Donnerstag, den 24. November, in den Arminkablen, Kommandantenstraße 20, eine öffentliche Versammlung, in der Genossin Rita Braun über die Entwicklung der Hauswirtschaft und die Diensthöfen-Frage sprechen wird. Die Versammlung beginnt 8 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Der Referent ist nicht erschienen!

Ein Genosse aus Weihensee, der nicht als Referent, wohl aber auf der Referenten-Suche unangenehme Erfahrungen gemacht hat, sendet uns eine Zuschrift zu dem neuerdings aktuell gewordenen Thema, welche auch die andere Seite der Frage behandelt:

Er schreibt u. a.:

„Es mag zugegeben werden, daß mancher Einberufer, um eine Versammlung möglichst gut besucht zu machen, den Lärm anwendet, daß er einen Referenten bekannt gibt, der nicht erscheinen kann; doch das sind verschwindende Fälle. Wie sieht es aber dann aus, wenn ein Einberufer - wie ich - Wege läuft und 8 Postkarten verschreiben muß, um mit Mühe und Not überhaupt einen Referenten zu bekommen? Ich bin der Meinung, daß ein rednerisch begabter Genosse den Einberufer von Versammlungen nur dann abschlägig bescheiden sollte, wenn er schon anderweitig befaßt ist. Ich glaube nicht, daß von denen, die ich um ein Referat gebeten hatte, alle an dem Tage anderweitig in der Partei tätig waren.“

Der Genosse hat nicht unrecht. Es gibt leider Referenten, die eine Zu- oder Absage von anderen Dingen als von einer wirklichen Verhinderung abhängig machen. So mancher von ihnen erkundigt sich zunächst erst vorichtig nach dem Saal und der voraussichtlichen Größe der Versammlung und steigt nur zum Volke herab, wenn alle Vorbedingungen für eine erfolgreiche Versammlung von a n d e r e r Seite getroffen sind,

Delinquenten eröffnet, daß Seine Majestät von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hätte, und daß morgen um 5 Uhr die Hinrichtung stattfinden werde. Er sagte mir, ich möchte jetzt eine Unterredung mit dem Delinquenten haben, ihm dann gegen Abend das heilige Abendmahl reichen und endlich morgens früh mich pünktlich einstellen. Ich erwiderte dem Herrn Staatsanwalt: „Ich bleibe natürlich bei dem Delinquenten in seiner Zelle bis morgen früh und verlasse ihn nicht mehr. Er hat nur noch 18 Stunden zu leben, dann steht er vor dem Throne des Herrn. Diese 18 Stunden aber sollen ihm ganz gewidmet sein.“ Der Staatsanwalt, der ein gütiger Herr war, freute sich meines Entschlusses. Ich habe in jenen Stunden viel Herrliches erlebt und habe zusehen dürfen, mit welcher Gotteskraft der Herr Jesus diese arme Sünderseele angefaßt hat. Ich habe aber auch sehen dürfen, mit welcher tiefen Ruhe und mit welchem feurigen Glauben dieser arme Sünder das Heil in Christo ergriffen hat. Der Delinquent war der deutschen Sprache nicht mächtig, sondern sprach nur polnisch. Er war von Haus aus ein frommer ordentlicher Mann, der mit seiner ersten Frau in einer glücklichen Ehe gelebt hatte; nach ihrem Tode verheiratete er sich mit einer ganz unsfähigen, schmutzigen Frau, welche die Kinder erster Ehe fürchtbar vernachlässigte und ihre eigenen Kinder ebenso, welche dem flehigen Manne, der früher nie ins Wirtshaus gegangen war, das Haus verleidete und ihn zum Gelegenheitsdrinker machte. An einem Tage, an welchem es wieder eine häusliche Szene gegeben hatte, betrank er sich aus Verzweiflung. Da trat ihm ein Bogabund, er solle seiner Frau in die Suppe ein Pulver mischen, welches ihm der böse Verführer gleich übergab. In betrunkenem Zustande tat er das, darauf legte er sich schlafen. Als er erwachte, war er in Todesangst, ob auch die Suppe noch unberührt sei. Sie war gegessen, und seine Frau rang mit dem Tode. Es war ja qualifizierter Gattenmord, und daher das Urteil gerecht. Als ich in seine Zelle trat, machte ich ihm klar, daß er ja den Tod verdient habe. Darauf betete ich mit ihm auf den Knien, daß der Herr ihm die letzten Stunden seines Lebens zu rechten geeigneten Schächerstunden verklären möge, und verdrachte mit Ausnahme einer halben Stunde, die ich zu Mittag im Wirtshaus zubrachte, die ganze Zeit in der Zelle. Diese Zeit wurde eingeteilt nach dem Gesichtspunkte, ihm möglichst viele geistliche Nahrung zuzuführen, ihm aber doch vor jeglicher Uebermüdung zu behüten. Darnach zerhet meine Arbeit an dem lieben Manne in drei Teile: 1. Ich las ihm gewaltige Schriftabschnitte vor und legte sie ihm kurz aus. 2. Ich hatte mit ihm lange Unterredungen und erbauliche Gespräche, die oft den Charakter der christlichen Unterhaltung annahmen. Hierdurch verging die Zeit in einer für ihn erhebenden, seine Seele erfrischtenden, die Schreden der nächsten Stunde bannenden Weise. 3. Ich kniete mit ihm nieder und betete laut mit ihm. Die beiden katholischen Gefängniswärter, welche vor der Zelle

postiert waren, hatten um Erlaubnis, eingelassen zu werden und knieten mit uns nieder. Der Schriftabschnitt, welchen ich auf sein Verlangen in der Nacht wohl zehnmal lesen mußte, war die Geschichte vom verlorenen Sohn, und dann folgte immer der Bericht, welcher einst auf meinem Grabsteine stehen soll, und welcher die Herrlichkeit von allen Gottesverheißungen enthält: 1. Joh. 1,7 b „und das Blut Jesu Christi seines Sohnes macht uns rein von aller Sünde.“ Da fragte er mich: „macht das Blut Jesu Christi auch einen Mörder rein von aller Sünde?“ und als ich ihm verklärten Blickes antworten durfte: „ja, mein lieber Freund, so wahr der Herr lebt, macht Christi Blut auch einen Mörder rein, ja der allerreine, der durch das bereits verlossene Blut von Golgatha rein geworden ist, der Schächer am Kreuz, war ja ein Mörder.“ Da legte sich ein löstlicher Friede auf sein Angesicht. Während einer der längeren Unterredungen fragte er mich plötzlich: „was soll ich sagen, wenn ich vor dem Thron des Herrn Jesu komme und keinen Kopf habe.“ Da sagte ich ihm: „sage nur zum Herrn Jesus: lieber Herr Jesu, ich habe meinen Kopf durch meine große Sünde verloren, nun heile Du mir ihn wieder in Kraft Deines teuren Blutes an.“ Er antwortete förmlich verklärt: „Ja, genau dieselben Worte will ich dem Herrn Jesus sagen.“ und dann fragte er mich unter Tränen: „Werden sie mir läuten, wenn ich werde enthauptet sein?“ Ich antwortete ihm: „hier unten auf Erden nicht, aber im oberen Jerusalem werden die Glocken läuten.“ Es gab ihm vollen Trost, er war in einer köstlichen Sterbensrührung. Nachdem er nachts um 12 Uhr das heilige Abendmahl mit Inbrunst empfangen hatte, lehnte er jede Nahrung ab, weil er sagte, er wolle nichts anderes mehr genießen, nachdem er den wahren Leib und das teure Blut Jesu Christi empfangen habe. Da nahte die Stunde, ich kniete mit ihm nieder, betete aber nicht selbst, sondern forderte ihn auf, er solle nun laut beten. Das tat er zu meiner höchsten Erbauung. Darauf genoh er auf meinen bestimmten Wunsch ein Glas Rotwein. Wir setzten uns in Bewegung. Ich im Zalar zur Rechten, der würdige Gefängnisinspektor in Uniform zur Linken. Auf der Richtstätte war ein Altar errichtet mit Kreuztisch und brennenden Lichtern. Er ergriff noch einmal meine rechte Hand und rief mir zu: „Erbarmen Sie sich über meinen letzten Ansehen Franz.“ Der Schorfrichter ergriff ihn, ich kniete vor dem Altare nieder und betete laut das heilige Vaterunser; da fiel der Schlag auf sein Haupt. Es war erschütternd, wie der Strahl des Blutes in die Höhe schoß. Ich eilte auf den Bahnhof, erreichte den bereits pfeifenden Zug noch und prüfte den Herrn dafür, daß er mich gewürdigt hatte, Zeuge der Wundermacht zu sein, die die Grabe und der Glaube, wenn er auf das Blut des Sohnes Gottes sich gründet, an einem armen Sünderherzen auszurichten vermag.

und nicht mehr von ihm abhängen. — Eine sonderbare Werkschätzung der eigenen Persönlichkeit, aber eine sehr verbreitete! Aber die Herren Einberufer sollten sich auch bei Zeiten auf die Referenten-Suche begeben. Man muß doch dem Genossen, der nicht nach Art eines Phonographen über eine gut bespielte Walze verfügt, auch Gelegenheit zur Arbeit eines Vortrages lassen! Keinem beruflich beschäftigten Referenten kann es verdacht werden, wenn er solche im letzten Augenblick an ihn herantretende Aufforderungen zum Referate ablehnt. Und dann wendet man sich auch gewohnheitsmäßig an einen viel zu kleinen Personenkreis mit der Aufforderung zum Referat. Nicht mehr als 5—6 Personen sieht man in den Versammlungsanzeigen sich in die Arbeit des Referierens teilen; alle übrigen stehen jährens, jährens ganz überflüssig mit Namen und Adresse in der Referentenliste. Weil sie unbekannt sind, bleiben sie auch unbekannt; nicht auf das Referat, sondern auf den Referenten kommt es dem Einberufer an. Den „bekanntem“ Referenten aber, der schließlich doch auch einmal nichts mehr zu sagen weiß, tröstet man mit der Beleidigung: „Es kommt ja nicht so darauf an, was Sie sagen! Der Vortrag ist ja nur zur Einleitung; die Hauptsache ist nachher die Vorstandswahl!“ — Wenn schließlich der Vielgeplagte zwölf Versammlungen abgehalten hat und zu der dreizehnten abgeht, heißt es wieder: „Der Referent ist nicht erschienen!“

Berlin und Umgegend.

Tarifdifferenzen im Schlossergewerbe wurden am Montag in einer bei Duggenbagen abgehaltenen, fast besuchten Schlosserverammlung besprochen. Wieseenthal als Referent führte aus, daß es noch immer eine erhebliche Anzahl Schlossereibetriebe gäbe, in denen der Tarif entgegen den Abmachungen nicht ausgehängt wird resp. Umgehungen der Tarifbestimmungen stattfinden. Aus diesen Gründen hatten die Schlichtungskommissionsmitglieder der Arbeitnehmer der Schlosserinnung folgende Fragen zur Beschlußfassung unterbreitet: 1. Sind die 20 Proz. Lohnzuschlag für Ueberstunden auch den Affordüberstärkern zu zahlen, aber nicht vom Affordüberschuss abzuziehen? 2. Ist die Zahlung der Gratifikation an Kolonnenführer ein Verstoß gegen den Schloßertarif? 3. Nach welcher Formel wird an besten und einheitlich die Verteilung des Affordüberschusses berechnet? Ueber diese Fragen fand dann auch eine Aussprache in einer außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes Berliner Schlosserinnen statt, zu welcher die Schlichtungskommissionsmitglieder der Gesellen eingeladen worden waren. Letztere hatten den Arbeitgebern dort begründet zu machen gesucht, daß den Affordüberstärkern genau so gut die 20 Proz. Zuschlag für Ueberstunden gebühren wie den Lohnarbeitern, weil die Meister anderenfalls die Gesellen Ueberstunden in unbegrenzter Zahl machen lassen könnten, die von den Gesellen obendrein von ihrem eigenen Affordüberschuss bezahlt werden müßten. Ferner bedeutete die Zahlung einer Affordprämie an Kolonnenführer eine indirekte Ermunterung an diese, die Helfer zu vermehrter Leistung anzutreiben. Ein solches Verfahren sei tarifwidrig, da die Affordüberschüsse dem Stundenlohn entsprechend an Kolonnenführer und nicht an Helfer zu verteilen seien. Die Versammlung unter dem Vorsitz des stellvertretenden Obermeisters Stahl hat sich diesen Ausführungen der Arbeitnehmervertreter dem Sinne nach angeschlossen, verwies sie aber auf die endgültige Beschlußfassung der ordentlichen Quartalsversammlung der Innung, zu welcher sie ebenfalls wieder eingeladen werden sollten. Dies ist jedoch nicht geschehen; wie die Gesellenvertreter vermuten, auf absichtliche Unterlassung des Obermeisters Heinrich hin. Nach reger Aussprache wurde hierzu einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die heute, den 21. November 1904, im Lokale von Duggenbagen tagende Versammlung der Schlosser Berlins und Umgegend nimmt Kenntnis von den Verhandlungen mit dem Verband Berliner Schlosserinnen und verwandter Gewerbe und erklärt:

1. Der Herr Obermeister Paul Heinrich hat verhindert, daß unsere Vertreter der Schlichtungskommission in der Quartalsversammlung der Berliner Schlossermeister beweisen konnten, die drei Anträge der Berliner Schlosser bedeuten keine neue Forderungen, sondern sind Ausführungsbestimmungen zum Berliner Schloßertarif.

2. Da die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes Berliner Schlosserinnen und verwandter Gewerbe der allgemeinen Stimmung nach für unsere Anträge war, verpflichten sich die Berliner Schlosser: Ueberstunden ohne 20 Proz. Zuschlag, gleichviel, ob in Lohn oder Afford gearbeitet wird, in Zukunft nicht zu machen. Dieser Zuschlag darf nicht vom Affordpreis abgezogen werden.

3. Kolonnenführer, welche entgegen den klaren Bestimmungen des Berliner Schloßertarifs betröfliche Verteilung des Affordüberschusses Gratifikationen annehmen, ohne sie in vorgeschriebener Weise zu verteilen, können nicht Mitglied im Deutschen Metallarbeiter-Verband sein.

4. Der Affordüberschuss wird nach folgender Formel berechnet: Ist an einem Afford von 100 M. ein Ueberzuschuß von 20 M., so fällt auf jede Mark Lohnzuschlag ein Ueberzuschuß von 25 Pf.

Alsdann brachte der Vorschlagsbringer Lubatsch ein eigenständliches Gebaren der Innungsmeister zur Sprache, daß mit dem Arbeitsnachweis der Innung zusammenhängt. Bekanntlich funktioniert der Nachweis nach eigenen Ausprüchen der Meister nur sehr schlecht, weil dort meistens nur minderwertige Arbeitskräfte vermittelt werden. Es ist nun wiederholt vorgekommen, daß Meister neuangestellte Gesellen ohne weiteres 20 Pf. vom Lohn abgezogen haben als „Arbeitsvermittlungsgeld“, ganz gleichgültig, ob die Gesellen von jenem Nachweis vermittelt wurden oder nicht. Angeblich solle dies Geld zu wohlthätigen Zwecken im Interesse der zugereisten Gesellen verwendet werden. Hierzu beschloß die Versammlung: Jeder Kollege ist verpflichtet, gegen den Abzug der sogenannten Arbeitsnachweisgebühr vom Lohn zu protestieren. Sollte dies keinen Erfolg haben, so ist der Abzug einzufordern, eventuell einem Kollegen die Vollmacht dazu zu geben. Der Gesellenausschuß ist hiermit angewiesen, beim Innungsvorstand gegen die ungesetzlichen Lohnabzüge Einspruch zu erheben, schon deshalb, weil jenes Verfahren dem Nachweisuratorium keine genügende Uebersicht über die Massenführung gestattet.

Die Aussperrung der Tischler.

Wie wenig Wert die Angaben der Unternehmer, daß sie liefert die letzte, am Sonnabend veränderte Nummer der „Fachszeitung“ einen neuen Beweis. Sie führt 62 Bautischlereien auf, die sich bis dahin an der Aussperrung beteiligt haben sollen. Der Holzarbeiter-Verband hat dagegen festgestellt, daß 30 von den angeführten Tischlermeistern bis Montagabend noch nicht einen Arbeiter ausgesperrt hatten. Einige Arbeitgeber sind in der Liste der „Fachszeitung“, die erkrankte Arbeiter abgemeldet haben. Diese werden nun einfach zu den Aussperrten gerechnet, damit die Zahl recht groß erscheint und den Lesern der „Fachszeitung“ wird auf solche Weise Sand in die Augen gestreut. — Gestern sind dem Holzarbeiter-Verbande 19 Aussperrte, meist Bautischler, für die keine Arbeit mehr vorhanden ist, gemeldet worden. In der Bautischlerei von Spomer in Niddorf haben sämtliche Tischler und Einseher die Arbeit niedergelegt. — Tischlermeister Köhling wollte einige der von ihm Aussperrten wieder einstellen. Die Arbeiter fordern als Voraussetzung der Wiederaufnahme eine Erklärung, daß Herr Köhling die Aussperrung nicht mehr mitmachen wolle. Er vertweigerte diese Erklärung, darauf legten auch die noch Beschäftigten, 20 Tischler, 8 Polierer und 3 Bildhauer die Arbeit nieder. — In der Möbeltischlerei von Melas in der Königsbergerstraße legten die Gesellen vor mehreren Wochen die Arbeit nieder, weil in dem Betriebe Streikarbeit für Schulz angefertigt wurde. Herr Melas hat jetzt auf Anfertigung von Streikarbeiten verzichtet, sich an den Holzarbeiter-Verband wegen Wiedereinstellung seiner Gesellen gewandt, und diese haben die Arbeit bereits wieder aufgenommen. So bröckelt in der Möbelbranche einer nach dem anderen aus den Reihen der kampflustigen Meister

ab, und die Entlassungen in der Fabrikbranche können die Situation für die Unternehmer gewiß nicht retten.

Herr Tischlermeister Köhling ersucht uns um Aufnahme folgender Berichtigung einer Mitteilung in Nummer 272 unseres Blattes:

1. Ich habe vier Gesellen entlassen, wovon ich dem lezt entlassenen Paul Heinemann, Schönleinstr. 15, gesagt habe, er ist ausgesperrt. 2. Ist es mir nicht eingefallen, den Arbeitern zu erklären, daß ich nicht daran denke, meine Arbeiter auszusperrern. 3. Was die sogenannte Streikarbeit betrifft, so habe ich dieselbe von dem betreffenden schon vor sieben Wochen übernommen und hat ein Teil der Gesellen ein beziehungsweise zwei Afforde geliefert. Es kann sich hier also nicht um Streikarbeit handeln, wie Sie es behaupten. Zugleich bemerke ich noch, daß ich mit dem betreffenden Herrn bereits drei bis vier Jahre zusammen gearbeitet habe.

Die Sache hat inzwischen dadurch eine andere Wendung genommen, daß die Arbeiter bei Herrn Köhling die Arbeit wieder aufgenommen haben, nachdem Herr Köhling die Versicherung abgegeben hat, daß er Streikarbeit nicht anfertigen lasse.

Der Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter ist, wie am Montag in der Generalversammlung desselben berichtet wurde, mit 153 Mitgliedern an der Aussperrung und dem Streik der Tischler beteiligt. Der Vorsitzende Jäck, welcher eine Uebersicht über die Situation gab, sagte unter anderem, der Verband sei zwar in der Lage, die Streikunterstützung noch für längere Zeit zu zahlen, aber die Klugheit gebiete, daß man beizeiten für neue Einnahmequellen Sorge, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Der Vorstand beantragt deshalb, den regelmäßigen Wochenbeitrag für die Dauer des Kampfes auf 1 M. zu erhöhen, den monatlichen Extrabeitrag, der bisher erhoben wurde, aber fortlassen zu lassen. Aus der Versammlung wurde beantragt, außer dem Wochenbeitrag von 1 M. auch noch monatlich einen Extrabeitrag von 1 M. zu erheben. Dieser Antrag wurde angenommen. Ferner beantragte der Vorstand, die Arbeitslosen, deren zurzeit 91 vorhanden sind, während der Dauer des Kampfes zu unterstützen und zwar nach einer Mitgliedschaft von 13 Wochen mit 1 M., 50 Wochen mit 1,25 M., 100 Wochen mit 1,50 M. pro Tag. (Die statutenmäßige Arbeitslosenunterstützung tritt erst mit dem 1. April in Kraft.) Dieser Antrag wurde ohne Debatte angenommen. Ferner beschloß die Versammlung auf Antrag des Vorstandes, daß der Vorsitzende Jäck sofort die Funktion des Verbandsbeamten antritt.

Der Streik der Klavierarbeiter.

In der am Dienstagvormittag abgehaltenen Versammlung der Streikenden berichtete Siedel über die Situation des Streiks: Wesentliche Änderungen seien nicht eingetreten. Seit der letzten Versammlung haben drei Betriebe mit 70 Arbeitern die Forderungen anerkannt, beziehungsweise sich mit den Arbeitern geeinigt. In einer Klavierfabrik (Schweiden) noch Verhandlungen. Im ganzen haben bis jetzt 43 Fabrikanten mit 870 Arbeitern bewilligt, 1150 Arbeiter aus 55 Betrieben befinden sich noch im Streik. Im Laufe der letzten Woche ist in vielen Betrieben verhandelt worden, aber es kam zu keinem Resultat, weil die Fabrikanten den Standpunkt vertreten, sie könnten die Forderungen nicht anerkennen, weil ihnen die Freie Vereinigung der Pianofortfabrikanten sonst Schwierigkeiten mache. Auch diejenigen Arbeitgeber, welche die Forderungen bereits bewilligt haben, erklären dem Vorstand der Freien Vereinigung gegenüber, die Arbeiter seien bedingungslos in die Fabrik gegangen. Die Fabrikanten scheuen sich also, vor ihrer Organisation die Bewilligung einzuziehen. Die Folge davon ist, daß jeder Fabrikant, mit dem verhandelt wird, glaubt, er sei der erste, der bewilligt, und da er unter diesen Umständen Unannehmlichkeiten seitens seiner Kollegen fürchtet, so sträubt er sich natürlich, zu bewilligen. Die „Rustinstrumenten-Zeitung“ verbreitet die unwahre Behauptung, der Streik sei fast beendet, und die Streikenden nehmen nach und nach die Arbeit bedingungslos wieder auf. Daß diese Behauptung der Wahrheit nicht entspricht, geht schon daraus hervor, daß die Fabrikanten fortgesetzt demüht sind, Arbeiter zu bekommen und Streikende durch Postkarten von den Fabrikanten ersucht werden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Wenn es wahr wäre, daß die Streikenden bedingungslos in die Fabriken gehen, dann hätten doch die Fabrikanten nicht nötig, sich in solcher Weise um die Arbeiter zu bemühen. Der Redner ist überzeugt, daß die Situation immer noch günstig für die Arbeiter ist und die Fabrikanten in nächster Zeit nach und nach werden bewilligen müssen. — Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde mitgeteilt, daß die Klavierfabrik, die noch in Unterhandlung stand, sich mit den Streikenden geeinigt hat. Diese Fabrik beschäftigt 30 Arbeiter. Aus Elberfeld sind Klavierwerke nach Berlin verschickt worden. Nachdem die dortigen Arbeiter aufmerksam wurden, sorgten sie dafür, daß die Lieferung nach Berlin aufhöre. Ueber die Genossenschaft der 18 Klavierarbeiter sagte ein Redner, er wisse, daß die Genossenschaft Arbeiter an Hansen, eine vom Streik betroffene Fabrik, geliefert hat. Damit sei bewiesen, daß die Genossenschaft Streikarbeit liefere. Ein anderer Redner teilte mit, daß die Polizei gegen die Streikposten einer Fabrik in der Bodstraße in ganz unbedeutender Weise vorgehe, indem den Streikposten der Aufenthalt in der Bodstraße einfach verboten werde. — Zur Angelegenheit der Genossenschaft bemerkte Siedel, die Genossenschaft hätten ihm erklärt, sie würden keine Streikarbeit machen, sie hätten aber angefangene Klaviaturen für Hansen bei Uebernahme des Geschäfts mit übernommen, die sie fertig machen müßten. Damit werde wohl die Lieferung an Hansen erklärt werden können. Sollten aber die Kollegen nachweisen können, daß die Genossenschaft tatsächlich Streikarbeit liefert, dann seien ihm die Angaben der Kollegen glaubhafter wie die der jetzigen Fabrikanten.

Günstlich des Streiks waren alle Redner darin einig, daß die Streikenden gar nicht an einer bedingungslosen Aufnahme der Arbeit denken, umsoweniger, da die Situation jetzt noch günstiger sei wie bisher. Man werde im Streik verharren und nicht eher nachgeben, bis ein Erfolg erreicht sei. In Verhandlungen seien die Streikenden nach wie vor bereit. — Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme. Die Versammlung beschloß ferner, daß die Fabrikanten, welche bewilligt haben, veröffentlicht werden sollen, damit den noch übrigen Fabrikanten die Austrede genommen werde, daß sie nicht „die ersten“ sein wollten.

Zu erwähnen ist noch, daß der Polizeimeister Denfel, der als Streikbrecher bei Hansen arbeitet, durch Inserate Arbeitswillige für diese Fabrik sucht, die sich in seiner Wohnung, Pöchlstraße 20, melden sollen. Diese Angelegenheit wird der Aufmerksamkeit der Arbeiter empfohlen.

Die Zehner-Kommission der Klavierarbeiter hat sich nunmehr entschlossen, die Firmen zu veröffentlichen, welche die Forderungen der Arbeiter ganz oder teilweise bewilligt haben. Es sind folgende:

Prill, Fröhlich u. Krenner, Reusel, Hertenberg, Schäge, Bell u. Co., Ludwig, Reuschel, Wittig, Dreher, Merkur, Soffle, Zietmann, Goffmann, Trautwein, Brandes, Toft, Schönlein, Reeser u. Co., Mangel, Schmidt u. Sohn, Wittenburg u. Hermann, Hartmann, Opera, Siwert, Lehnhardt u. Enmer, Bierig u. Berner, Zöllner, Wahren u. Schibbe, Fournestier, Rieber u. Co., Lotz, Schlemann u. Madjen, Bartel, Wiesner, Blasendorf, Höhne u. Sell, Pfeiffer, Stöbel u. Co., Dobrowolski u. Parth, Laurinat, und die Klavierfabriken Nerfeldberg, Hermann u. Bartrow.

In drei weiteren Betrieben haben sich die Arbeiter auf einer Basis geeinigt, die nicht die volle Zustimmung der Zehner-Kommission erhalten konnte.

Die Zehner-Kommission.

Mit dem Boykott des Verbandes der Fleischer gegen den Rabattspartverein Süd-Ost beschäftigte sich der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission in seiner letzten Sitzung auf Antrag und mit Zustimmung der Parteien und Lam zum einstimmigen Beschluß,

daß der am 12. Oktober 1904 ausgesprochene Boykott gegen die Schlächtergeschäfte des Rabattspartvereins Süd-Ost zu Unrecht erfolgt ist und aufgehoben wäre, wenn der Verband der Fleischer denselben nicht schon am 4. November aufgehoben hätte.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Deutsches Reich.

Der Streik der Tischler und Stellmacher der Dessauer Waggonfabrik dauert ungebrochen — nur bereits in die 7. Woche — an. Darin liegt der einzige Erfolg, den die Direktion bisher zu verzeichnen hat. Daß sie sich daran nicht genügen lassen kann, sieht sie jetzt auch selber ein und deswegen bewilligt sie jetzt noch über die Forderungen der Arbeiter hinaus — natürlich nur Pf. an Streikbrecher. Befordert wird von den Arbeitern 35 Pf. im Minimum bis 39 Pf. Lohn pro Stunde, anbieten läßt die Direktion jetzt nach außerhalb 42 Pf. pro Stunde. Das ist natürlich nichts weiter wie ein Wankbrot, darauf berechnet, die Haltung der Streikenden durch Gewinnung von Streikbrechern zu brechen. An ein Halten dieser Versprechungen ist nicht zu denken oder wenigstens nicht länger, als bis die eventuellen Streikbrecher sie der jetzigen Zwangslage entzogen hätten. — Da auch die als Antwort auf die minimalen Forderungen der Holzarbeiter erfolgte Aussperrung der Metallarbeiter und Lackierer noch anhält, so wird dringend davor gewarnt, Arbeitsangeboten und Zusicherungen der Direktion Glauben zu schenken. Der Zugang von Holzarbeitern, Lackierern und Metallarbeitern nach Dessau muß strengstens ferngehalten werden.

Ausland.

Streik in der Schweiz. In der Härerei von Weidmann u. Cie. in Thalwil am Zürichsee stellten zirka 800 Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit ein mit folgenden Forderungen: Minimallohn für die Arbeiterinnen 3,50 Fr. pro Tag, Abschaffung der Affordarbeit, Verlängerung der Mittagspause von 1 Stunde 10 Minuten auf eineinhalb Stunden, Regelung des Lehrlingswesens, Verkürzung der Arbeitszeit bei Mangel an Arbeit und Verminderung von Entlassungen. Nach missthen sich die Härereibereiter in der ganzen Schweiz in die Bewegung, gründeten sofort einen Unternehmervorstand und übernahmen die Unterhandlungen mit den Streikenden, die nach einigen Zugeständnissen zur Einigung führten. „Wegen Neuorganisation des Betriebes“ sollten aber verschobene Streikende nicht wieder eingestellt werden. — In Basel streikten 28 Arbeiterinnen der Industrie-Gesellschaft für Schwabe wegen schlechter Löhne und der Streik wurde zu ihren Gunsten beendet. — In Zürich streikten 70 Arbeiter der Möbel-fabrik von Aschach. Forderung: Entlassung des Werksführers. — Ebenfalls in Zürich streikten die Arbeiter der Zigarettenfabrik von Gerber u. Cie. wegen Lohnregelungen. Sie verlangen die Wiedereinstellung der Gemahregelten und die Anerkennung der Organisation. — Der Kampf der Graveure um den Reinstundentag dauert fort.

Erfolgreich haben die Straßenbahner von Norrköping ihren Streik beendet. Die Verhandlungen, die zwischen den Vertretern der Streikenden und dem Berliner Direktor Hempel von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft sowie ihrem Stockholmer Direktor Volin der gepflogen wurden, haben am Sonnabendabend zu einem Vertrag geführt, durch den den Angestellten unbeschränktes Koalitionsrecht zugesichert wird. 15 der 21 Streikenden werden sofort wieder in Dienst genommen, die übrigen spätestens bis zum 1. Februar 1905. Wohnregelungen sind ausgeflossen und ebenso ist im Verträge dafür gefordert, daß der Straßenbahndirektor nicht willkürlich Strafen über Angestellte verhängen kann. Dieser, Direktor Carlsson, der durch sein despotisches Verhalten den Streik hervorgerufen hat, war übrigens bei den Verhandlungen nicht zugegen. — Am Sonntagmittag hat im Volkspark zu Norrköping eine große Protestversammlung gegen die Klassenjustiz, wie sie in den Justizhausurteilen des Rathausgerichts zutage getreten ist, stattgefunden. Sie war von 8000 Personen besucht.

Lokales.

Ein letztes Wort zu den Stadtverordneten-Ergebnissen.

Die beiden Stadtverordneten-Ergebnisse, die am heutigen Mittwoch von den Kommunalwählern dritter Abteilung im 22. Bezirk und im 30. Bezirk vorzunehmen sind, werden sich unter sehr ungleichen Bedingungen vollziehen. Der 22. Bezirk, ein Ausschnitt des vorwiegend von Arbeitern bewohnten Ostens der Stadt, ist anerkanntes Gebiet der Sozialdemokratie. Er entsandte vor drei Jahren zum erstenmal einen Sozialdemokraten als seinen Vertreter in das Stadtparlament und er wird dauernd in unserem Besitz verbleiben. Im 30. Bezirk, einem Teil des Spandauer Viertels, dessen Bevölkerung stark mit kleinen Beamten und kleineren Gewerbetreibenden durchsetzt ist, haben wir erst noch festen Fuß zu fassen. Er fiel vor Jahren der Bürgerpartei zu, wurde später durch den Freisinn zurückerobert und wird jetzt von beiden Parteien gegen die anstürmende Sozialdemokratie verteidigt. Hier im 30. Bezirk hat unser Genosse Johannes Sassenbach es mit zwei Gegenkandidaten zu tun, für die von ihren Anhängern mit feberhaftem Eifer agitiert wird. Im 22. Bezirk, wo unser Genosse Robert Wengels Kandidat der Sozialdemokratie ist, weiß man bis zur Stunde noch nicht, ob unsere Gegner auch nur eine „Zählkandidatur“ in Bereitschaft halten, damit sie wenigstens feststellen, um wie viel inzwischen das Häuflein ihrer Anhänger weiter zusammengeschmolzen ist.

Dennoch ist in beiden Bezirken die Bedeutung dieser Wahl dieselbe. Bei beiden Wahlen handelt es sich um eine Rundgebung für die Sozialdemokratie, in beiden Bezirken wollen unsere Freunde und Genossen, indem sie für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmen, die Erklärung abgeben, daß sie mit der Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Berliner Gemeindeverwaltung einverstanden sind und von ihr allein eine weitere Verbesserung der kommunalen Zustände Berlins erwarten. Darum muß aber auch in beiden Bezirken bei unseren Freunden und Genossen die Beteiligung an der Wahl eine gleich rege und gleich vollständige sein. Hier wie dort würde eine etwaige Lauheit unserer Wähler von den Gegnern in dem Sinne ausgedeutet und ausgebeutet werden, daß es möglich sei, dem Vordringen der Sozialdemokratie doch noch einmal Einhalt zu gebieten. In dem einen wie dem andern Bezirk sollte das Ergebnis der Wahl den Gegnern der Sozialdemokratie zeigen, daß wirtschaftlich rückständige, politisch unzuverlässige Parteien, mögen sie sich nun als Freisinn oder als Bürgerpartei bezeichnen, in Berlin bei den Kommunalwahlen mindestens der dritten Abteilung nichts mehr zu hoffen haben.

Der Armen-Etat

für das Etatsjahr 1905 ist vom Plenum der Armenverwaltung jetzt endgültig fertiggestellt. In der letzten Sitzung teilte der Vorsitzende Stadtrat Münzberg zunächst mit, daß für 1904 eine Ueber-schreitung des Etats nicht zu befürchten sei, da die Sommermonate bedeutende Ersparnisse gegen den Voranschlag gebracht hätten; man habe also genügend Reserven für den Winter.

In den Etat für 1905 wurden eingestellt für etwa 34 000 Armenempfänger 7 000 000 M. oder 300 000 M. mehr als für 1904, für rund 12 000 Pflegekinder 1 000 000 M. oder 50 000 M. mehr als 1904. An außerordentlichen Unterstellungen wurden 1 000 000 oder nur 25 000 M. mehr als 1904 bewilligt. Ein Antrag unseres Genossen, weitere 50 000 M. einzustellen, da dieser Posten in den letzten

Jahren erheblich gestiegen sei und im Jahre 1902 bedeutend überschritten wäre, ist abgelehnt worden. Eine erhebliche Steigerung haben die Erstattungen an auswärtige Armenverbände erfahren. Infolge der schlechten Verhältnisse hat ein großer Teil der Bevölkerung Berlin verlassen; geraten diese Leute nun außerhalb Berlins in Not, so ist Berlin verpflichtet, den auswärtigen Verbänden die vorausgelegten Beträge zu ersetzen.

Eingestellt in den Etat wurden 450 000 M. oder 110 000 M. mehr wie 1904.

Die Zahl der Armenärzte soll nach der Neueinteilung der Medizinalbezirke um 40 vermehrt das der Gehalt auf 1600 M. festgesetzt werden. Zu bezahlen sind 131 Stellen, wofür ein Betrag von 209 600 M. oder 78 500 M. mehr als 1904 eingestellt wurden. Hierbei teilte der Vorsitzende mit, daß der Magistrat eine Subkommission eingesetzt habe, welche eine Neuordnung des Armenarztswesens anstreben soll und zwar dahingehend, daß die Besoldung mehr den einzelnen Leistungen entspreche; die Kommission dürfte mit ihren Vorschlägen nicht mehr bis zum neuen Etatsjahr zu Ende kommen und wäre es daher wohl ratsam, es bei der bisherigen Einteilung vorläufig zu belassen. Es wurde jedoch beschlossen, schon in diesem Etat die für die Neueinteilung notwendigen Mittel einzustellen.

Für Kur- und Verpflegungskosten in nicht-städtischen Krankenhäusern wurden in Anlaß 806 000 M. gebracht oder 5000 M. weniger als 1904; begründet wurde dieser Rückgang damit, daß die Charité des Umbaus wegen zurzeit nicht in genügender Weise Betten zur Verfügung stellen könne.

Zu einer längeren Debatte führte die Besetzung des Zuschusses für die Armenspeisungs-Anstalt. Bisher wurden 40 000 M. bewilligt; hierzu wurde bemerkt, daß das Direktorium der Armenspeisungs-Anstalt bereit sei, den Wünschen der Armenverwaltung nachzukommen und die Kochperiode vom 1. Dezember bis 31. März, also um einen Monat zu verlängern. Die Zahl der Köche sei bereits auf 17 vermehrt, ebenso seien Eßgeräte angeschafft und Wartezimmer nach Möglichkeit gemietet worden. Wenn im Winter 1905/6 vier Monate gekocht werden sollte, so würden rund 700 000 Portionen hergestellt werden müssen; der Selbstkostenpreis für die Portion betrage 12,3 Pf. Die Armenspeisungs-Anstalt wolle der Stadt die gewünschte Anzahl von Portionen mit 9,3 Pf. in Rechnung stellen, also für ihr Teil 26 Proz. Zuschuß leisten. Beschlissen wurde, 60 000 M. also 20 000 M. mehr als für 1904 in den Etat einzustellen. Diesen Winter kann, wie mitgeteilt wurde, nur bis 1. März gekocht werden, da die zur Verfügung stehenden Mittel nicht weiter reichen.

Der gefamte Etat schließt ab mit einer Einnahme von 766 900 M. und einer Ausgabe von 11 784 000 M.

Genosse Hingge stellte den Antrag, infolge der bedeutenden Steigerung aller Lebensmittelpreise den Absatz § 53 der Geschäftsanteilung für diesen Winter außer Kraft zu setzen. Dieser Absatz lautet: „Der besondern Genehmigung der Armenverwaltung bedarf es auch, wenn eine Extraverpflegung an Almosen oder Pflegeempfänger innerhalb 4 Monaten wiederholt werden soll.“ Der Antrag fand nicht die Zustimmung der Direktion, da man nicht die Möglichkeit der Unterstützungsbedürftigen noch mehr zeigen wolle. Auch eine Sozialpolitik!

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom Donnerstag, den 24. November d. J., nachmittags 5 Uhr. Bericht über die Vorlagen betreffend die Einführung der Pflichtfortbildungsschule in Berlin — und die Regelung der ferneren Verwaltung und häuslichen Unterhaltung der in den Häusern Klosterstr. 73 und 74 belegenen fünf Lehrerwohnungen bei dem Berlinischen Gymnasium, der Direktorwohnung und der Räume der Streitschen Kommunität. — Desgleichen über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Herstellung einer Verbindung der Stadtteile Moabit und Wedding durch ein Ueberführungsbauwerk über die Eisenbahngeleise im Zuge der „Wulst“ und der „Föhrrstraße“. — Desgleichen über die Vorlagen betreffend die Festsetzung von Plakatsorten für die Straßen 11a und 11b, Abteilung XI, zwischen der Schönhauser Allee, der Vornholmer- und der Savelbeinerstraße, — und den Erlaß eines Ortsstatuts zur Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Einleitung von Schritten, um die Beschränkung des gesetzlich gewährleisteten Rechts der Einwohner auf Benutzung der Straßen und Plätze durch Polizeibehörden für die Zukunft zu hindern und unberechtigtsten Verhaftungen vorzubeugen sowie Uebernahme der Sicherheitspolizei durch die Stadt. — Vorlagen betreffend: den Erlaß eines Ortsstatuts für das Kaufmannsgericht der Stadt Berlin, — die Entnahme des Grundstückes Lüderstr. 33/34, Berlebergerstr. 39 aus dem Stadtbezirk 207 und Zuteilung zum Stadtbezirk 208, — die Erweiterung der Wäschereianlagen des Arbeitshauses, — die erfolgte Bauabnahme der verlängerten Kälberverkaufshalle auf dem südlichen Schlachthofe, — die Annahme einer letztwilligen Zuwendung der verwitweten Frau Johanna Bergemann geborenen Bluth, — die Annahme der Staatschen Stiftung, — den Ausbau des Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhauses, — mehrere Kostenschläge für Ausführungen beim Neubau der dritten Jeronimus in Buch, — die Vereinfachung weiterer Mittel für den Neubau der Grünstraßenbrücke, — die Bewilligung einer laufenden Unterstützung für einen ehemaligen Depotarbeiter, — die Bewilligung eines Zuschusses zum Witwengelde für die Witwe eines Gemeindefachlehrers — und die Wahl von drei Mitgliedern für das Kuratorium der Stiftung der Berliner Gewerbeausstellung im Jahre 1879.

Ueberflüssige Mühe hat sich Herr Professor Behrend, der frühere ärztliche Leiter der Krankenstation am städtischen Obdach gemacht. Im „Berl. Tageblatt“ sowie in anderen Blättern findet sich folgende Notiz:

In der Stadtverordneten-Versammlung vom 10. November brachte der sozialdemokratische Stadtverordnete Hoffmann bekanntlich die Verfehlungen des Kriminalschuttmanns Kuhlmeier im Obdach-Losen-Auß der Sprache und legte mit ihnen die Entlassung des Anstaltsarztes Professor Dr. G. Behrend in Verbindung. Er wies darauf hin, daß Professor Behrend selbst, vom bösen Gewissen getrieben, als Zuhörer antwortend sei. Gegen diese Auffassung wendet sich Prof. Behrend in einem unzuhebenden Schreiben, in dem er ausführt, daß er sich nicht auf die Verfehlungen Hoffmanns einlassen wolle, ihm genüge, daß ihm Magistrat und Stadtverordnete einstimmig, auch ohne Widerrede seitens Hoffmanns und Augustins das Mißgeschick über den gewöhnlichen Umfang hinaus bewilligten. Zum Pensionsgesuch veranlaßten Professor Behrend eine Eiterinfektion, die langwierige Lymphgefäßentzündungen und Abzesse zur Folge hatte, sowie ein Augenleiden. — Professor Behrend schließt mit den Worten: „Unter diesen Umständen überlasse ich es jedermann, die Handlungsweise des Herrn Hoffmann zu beurteilen; mich aber mit dem Fall Kuhlmeier in Verbindung zu bringen, obwohl ich zu diesem nicht die allgeringste Beziehung habe, ist eine ganz besondere Willkür, gegen die es keinen anderen Schutz gibt, als die Öffentlichkeit.“

Die Verdächtigung gegen die sozialdemokratischen Stadtverordneten Hoffmann und Augustin hätte Herr Professor Behrend wohl nicht in die Welt gesetzt, wenn er den Bericht über die in Betracht kommende Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung gelesen hätte. Es ist unseren beiden Parteigenossen gar nicht eingefallen, seinen Rücktritt vom Amte mit der Angelegenheit des Polizeibeamten Kuhlmeier in Verbindung zu bringen.

Die städtische Blinden- und Taubstummenpflege Berlins erstreckt sich gegenwärtig auf rund 500 Personen. Die Schule der städtischen Blindenanstalt wurde am Schluß des Schuljahres 1903/04 von 68 Anaben und Mädchen besucht, die sich auf 5 Klassen verteilten, und die mit der Blindenanstalt verbundene Beschäftigungsanstalt nebst Fortbildungsschule hatte 157 Teilnehmer. Die Taubstummenanstalt zählte in 17 Klassen 200 Anaben und Mädchen, und die Fortbildungsschule für Taubstumme wurde von 72 männlichen und weiblichen Schülern besucht. Die erwähnte Beschäftigungsanstalt für Blinde bietet Gelegenheit zum Verdienst durch Bäcker- und Backwarenherstellung, Schuh- und Korbflechterei, Nähen, Stricken usw. Arbeiten,

Drucken von Blindenschriften. Den Teilnehmern wurde im letzten Jahre 34 913 M. Lohn ausgezahlt, im Durchschnitt für den Monat 18,80 M.

Der Berliner Magistrat hat sich an die Gemeindebehörden der Berliner Vororte gewandt und angeregt, anlässlich der nächsten Volkszählungen gemeinsam Erhebungen über den Grundstücks- und Wohnungsmarkt vorzunehmen. Das so gewonnene Material soll dann die Grundlage der künftigen kommunalen Wohnungspolitik bilden. Verschiedene Vorortsgemeinden haben sich bereit erklärt, diesem Ersuchen zu entsprechen und die erforderlichen Kosten schon bewilligt.

Die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation wird jetzt auch den Logenschließern der königlichen Hoftheater unter die Nase gerieben.

Für diese Logenschließer tritt nämlich der „Vossischen Zeitung“ zufolge, eine neue Partordnung, nach der die Schmurrbärte aus dem Amtlich dieser Beamten verschwinden müssen, einer Bestimmung der General-Intendantur gemäß mit dem 1. Januar n. J. in Kraft.

Wir nehmen an, daß die Logenschließer Achtung genug vor ihrer eigenen Person haben und diese Verordnung mit dem Beitritt zu einer gewerkschaftlichen Organisation beantworteten. Deren Aufgabe wäre es dann, an die Intendantur die Forderung zu stellen, entweder die Verfügung außer Kraft zu setzen oder ausnahmslos an alle Besucher der königlichen Theater das Schmurrbartverbot ergehen zu lassen.

Der Verein zur Befreiung der Strafgefangenen in Berlin hielt am Montag unter Vorsitz seines Präsidenten, des Oberstaatsanwalts beim Igl. Kammergericht, Geh. Ober-Justizrat Wachler, im Reichstagsgebäude seine diesjährige, von über 200 Personen besuchte Hauptversammlung ab, der auch Vertreter des Ministeriums des Innern und der Justiz beiwohnten. Der Vorsitzende erstattete sodann den Jahresbericht, dabei die neuen Aufgaben des Vereins hervorhebend, und zwar einmal die Ablösung der Unterbringung im Arbeitshaus durch die Schulaufsicht und die Recherchen nach der Würdigkeit der Familien der Gefangenen, die von dem Arbeitsdienst-Anteile der Gefangenen unterzogen werden sollen. Diese Recherchen wurden früher von uniformierten Schutzleuten ausgeführt, während sie heute in den Händen des Vereins ruhen. Der Redner wies auf die sozialpolitische Bedeutung der Vereinsarbeiten hin, die er durch Beispiele glücklich zu erläutern versuchte. Von 6241 Personen, die im Jahre 1903 die Hälfte des Vereins nachgeschickt haben, erhielten 4254 Arbeit nachgewiesen. Von 1883 bis Ende 1903 wurden vom Verein genau 81 600 Personen mit Speisemarle, Schlafstelle, Kleidung und Arbeit unterzogen, 63 225 Personen Arbeitsgelegenheit verschafft. Nach Erstattung des Tätigkeitsberichts legte Direktor Dr. Klein die Kasienverhältnisse dar. Von den in Arbeit gebrauchten Straftatlosen, für die an Verpflegungskosten, Eisenbahnkosten, Werkzeuge uim. 28 600 M. aufgewendet wurden, sind im Berichtsjahre nicht weniger als rund 12 000 M. zurückgezahlt worden, und das aus freien Stücken.

Unseres Erachtens würden die Herren ihrem Verein den besten Dienst erweisen, wenn sie mit Energie die Aufhebung eines Straf- und Bevormundungssystems anstreben, durch welches ein Gefangener fast mit Notwendigkeit gezwungen wird, nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis wieder zum Verbrecher zu werden.

Das Polizeipräsidium gibt bekannt: Eine große Anzahl von Kellerbränden im Winter ist erfahrungsgemäß darauf zurückzuführen, daß das Stroh, mit welchem die Kellerlichtschächte in oder vor den Hausdurchfahrten zum Schutze der Gas- und Wasserleitungsaufschlüsse gegen Frost verstopft zu werden pflegen, von der Straße aus absichtlich und unabsichtlich durch Hineinwerfen von brennenden Streichhölzern, Zigarren und dergleichen in die die Kellerlichtschächte abziehenden Gitter in Brand gesetzt. Angesichts der heranahenden kalten Jahreszeit wird deshalb den Hausbesitzern dringend empfohlen, die Kellerlichtschächte unterhalb der Gitter mit einmahligen Drahtnetzen oder mit Eisenklappen, die das Hindurchfallen brennender Gegenstände verhindern, versehen zu lassen, um Kellerbrände zu verhindern.

Wahntümlich vor Wut! In der letzten Sitzung des Obdach-Kuratoriums überreichte Herr Stadtrat Fißched unserem Genossen Stadtr. Hoffmann einen Brief, der von einem Anonymus dort eingegangen und an Hoffmann gerichtet war. Dieser Brief, dem ein Auschnitt aus dem „Lokal-Anzeiger“, eine polizeiliche Beschwichtigungsnotiz über die letzte Standalaffäre des Obdachs, beigelegt war, strotzte von den unflätigsten Beschimpfungen und steckte die blödsinnige Behauptung, Hoffmann selbst habe an jener obdachlosen Frau das begangen, was er dem im Obdach stationierten Kriminalbeamten vorgeworfen habe. Hoffmann habe durch Geld die Frau zu einer falschen Beschuldigung veranlaßt, wie er auch früher schon Applikanten zu gleichem Tun verleitet habe. Der Briefschreiber habe auch den Magistrat sowie die Polizei und die Staatsanwaltschaft hiervon in Kenntnis gesetzt, damit nun gegen Hoffmann vorgegangen werden könne.

Zu der Zeit war auch an den Magistrat ein Brief gelangt, der mit einem absichtlich entstellten Namen unterzeichnet war. Die Handschrift ist die eines Bureauinspektors. Der Inhalt dieser Briefe wirkt nicht nur auf die Geistesverfassung des Schreibers ein bedenkliches Licht, sondern weist auch auf dessen Person mit einer Deutlichkeit hin, die nichts zu wünschen übrig läßt.

Ueber das Ortsstatut für die Pflicht-Fortbildungsschule, das in voriger Stadtverordneten-Sitzung nicht mehr herangezogen war, soll nun an diesem Donnerstag beschlossen werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat noch einige Abänderungsvorschläge wiederholt, die schon den Ausschuss beschäftigt haben, aber von ihm nicht zum Beschluß erhoben worden sind. Sie beantragt Einbeziehung auch der weiblichen Arbeiter gewerblicher Betriebe, Ausdehnung der Besuchspflicht bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, statutarische Festlegung der Unterrichtszeit auf die Zeit zwischen 7 Uhr morgens und 7 Uhr abends, unentgeltliche Lieferung der Lernmittel durch die Stadt. Außerdem wird beantragt von den „Sozial-Fortschrittlern“ statutarische Festlegung der Berechtigung, bei etwaigem Stellenwechsel an dem bisherigen Unterrichts noch bis Semesterluß teilzunehmen, und von der „Alten Linken“, sowie der „Fraktion Kommunisten“ Festlegung der Schülerzahl pro Klasse auf nicht weniger als 30 und tunlichst nicht mehr als 40.

Ein Ueberfall auf der Redaktion. Die „Staatsbürger-Zeitung“ hatte vor etwa acht Tagen über die Angelegenheit des Fräulein Färsen einen so schmutzigen Artikel gebracht, wie er eben nur in diesem Organ denkbar ist. Daraufhin stellten heute die Herren Sema Hoy und Karfunkelstein die Redaktion des Blattes zur Rede. Im Verlauf der Unterhaltung versetzte Herr Karfunkelstein dem Reichstags-Abgeordneten Bruhn einen Pieß mit der Hundepetische. Es entwickelte sich dann eine regelrechte Keilerei, in der auch die beiden Attentäter ihr Teil abgaben.

Es ist ja nicht ohne Ironie, daß die Herren die Lehren des Dreißigjährigen Krieges an seinem eigenen Leiborgan probierten, das hinderlich aber nicht die prinzipielle Erwägung, daß derartige Ueberfälle auf keine Weise zu entschuldigen sind. Die Hundepetische ist ebenfowenig ein Argument wie das Messer oder der Offiziers-Revolver. Gegen die „Staatsbürger-Zeitung“ polemisiert man nicht, auch nicht mit der Hundepetische. Die Fäuler-Sitten sollte man wahrhaftig den Leuten des Herrn Bruhn überlassen.

Die Erhebung von Chausseegeldern für Automobile soll im Kreise Letzter auf sämtlichen Kreischauffeern in nächster Zeit erfolgen. Nach dem vom Kreisaußschuß angenommenen Tarif sollen zahlen: Kraftwagen zum Fortschaffen von Personen a) mit Gummiradreifen

und 1. mit mehr als 4 Sitzplätzen: 20 Pf., 2. mit 4 und weniger Sitzplätzen: 10 Pf., b) ohne Gummiradreifen und 1. mit mehr als 4 Sitzplätzen: 30 Pf., 2. mit 4 und weniger Sitzplätzen: 15 Pf. Ferner zahlen Automobile zum Fortschaffen von Lasten a) mit Gummiradreifen und 1. beladen: 20 Pf., 2. leer: 10 Pf.; b) ohne Gummiradreifen und 1. beladen: 30 Pf., 2. leer: 15 Pf. Von unbeladenen Kraftwagen, welche landwirtschaftlichen Betriebszwecken dienen, wird, wenn sie mit Gummiradreifen versehen sind, 5 Pf., sonst 8 Pf. entrichtet.

Herr Prof. Dr. Langerhans, der 1859 geborene Sohn des Stadtverordneten-Vorsetzers, ist gestern morgen gestorben. Er war Professor am Krankenhaus Moabit.

Ein Ehrenhandpunkt. Eine sonderbare Geschichte trug sich heute mittag unter den Linden an der Kreuzung der Friedrichstraße zu. Aus der bunten Menge, die sich dort drängte, trat plötzlich ein kleiner, unscheinbarer junger Mann auf den Fahrdamm hinaus, nahm seinen Hut in die Hand, sah sich einigemal nach allen Richtungen um und stand auf einmal auf dem Kopfe, ohne mit den Händen das Pflaster zu berühren. Die erstaunte Menge war sich noch gar nicht klar darüber geworden, wie der Mann so plötzlich in die ungewöhnliche Stellung hatte gelangen können, als er auch schon ein Stück Weges auf dem Kopfe davon gehüpft war. Lautes Hallo! Jeder glaubte, daß es in dem Kopfe des Mannes, den er statt der Beine benutzte, nicht richtig sei. Ein Schutzmann nahm ihn schließlich beim Fuß und im Interesse seiner eigenen und der öffentlichen Sicherheit auf die Wache des zweiten Reibers. Hier entpuppte sich der „Geisteskranke“ als der Kopfkäufer Vopstl aus dem Wintergarten, der auf diese seltsame Weise um seine künstlerische Ehre kämpfte. Denn zweifelhafte Leute hatten mehr oder weniger laut gemunkelt, daß der Kopfkünstler abends auf der Bühne des Wintergartens am Drahtfeld arbeite. Diesen Gerüchten wollte der in seiner Ehre gekränkte Künstler radikal ein Ende machen, indem er sich erbot, von den Linden über die Straße auf dem Kopf nach dem Wintergarten zu laufen, wobei jede „Drahtarbeit“ von vornherein ausgeschlossen war. Daß er seinen hüpfenden Beweis nicht vollständig durchführen konnte, lag nur an der Polizei, die er sein Kunststück noch einmal auf der Wache zeigte. Der merkwürdige Mann hat auch die Aufmerksamkeit des Geheimrats Hoffa erregt. Der Gelehrte unterließ ihn und fand eine ganz ungewöhnliche Ausbildung der Schulter- und Rückenmuskulatur, die ihm das Kopflaufen ermöglicht.

Ein unbekannter Selbstmörder. Am 21. d. M. wurde bei Blößensee ein etwa 45 Jahre alter unbekannter Mann erhängt aufgefunden. Derselbe ist circa 1,68 Meter groß und schlank, hat grau melierte Haare und blaue Augen und ist bekleidet mit zwei Trikothemden, grauen Unterhosen, graubraunen Strümpfen, schwarzem Rockansug und schwarzem Ueberzieher, hat schwarze Schnürsessel an und einen schwarzen steifen Hut auf. Außerdem trägt derselbe eine Chemisette mit blauer Krawatte, in welcher sich eine Granatnadel befindet. Nekropsogenten wolle sich beim Gutsvorstand in Blößensee melden. Ebenso nimmt jedes Polizeirevier und die Kriminalpolizei zu J.-Nr. 1435 IV. Dps. 04. Auskunft entgegen.

Ein geheimnisvoller Selbstmord ist an Konnen d am in dem zur Bebauung verlassenen Forstgebiet gemacht worden. Bei Ausschachtungsarbeiten wurden die Gebeine einer erwachsenen weiblichen Person zu Tage gefördert; sie lagen etwa einen Fuß tief unter der Erdoberfläche an einem alten Bestellwege; die Tote ist beim Ansehen nach vor zehn Jahren dort eingescharrt worden. Da seit Menschengedenken in der bezeichneten Gegend keine menschliche Ansiedelung und auch kein Friedhof bestanden haben, so liegt die Vermutung nahe, daß hier einst ein Verbrechen begangen worden ist, die Jungferleiche ist ja von jeher höchst unsicher gewesen. Die Spandauer Polizei hat den Fund der Staatsanwaltschaft gemeldet.

Straßensperrung. Die Holzmarktstraße von der Dresdener- bis Androssstraße wird befalls Verlegung eines Kanalisations-Verbindungsrohres von heute ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Dienstag früh gegen 6 Uhr entstand in der Reibelstraße 30 in einer Kellerwohnung ein Brand, der Möbel und Kleidungsstücke erfasste, aber vom ersten Löschzuge in kurzer Zeit unterdrückt werden konnte. — Vorher mußte in der Friedrichstr. 49 ein Feuer abgelöscht werden, das den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. — In der Nacht zum Dienstag wurde die Wehr nach der Lyrarstr. 2 gerufen. Dort war auf noch nicht ermittelte Weise auf dem Boden des Hauses Feuer ausgekommen, das an dem Inhalt der zahlreichen Bodenverfäße reiche Nahrung gefunden hatte und bei Ankunft des 16. Löschzuges aus der Bankstraße auch schon auf die Dachkonstruktion übergesprungen war. Es mußte längere Zeit Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. — Wäschekübel und Körbe gingen dann an der Hülshersbrücke 1 in Flammen auf, während es in der Chorinerstr. 61 auf einem Fliegendebrannt. — Durch Ueberlöchen von Teer kam auf dem Dache des Hauses Strahmannstr. 31 Feuer aus, das indes vom 7. Löschzuge leicht erlosch werden konnte. — Die übrigen Alarmierungen, die noch in den letzten 24 Stunden aus der Köpenickerstr. 55, Seestraße und noch aus einigen anderen Orten einliefen, waren auf „Blinden Lärm“ zurückzuführen.

Im Apollo-Theater ist gestern ein Ballet aufgeführt worden, das ganz im Gegensatz zu der Tendenz dieser Bühne einen sehr tragischen Inhalt hat. Es handelt sich in Verdon de Dorval's Pantomime „Simone“ um eine Tänzerin, die sich doppelt glücklich fühlt, einmal weil sie jung und hübsch und zweitens weil sie Witwe ist. Sie genießt in Nizza, der Freudenstätte, das Leben in vollen Zügen. Da kommt ein fremder Keel daher, der ihr Liebe vorgaukelt. Doch Simone hat recht, dem Cavalier nicht zu trauen, da dieser sich bald als der leibhaftige Gottscheidens entpuppt. Er verschließt die Türen und will nun ihre arme Seele. Vergebens, daß Simone den Fremden durch einen Tanz zu beglücken sucht; sie ist verloren. Da erscheint in höchster Not eine Lichtgestalt, vor der der dumme Teufel ausbleibt. Simone stirbt zwar, aber ihre Seele ist gerettet. Fr. Picardi und Herr Parsch spielten die Hauptrollen vortrefflich, und da ziemlich alles hübsch hergerichtet ist, so wird die Balletpantomime schon Erfolg haben. — Die Ausstattung-Operette „Berliner Luft“ ist kürzlich bereits zum 50. male aufgeführt worden.

Der Verein von Ritzlern und Liebhabern des Kanarienvogels hält seine zweite große Ausstellung am 26., 27. und 28. d. M. in den Parkterrassen des „Rosenhalses“, Rosenhalsstr. 11/12, ab. Zur Ausstellung gelangen Kanarien, Exoten, sprechende Papageien, Terrarien, Aquarien, sämtliche Gießmittel zur Zucht und Pflege sowie sämtliche Futterarten usw.

Theater. Im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) geht morgen Donnerstag der zweite Teil der Wallenstein-Trilogie, Wallensteins Tod, zum erstenmal in Szene. Den Wallenstein spielt Max Patago. — Rational-Theater. Mittwoch wird die „Favoritin“ mit Etella Rado in der Titelrolle und Juan Luria a. G. (König Alfons) wiederholt. Die Eröffnungsführung von Giordanos „Fedora“ mit Fr. Vreosti in der Titelrolle findet Freitag, den 25. d. M., statt. — Louise-Theater. Die am nächsten Freitag zum erstenmal in Szene gehende Gefangenspost. Die Reise durch Berlin in 80 Stunden“ von G. Salinger ist in den Hauptrollen mit den Damen Winter, Müßig, Pottstein und den Herren Hüner, Böhm, Rajewski und Taube besetzt. — In der Kadelburgischen Kobititz „Der Familientag“, die am Freitag, den 25. November, im Lustspielhause zum erstenmal in Szene geht, sind in den größeren Rollen beschäftigt die Damen: Ida Weder, Wita Hiller, Eise Trost, Tilly Badegg, Alara Wend und Marie Wendt, und die Herren: Victor Barnowski, Fritz Bedmann, Jacques Burg, Georg Hofflich, Tom Impeloven, Rudolf Lettinger, Julius Sachs, Fritz Spira, Franz Schönfeld und Willy Walter.

Der Endeische Komet hat unter den Strahlen der Sonne bereits eine große Ausdehnung angenommen. Der „Verein von Freunden der Teptow-Sternwarte“ (G. B.) hat an seinem 131. Beobachtungabend Mittwoch, den 23. November, abends 8 Uhr, einen Vortrag mit Lichtbildern von Herrn Direktor F. S. Archenhold über diesen Kometen auf die Tagesordnung gesetzt.

Aus den Nachbarorten.

Zur Frage der Anordnung der Gemeindevahlen hat das Oberverwaltungsgericht in einem Urteil vom 14. Oktober beachtenswerte Grundsätze aufgestellt. Es handelte sich um die gegenwärtig zustande gekommene Wahl eines Gemeindevorstandes in Teptow-Paumischuleweg, die auf die Klage unseres Parteigenossen Krebs hin jetzt auch von der höchsten Instanz für ungültig erklärt worden ist. In dem jetzt herausgekommenen Urteil heißt es u. a.: „Zu der engeren Wahl sind die Wähler nach § 62 Abs. 3 durch eine Bekanntmachung des Wahlvorstandes aufzufordern. Den Termin zur engeren Wahl hat daher der Wahlvorstand zu bestimmen, nicht der Gemeindevorsteher oder die Aufsichtsbehörde (Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Band XV Seite 35, 36, Band XXII Seite 20). Erfüllte der Wahlvorstand nicht seine Pflicht in Bezug auf die Einladung zur engeren Wahl, so folgt auch daraus nicht, daß der Gemeindevorsteher oder die Aufsichtsbehörde einen Termin zur engeren Wahl bestimmen dürfte, sondern, wenn eine engerer Wahl durch Verschulden des Wahlvorstandes nicht zustande kommt, bleibt nur übrig, daß der Gemeindevorsteher gemäß § 59 der Landgemeinde-Ordnung wieder zur neuen ersten Wahl beruft. Nichtig ist die Wahl des Beigeordneten Schirmer auch deshalb ungültig, weil der Termin zur engeren Wahl gegen den Willen der Mehrheit des Wahlvorstandes von der Aufsichtsbehörde festgesetzt worden ist. Dabei kommt es nicht darauf an, ob der Wahlvorstand durch den Beschluß, daß die Wahl an einem Sonntage stattfinden sollte, gegen das Gesetz verstoßen hat. Die Anberaumung der Wahl auf einen Sonntag stand den Vorschriften der Landesgesetzgebung übrigens nicht entgegen. Eine andere Frage ist es, ob etwa wegen Verletzung der Vorschriften über die Sonntagsheiligung die Vornahme der Wahl am Sonntag hätte verhindert werden dürfen.“

Rixdorf. Bei den gestrigen Stadtverordneten-Ergebnissen der II. Abteilung wurden vier der bisherigen hiesigen Vertreter wieder gewählt. Im zweiten Nordbezirk findet Stichwahl zwischen Schmiedemeister Deter und Rentier Wels statt. Unsere Genossen, welche zum erstmaligen Kandidaten zur zweiten Abteilung aufgestellt hatten, brachten im Südbezirk für Henning und Stierler je 21, für Rohr 10 Stimmen auf. Im Nordbezirk erhielten unsere Genossen Rambo und Rehner je 96 Stimmen.

Schöneberg. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung erfolgte zunächst die „Einführung“ des bisherigen Stadtverordneten Kreugebrodt (bekanntlich hatte dieser Herr sein Mandat im 8. Bezirk niedergelegt und war im 9. Bezirk der II. Abteilung mit zwei Stimmen Mehrheit gegen Herrn Dr. Samter in der Stichwahl „gewählt“ worden).

Eine interessante Debatte wäre beinahe durch die auch im „Vorwärts“ gekennzeichnete Art und Weise des Vorgehens einiger hiesiger bürgerlicher Vereine gegen die vom Schularzt Dr. Goldfeldt aufgestellte Statistik über den Alkoholgenuß der Kinder herbeigeführt worden. Der „Schöneberger Bürgerverein“ hatte sich in einer Petition an den Magistrat gegen die Veröffentlichung der genannten Statistik gewandt, und der Stadtv. Ruznigt beantragte, diese Petition ohne Ausschussberatung zu verhandeln. Die Mehrheit beliebe eine solche jedoch nicht und so geht diese Sache an den Petitionsausschuss. Ob damit dem genannten Arzt für seine verdienstvolle Arbeit Genugtuung geschehen dürfte, bleibt abzuwarten.

Mit dem vor einigen Jahren von der Stadt angekauften und vor kurzem wieder an die Verlinische Boden-Gesellschaft veräußerten Baublock an der Hohenzollernstraße scheint der Magistrat nicht besonders gute Erfahrungen gemacht zu haben. Verschiedentlich wurde von einigen Rednern ausgeführt, daß die Stadt bei diesem Verkauf noch „mit dem blauen Auge“ davongekommen sei, und tatsächlich mußte der Herr Oberbürgermeister selbst zugeben, daß die 23 Baugrundstücke „sehr teuer“ gekauft hatten, so daß der Stadtverordnete v. Frankenberg bedeutungsvoll sagte: „Schonman drüber“. Mit großer Mehrheit wurde diese Angelegenheit, an der sich indessen nichts mehr ändern lassen wird, zur nochmaligen Prüfung dem Rechnungs- und Finanzausschuss überwiesen.

Für die Einstellung von 17 Lehrpersonen an den Gemeindevschulen zum 1. April bzw. 1. Oktober 1906 wurden die erforderlichen Mittel bewilligt. Einen eigentlichen Standpunkt nahm bei dieser Gelegenheit der Stadtv. Ruznigt ein, der es nicht verhehlen konnte, daß die Klassenzimmer für 66 Kinder berechnet sind, während nur eine Durchschnittszahl von 48 vorhanden sei. Der Magistrat erklärte dem auch, daß in dieser Beziehung bereits „Erdwägungen“ stattgefunden hätten.

Der Einlegung einer gemischten Kommission über die Frage der Schaffung zweier unbesoldeter Stadtratstellen wurde zugestimmt, nicht ohne daß dabei ein Vergleich mit der Krankenhaus-Deputation gezogen und dem Magistrat wiederholt die Schuld an der Verzögerung der Fertigstellung des Krankenhausbaues vorgehalten wurde. Auf die Forderung eines Stadtverordneten zur Hinzuziehung des — freilich noch zu wählenden — dirigierenden Arztes gebrauchte der Herr Oberbürgermeister den gewiß drastischen Ausdruck: „Wir brauchen jetzt nur Maurergesellen, aber keinen Arzt!“ — Wir werden auf einen Fall, der bereits früher besprochen war und wo es sich um eine ungerechtfertigte Entlassung eines Maurergesellen gehandelt hat, zurückkommen.

Eine verdiente Niederlage erlitt der Magistrat mit seiner Vorlage betreffend den Verkauf eines städtischen Grundstücks zwischen der Martin Luther- und Verdeshagensstraße, das zur Zeit noch 217 Quadratruß groß ist und, wie behauptet wurde, für städtische Zwecke sich nicht verwenden lasse. Von unseren Parteigenossen wurde dem Magistratsvertreter darauf zugerufen: „Lesehalle! Badeanstalt!“ Ohne wesentliche Debatte wurde nach Ablehnung einer Ausschussberatung die Vorlage einstimmig verworfen und sodann nach kurzer Begründung durch Genossen Hoffmann die frühere Vorlage betreffend Bewilligung der Kosten zur Herstellung des städtischen Grundstücks an der Maxstraße für einen Spielplatz angenommen.

Daneben auf den Widerspruch des Stadtv. Rüter eingegangen, der die einseitige Annahme des Ortsstatuts für das Kaufmannsgericht bekämpfte, wurde in diesem Sinne beschloffen. Es bleibt somit der Entwurf mit unwesentlichen Kommissionsänderungen bestehen. Die bürgerliche Mehrheit zeigte keine Lust, auf die sozialdemokratischen Verbesserungsvorschläge einzugehen, und nach einem kurzen Referat des Rechtsanwalts Dr. Marwitz kam der obige Antrag zustande.

Wie der Staat gegen die Staatsbürger Krieg führt. Zum zweitenmal nicht bestätigt wurde von dem Landrat des Kreises Zauch-Belzig der Ziegeleibesitzer A. F. Schulze in Rahmitz bei Lehmin, welcher von der Gemeindevertretung wiederholt zum Gemeindevorsteher gewählt war. Auch der mit ihm zugleich als Schöffe gewählte Schuhmachermeister Friedrich Varnevit erhielt die Bestätigung nicht. Schulze hatte 1896 dadurch von sich reden gemacht, daß er als damaliger Gemeindevorsteher von Rahmitz in seinem Hause unserer Parteigenossin Frau Alma Palm, die in Lehmin keine Wohnung mehr finden konnte, Wohnung gab. Der damalige

Landrat v. Stülpmagel forderte Schulze, der sich zur freiwilligen Volkspartei rechnet, vergeblich auf, Frau Palm aus dem Hause zu entfernen, und suspendierte ihn schließlich vom Amte, worauf Schulze im Disziplinarverfahren vom Amt entlassen wurde. Trotzdem nun Schulze inzwischen zum Kreisrats-Abgeordneten von dem dritten Wahlbezirk des Wahlverbandes der Landgemeinden gewählt wurde und seine zweimalige Wahl zum Gemeindevorsteher von Rahmitz mit großer Mehrheit erfolgte, hat er die landrätliche Bestätigung nicht erhalten.

Wir Sozialdemokraten halten es in diesem Kriege bekanntlich aus; ja wir können sagen, daß die Mut, mit der der Staat einen Mann deswegen dauernd verfolgt, weil er eine Sozialdemokratin nicht gleich einem räudigen Hund behandelt hat, uns ein gewisses Behagen bereitet. Ein Staat, der sich stark und als Sieger fühlt im Kampfe gegen den „Umsturz“, verschmäht es, einem an sich loyalen Staatsbürger es heute noch entgelten zu lassen, daß er sich vor acht Jahren als anständiger und charaktervoller Mann bewährt hat. Solche Stücken, wie das vom Landrat des Kreises Zauch-Belzig verübte, sind notwendig, um der Bevölkerung zu zeigen, wie krank der Staat sich fühlt, der nach außen hin sich effektvoll in Theaterglanz aufbläht.

Rixdorf. Große Panik entstand am Montagabend unter den Bewohnern des Quergebäudes auf dem Grundstück Pannierstr. 18 infolge eines umfangreichen Kellerbrandes. In Brand geraten waren Dreimholz und Späne, welche einen derartigen Qualm verursachten, daß binnen kurzer Zeit das ganze Treppenhaus dermaßen verqualmt war, daß ein Passieren zur Unmöglichkeit wurde. Die Hausbewohner, welche nicht anders glaubten, als das Treppenhaus brennen, gerieten infolge dessen in kolossale Aufregung, die noch dadurch gesteigert wurde, daß einige Familien durch Öffnen der nach dem Flur führenden Türen ein Verqualmen ihrer Wohnungen verursacht hatten und nun in ihrer Angst weder aus noch ein wußten. Die freiwillige Feuerwehr erschien wenige Minuten nach der Alarmierung auf der Brandstelle und während ein Teil der Mannschaften die Löscharbeiten betrieb, drang der andere Teil in das Treppenhaus ein und schaffte durch Einschlagen der Fensterscheiben dem Rauche Abzug. Gleichzeitig suchte man die geängstigten Wohnungsinhaber zu beruhigen. Eine Frau und zwei Kinder wurden aus ihrer verqualmten Wohnung herausgeholt und glücklich ins Freie gebracht. Bald hatte sich der Rauch so weit verjagen, daß das Treppenhaus wieder passierbar war. Nach 1 1/2 Stunden war auch das Feuer gelöscht. Der Oberfeuerwehrmann Hiller hatte sich bei den Rettungsarbeiten eine starke Rauchvergiftung zugezogen, wurde aber durch Einflößen von Sauerstoff wieder hergestellt. Ueber die Entstehung des Brandes konnte nichts ermittelt werden.

Der hiesige Magistrat hat bekanntlich in der Steuer-Einzahlung infolge eines neuen Modus eingeführt, als er jetzt schon im ersten Quartalsmonat die Steuerbeträge einholen läßt, während bisher die Einziehung erst im zweiten Monat erfolgte. Der Grundbesitzer-Verein hatte nun um Verbeibehaltung des früheren Einziehungsmodus petitioniert, da viele Steuerzahler im ersten Quartalsmonat andere regelmäßige Ausgaben zu bestreiten hätten. Der Magistrat hat diese Petition mit dem Hinweis abgelehnt, daß zur Steuerzahlung im ersten Quartalsmonat rechtlich niemand verpflichtet sei, die frühere Einziehung auch nur im Interesse einer schnelleren Abwicklung der Geschäfte erfolge.

Spandau. Die diesjährige Delegiertenwahl für die Allgemeine Ortskrankenkasse fand erfreulicherweise ein etwas lebhafteres Interesse bei den beteiligten Arbeitern als in früheren Jahren. Die Listen der freien Gewerkschaften für die verschiedenen Gruppen gelangten glatt zur Annahme, in der ersten Gruppe wurde die Liste der in Massendingen ungewöhnlich rückständigen städtischen Arbeiter siegreich aus dem Felde geschlagen. Auch die Arbeitgeberwahlen brachten uns einen schönen Erfolg, insofern auch acht Arbeitgeber aus unseren Reihen gewählt wurden.

Reu-Weißensee. Der Gemeindevorstand lag im vom Gemeindevorstand ausgearbeiteten Entwurf eines Ortsstatuts betreffend Einrichtung eines Kaufmannsgerichts für den Gemeindebezirk vor, welches in seiner Fassung ohne größere Diskussion angenommen wurde. — Es handelte sich um die Wahl der Vorsitzenden des Gewerbegerichts auf der Tagesordnung; die bisherigen Vorsitzenden, besoldeter Schöffe Dr. Rabe, Kaufmann König und Kaufmann Voßmann, wurden wiedergewählt. — Mehrere Angebote von Grundstücken wurden seinerzeit der Grundbesitzerkommission zur Begutachtung überwiesen, jedoch lehnte diese den Ankauf der betreffenden Grundstücke als nicht vorteilhaft ab. Die „Verliner Morgenpost“ brachte in einer ihrer letzten Nummern einen Artikel über „Ein verlassenes Haus oder Familienleben im Schutt“, welches Mißstände in dem im Umbau begriffenen Armenhause kritisierte. Wenn diese Mißstände auch auf Wahrheiten beruhen, so trifft den Beschwerdeführer zumeist die größte Schuld an seinem Unbehagen, denn alle Versuche, ihn zu bewegen, das ungesellige Haus zu verlassen, scheiterten, da er laut Vereinbarung bis zum 1. April 1906 die Wohnräume innehaben kann. Eine ihm angebotene angemessene Entschädigung lehnte er rundweg ab. Da aber im Interesse der Ortsarmen die Fertigstellung des Umbaus beschleunigt werden soll, so wird nochmals der Versuch gemacht werden, diesen „hartnäckigen Mieter“ zum Verlassen des Hauses zu veranlassen, widrigenfalls er jede Unbill ertragen muß.

Teptow-Paumischuleweg. Die Erziehung zur Gemeindevertretung für den im August 1901 verstorbenen Gemeindevorstandes Jurdt findet aller Voraussicht nach am Dienstag, den 6. Dezember, statt. Dies Mandat wurde bisher von dem konservativen Bettmann fast ein Jahr, und dem Nijmisch-Kandidaten Schirmer zwei Jahre zu Unrecht ausgeübt. Die Arbeiterchaft hat aber jetzt dafür zu sorgen, daß der sozialdemokratische Kandidat gewählt wird. Neben allen Schwierigkeiten, die bei jeder Nachwahl zu überwinden sind, fällt der Umstand erweiternd ins Gewicht, daß die Wahl auf Grund der im Januar dieses Jahres aufgestellten Wählerliste erfolgt. In der Zwischenzeit erfolgten zwei Umzüge und da die Arbeiterchaft hierbei am stärksten beteiligt ist, ist es schwer, eine Agitation zu entfalten. Wir richten deshalb an alle Parteigenossen die dringende Bitte, bei den Arbeitskollegen und sonst in ihrem Bekanntenkreise nachzufragen, ob jemand im vorigen Jahre in Teptow-Paumischuleweg gewohnt hat und ihn an seine Wahlspflicht zu erinnern.

Gerichts-Zeitung.

Der antisemitische Reichstagsabgeordnete Werner hatte gegen den Rechtsanwalt Dr. Siegmann eine Privatklage angehängt. Er hatte bekanntlich seiner Zeit im Reichstage in einer Rede verschiedene Mißstände im Versicherungswesen einer Besprechung und das geschäftliche Verhalten der „Victoria“-Versicherungsgesellschaft einer scharfen Kritik unterzogen. Der Schriftsteller Potowski, der schon vorher eine Broschüre gegen die „Victoria“ veröffentlicht hatte, bemühte die Wiedergabe dieser Rede zu einer zweiten Broschüre. Er ist dieserhalb vor kurzem zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Direktion der „Victoria“ hatte auf Grund der Verbreitung der beiden Broschüren auf den Straßen Berlins gegen Verfasser und Drucker einer Schadenersatzklage angehängt welche der Rechtsanwalt Dr. Siegmann vor der Zivilkammer vertrat. In seinem Klaidoyer kam er auch auf die Werner'sche Rede zu sprechen und soll nach der Befragung mehrerer Zeugen diese als „bezahlte“ Arbeit bezeichnet, diesen Ausdruck aber bald hinwegzuwerfen vor der Kammer dahin deklarieren haben, daß er ihn nur im Sinne einer „bestellten“ Arbeit habe anwenden wollen. Die vom Abg. Werner daraufhin angehängte Privatklage hatte vor dem Schöffengericht keinen Erfolg. Dieses billigte dem Rechtsanwalt Dr. S. den Schutz des § 193 zu und erlaubte auf Freisprechung. — Hiergegen hatte Abg. Werner Berufung eingelegt. Das Gericht verwarf die Berufung jedoch.

Zur Last den Armen schuldig werden. Die Mutterliebe hat die Arbeiterfrau Ida Kummisch zu einer verhängnisvollen Vernachlässigung ihrer Pflichten geführt, die sie gestern vor der III. Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten hatte. Die Angeklagte verfiel bei Eichtwaabe an einer Kreuzung der Landstraße mit der Eisenbahn den Sperrdiensten, indem sie beim Herannahen eines Zuges die Sperrstangen, die den Bahnkörper gegen die Landstraße abschließen, herunterzulassen hat. Sie haust zu diesem Zwecke in einer kleinen Bude und verdient sich die 1,20 M., die für diesen Dienst täglich bezahlt werden. Ihr wird auch von allen Seiten das beste Zeugnis gegeben. Eines Tages hatte sie ihr krankliches Kind mit in die Bude genommen, was an sich nicht geschehen soll, von den Bahnmännern aber stillschweigend geduldet wird. An jenem Tage passierten kurz hintereinander zwei Züge jene Strecke. Bei dem Herannahen des zweiten Zuges hatte die Angeklagte vergessen, die Wehr rechtzeitig herabzulassen. Ihr Kind hatte geschrien, sie hatte in der Bude danach gesehen und darüber die Signalzeichen des Zuges überhört. Ein unglücklicher Zufall wollte es, daß gerade in dem kritischen Moment ein Gefährt aus dem benachbarten Gute über den Bahnkörper hinwegfahren wollte; es wurde von der Lokomotive erfasst und umgeworfen und nicht nur das Pferd und der Wagenführer erhielten Verletzungen, sondern auch ein vom Wagen geschleudertes Mädchen wurde recht schwer am Kopfe verletzt. — Die Angeklagte mußte zugeben, daß sie in der Sorge um ihr schreiendes Kind die gebotene Aufmerksamkeit nicht habe walten lassen. Sie wurde zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Wäre es nicht eher angebracht, die Personen zu der erwähnten Gefängnisstrafe zu verurteilen, die unter den erwähnten Umständen die unglückliche Frau auf einem so verantwortlichen Posten gestellt haben. Uns soll verlangen, ob die Arme die Strafe wirklich basieren muß.

Es geht auch ohne Justizhausgefängnis.

Vor dem Schöffengericht in Rudowwalde hatten sich zwei Schloffer zu verantworten, der eine wegen Verletzung eines Arbeitswilligen, der andere wegen Hausfriedensbruchs. Der Sachverhalt war folgender: Die Firma Behnisch in Rudowwalde hatte mit einem Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes das Abkommen getroffen, ausgelernte Arbeiter nicht unter 15 M. pro Woche zu entlohnen. Sie stellte aber dennoch einen jungen Mann mit 12 M. Wochenlohn ein. Als der Betroffene die ihm laut Abmachung mit dem Verband zustehenden 15 M. verlangte, wurde er entlassen. Hierauf traten die übrigen Arbeiter in den Streik mit der Forderung, den Entlassenen wieder einzustellen. Bei dieser Gelegenheit gab nun der Werkmeister des Betriebes dem einen Schloffer die Erlaubnis, sein Werkzeug aus den Geschäftsräumen zu holen. Dieser machte von der Erlaubnis Gebrauch und erhielt darauf die Anklage wegen Hausfriedensbruchs, die indessen mit Freisprechung endete. Anders sah das Gericht dagegen die Verletzung des Arbeitswilligen an. Der Verteidiger Dr. Heintemann u. Berlin hatte zwar darum ersucht, nicht etwa auf Umwegen die Verletzung in Verbindung mit § 163 der Gewerbe-Ordnung zu bringen, weil der Streik nicht eine Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern nur die Wiedereinstellung des Entlassenen bezweckt habe, mithin nur eine einfache Verletzung vorliege. Es sei dies einer jener Fälle, den die sogenannte Justizhausvorlage im Auge gehabt habe, nämlich auch solche Vergehen gegen Arbeitswillige schwerer wie gewöhnlich zu bestrafen, die mit dem § 153 an sich nichts zu tun hätten. Da die Justizhausvorlage nun aber nicht Gesetz geworden sei, so könne auch eine Bestrafung in diesem Sinne nicht erfolgen. Das Gericht erkannte ebenfalls an, daß dieser Streik nicht unter den § 153 falle, meinte indessen, das sei für die Höhe des Strafmaßes gleichgültig. Es handelte sich hier um eine Lücke des Gesetzes, die jedenfalls bald ausgefüllt werden dürfte. Im vorliegenden Falle konnte zwar nur eine einfache Verletzung in Betracht; immerhin aber sei es die Verletzung eines Arbeitswilligen; daher und mit Rücksicht auf die Vorstrafen des Angeklagten habe das Gericht auf eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen erkannt.

Ein Tier- und Menschenquälerei. Eine Art „Wankoller“ muß den Führern Karl Heimke bei einem von ihm verübten Erzeß befallen haben, der ihn gestern vor die vierte Strafkammer des Landgerichts I führte. Er war wegen schwerer Körperverletzung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Verleumdung und verschiedener Uebertretungen angeklagt. Der Angeklagte ließ in der Nacht zum 26. August sein Fuhrwerk, an welchem sowohl das Firmaschild als auch die brennende Laterne fehlte, führerlos vor einem Schanklokal in der Kottbuserstraße stehen. Während er sich drinnen gütlich tat, kam das Pferd drauhen durch irgend einen zufälligen Umstand zu Falle. Der hiervon benachrichtigte Angeklagte nahm dem Pferd diese Störung seiner Gemütslichkeit sehr übel und ließ drauhen seines Jorns an dem Gange dadurch aus, daß er ihn in barbarischer Weise mißhandelte. Er bearbeitete das wehrlose Pferd nicht nur mit der Peitsche, sondern stieß es auch fortgesetzt mit den Stiefelabsätzen in die Klauen, so daß das Tier mit den Hinterbeinen wie toll um sich schlug. Der herbeigeholte Schuttmann Kirch untersagte ihm diese Tierquälerei, wurde aber mit einer Plut von Schimpfworten, wie „blauer Hund“ und dergleichen bedacht und als er sich schäufend vor den Kopf des Pferdes stellte, packte ihn der Angeklagte bei der Brust und warf ihn rücklings auf das Pferd, so daß ihm Helm und Säbel entfielen und er in Gefahr geriet, von den Hufen des nervös gewordenen Pferdes getroffen zu werden. Der Aufforderung, zur Wache zu folgen, setzte Heimke lebhaften Widerstand entgegen. Ihn wurde gehalten, zunächst sein Pferd wieder aufzurichten. Als es wieder auf den Beinen stand, benutzte er es zu seiner persönlichen Verteidigung, indem er es am Kopfe festhielt und in den Seiten schielte, so daß das unruhige Tier fortgesetzt hinten ausschlug. Da der Angeklagte das Pferd auch gegen den Bürgersteig dirigierte, so traf ein Hufschlag einen dort stehenden Arbeiter Schulz gegen die Wade, der Getroffene stürzte zur Erde und zog sich dabei einen doppelten Bruch des rechten Armes zu, der eine Arbeitsunfähigkeit von 16 Wochen zur Folge hatte. Als der Angeklagte unter Beihilfe eines zweiten Schuttmannes schließlich zur Wache befördert wurde, führte er auf dem Wege dorthin noch die größtmögliche Schimpfereien gegen Polizei und Schuttmänner. Der Staatsanwalt beantragte wegen des überaus rohen Verhaltens des Angeklagten 1 Jahr Gefängnis und 4 Wochen Haft. Der Gerichtshof erkannte auf 9 Monate Gefängnis, 4 Wochen Haft und 40 M. Geldstrafe.

Wasserstand am 21. November. Elbe bei Müllig + 0,08 Meter, bei Dresden - 1,27 Meter, bei Regensburg + 1,47 Meter. — Ucker bei Straußgut + 1,30 Meter. — Oder bei Rathbor + 2,63 Meter, bei Breslau Ober-Vegel + 3,04 Meter, bei Breslau Unter-Vegel + 0,20 Meter, bei Frankfurt + 1,96 Meter. — Weichsel bei Braubrunne + 3,34 Meter. — Warthe bei Posen + 0,52 Meter. — Nege bei Uß + 0,75 Meter.

Marktpreise von Berlin am 21. November. Nach Ermittlungen des (gl. Völkerei-Präsidenten. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**) gute Sorte 17,65—17,68 M., mittel 17,61—17,62 M., geringe 17,57—17,58 M. Roggen**) gute Sorte 13,85—13,84 M., mittel 13,80—13,82 M., geringe 13,81—13,80 M. Zuttergerste**) gute Sorte 15,70—14,50 M., mittel 14,40 bis 13,90 M., geringe 13,20—12,10 M. Hafer**) gute Sorte 16,40—15,60 M., mittel 15,50—14,80 M., geringe 14,70—14,00 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—30,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—30,00 M. Klee 60,00—30,00 M. Kartoffeln 9,00—7,00 M. Nudeln 0,00—0,00 M. Eier per Schock 4,50—3,30 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schock 4,50—3,30 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 23. November 1904. Nacht und ziemlich trübe mit Niederschlägen und kühlen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Parteitag der Schweizerischen Sozialdemokratie.

Zürich, 21. November.

Im Prachtssaal der Tonhalle eröffnete Sonntag nachmittag 3 Uhr Genosse Reimann (Wiel), der Präsident der Geschäftsleitung der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei, den Parteitag mit einer kurzen Ansprache, in der er die große Bedeutung desselben, der der Partei ein neues Programm geben soll, betonte.

Es wick zunächst zur Behandlung des Geschäftsberichts der Geschäftsleitung geschritten. Dr. Faas in Bern fragt an, was die vom letzten Parteitag bestellte Kommission betreffend die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen im eidgenössischen Zivilrecht bis jetzt getan hat. Nach dem, was in der Presse darüber verlautete, ist nichts geschehen. Genosse Dr. Farbstein - Zürich erwiderte, daß in der Sache noch nichts verpaßt sei und die Kommission ihre Aufgabe erfüllen werde. Ohne weitere Debatte wurde der Geschäftsbericht genehmigt.

Ueber die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion des Nationalrates berichtete Greulich. Er konstatierte, daß die Fraktion immer bemüht war, bei jeder Gelegenheit den Standpunkt der Partei zu vertreten. Zunächst wurde mehrfach das Wort genommen bei der Budgetberatung, wo gegen die politische Polizei Stellung genommen, ferner die Vergebung der Arbeiten des Bundes zur Sprache gebracht wurde. Insbesondere ist verlangt worden, daß die Druckarbeiten des Bundes nur an Buchdruckereien vergeben werden, welche den Tarifvertrag haben und befolgen und organisierte Arbeiter nicht anstellen. Bemerkenswert war dabei, daß sich Bundesrat Forrer in sehr freundlichem Sinne über die Arbeiter-Gewerkschaften äußerte. Aufgeregte Debatten verursachten die Simphonberträge mit Italien und mit der Simphonunternehmung, in denen die sozialdemokratischen Redner der tiefgehenden Unzufriedenheit im Volke offen Ausdruck gaben. In Sachen des früheren Feiertagsabends am Sonnabend nachmittag und des Verbots des Wirtschankens von Arbeit trat die Fraktion entschieden für den Fortschritt ein. In der Frage der Revision des Fabrikgesetzes ergriff die Fraktion die Initiative und wurde der bezügliche Antrag dem Bundesrat überwiesen. Ueber den Stand der Vorarbeiten für die Krankenversicherung interpellierte Greulich den Bundesrat. Ferner beteiligte man sich an der Debatte über die immer mehr überwachende Bundesbürokratie, über die Frage der gesetzlichen Regelung der Unterstützung der Arbeitslosen und des Arbeitsnachweises. Um zu zeigen, wie schwer die Fraktion vorzugehen hat, führt er an, daß Dr. Brülhart die Angelegenheit eines höheren Bundesbahnbeamten, der sich Unterschlagungen hatte zu schulden kommen lassen, zur Sprache brachte, die Wichtigkeit der Anschulidigung vom Eisenbahnminister Bemp aber bestritten wurde. Bald danach stellte sich aber doch die Möglichkeit der Anschulidigung heraus und der Beamte wurde verurteilt. Schließlich bedauert Greulich, daß nicht mehr Sozialdemokraten im Nationalrat sitzen und namentlich einige richtige Draufgänger. Der Bericht erzielte lebhaften Beifall.

Forrer schlägt vor, daß als erster Diskussionsredner alle sozialdemokratischen Nationalräte seines Kreises, vor der Fraktion als solcher aber nicht und wahrscheinlich nicht derselbe auch der Bundesversammlung und dem Bundesrat. Namentlich in der Simphondebatte habe die Schärfe gefehlt. Scherrer habe sogar für seinen freundlichen Ton Bundesrätsliche Vorbeeren erntet. Er wünscht von den sozialdemokratischen Nationalräten einen schärferen Ton, denn wir schiden keine Diplomaten nach Bern, sondern Kampfgesellen. Greulich erwiderte, Adokat Kessler-Diltz bedauerte, daß die Beschränkung der Rechte der Eisenbahner in der Annahme von parlamentarischen Mandaten nicht zum Gegenstand einer Interpellation im Nationalrat gemacht wurde. Greulich erwiderte, daß die Fraktion die Angelegenheit im Nationalrat zur Sprache brachte, eine Interpellation erschien nicht zweckmäßig. Die Fraktion wird darauf übrigens noch zurückkommen.

Es folgte die Beratung des Programmwerfs.

Genosse Lang referierte unter der gespanntesten Aufmerksamkeit der großen Versammlung über das Programm in einer großen einständigen Rede. Einleitend erinnerte er daran, daß vor lediglich Jahren die Kommunisten Weiling, Julius Fröbel und Treischer in Zürich den ersten Versuch zur Schaffung einer sozialdemokratischen Bewegung machten, der aber durch brutale Verfolgungen, so auch durch ein Ausnahmengesetz vereitelt wurde. Die „Neue Zürcher Zeitung“ empfahl schon damals den Fabrikanten zur Mithilfe bei der Ausrottung der jungen Bewegung die Entlassung aller Arbeiter, welche Anhänger der neuen kommunistischen Bewegung sind. Sie wurde auch in der Tat unterdrückt, aber es waren auch die wirtschaftlichen Verhältnisse noch nicht so weit entwickelt, daß für sie der richtige Boden vorhanden gewesen wäre. Mitte der 80er Jahre wurde die Internationale gegründet, aber auch sie fand noch nicht viel Anklang bei den schweizerischen Arbeitern. Die Grütlibereine standen ihr entweder gleichgültig oder gar feindlich gegenüber. Aber mit der fortschreitenden kapitalistischen Entwicklung wuchs das Proletariat und das Klassenbewußtsein und so machte sich auch das Bedürfnis nach der Gründung einer sozialdemokratischen Partei fühlbar. Im Jahre 1888 erfolgte sie, wobei sich der verdorbene Genosse Sted in Bern große Verdienste erwarb. Es wurde auch ein Parteiprogramm aufgestellt. Im Laufe der Jahre, nachdem die Partei an Stärke und Bedeutung gewonnen und sich hervorragend auf kantonalem und kommunalem Boden betätigte, ergab sich die Notwendigkeit der Reorganisation der Partei wie der Revision des Programms. Die erstere wurde erfolgreich durchgeführt, die Aufstellung eines neuen Programms soll dieser Parteitag erledigen.

Bei der Aufstellung des Entwurfes haben wir uns natürlich nicht auf den Standpunkt gestellt, daß die Schweiz einen besonderen Sozialismus habe; wir stehen auf dem Boden des Marxismus. Aber wir wollten einen Entwurf ausarbeiten, der dem besonderen agitatorischen Bedürfnis der Schweiz angepaßt ist.

Rum gab Lang in großen Zügen ein Bild der kapitalistischen Entwicklung der Schweiz und des gegenwärtigen Standes derselben. Heute gibt es ca. 2000 Aktiengesellschaften mit über zwei Milliarden Franken Aktienkapital. Der größte Teil der nationalen Produktion entfällt auf sie. Der einzelne Aktionär ist für den Betrieb völlig gleichgültig geworden. Und so konnte auch die Eisenbahnverstaatlichung ohne jede Störung vor sich gehen. Und so wird die Umwandlung des ganzen Wirtschaftssystems nicht die Folge eines großen Krumms, sondern der Entwicklung und vieler energischer und ausdauernder Arbeit sein.

So ist der Kapitalismus in der Demokratie derselbe wie in anderen Ländern. Zur politischen Demokratie muß aber der Sozialismus kommen, ohne diesen bleibt sie eine Karikatur. Die demokratische Verfassung ist aber auch der Entwicklung zum Sozialismus günstig, ja es folgt nach ihr geradezu die Notwendigkeit des Sozialismus.

Rum beleuchtete Lang die einzelnen Abschnitte des theoretischen Teils des Programms und er schloß mit den Sätzen: Das ist der Rahmen, in dem wir uns bewegen müssen, aus dem wir nicht hinauszugetreten dürfen, wenn wir nicht aufhören wollen, Sozialdemokraten zu sein. Aber dieser Rahmen bietet einen weiten Spielraum für die Auffassung der Entwicklung unserer Partei und der bürgerlichen Gesellschaft im einzelnen und es ist durchaus begründlich, wenn wir in bezug auf die eine oder andere Frage nicht einer Meinung sind, so lange wir uns im allgemeinen Rahmen bewegen. Erfüllt das Programm die Erwartungen, die wir an dasselbe stellen, bringt es den schweizerischen Arbeiter der Idee des Sozialismus näher, d. h. den Sozialismus nicht nur zu betrachten als eine schöne Idee, sondern fängt er an, an den Sozialismus zu glauben, an seine Möglichkeit und an seine Notwendigkeit, dann hoffen wir, werde das auch die Folge haben, daß innerhalb der sozialdemokratischen Partei ein etwas brüderlicherer Geist herrscht, als wir ihn gegenwärtig etwa finden. Die Idee des Sozialismus soll eine Stütze finden in unseren Köpfen, in unseren Herzen.

Der Sozialismus soll auf der einen Seite uns erfüllen mit Abscheu gegen die kleine bornierte Engherzigkeit einer ungerechten bürgerlichen Gesellschaft, während er andererseits erfüllen soll mit einer tiefen Freude, weil es allen seinen Anhängern vergönnt ist, an der großen Kulturarbeit mitzuwirken, deren Lösung und Erfüllung Aufgabe der sozialdemokratischen Partei ist. (Beifall, minutenlanger Beifall.)

Es wurde mitgeteilt, daß 200 Delegierte erschienen sind, welche 20 000 organisierte Parteigenossen vertreten. Abends 7 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

In der am Montag vormittags 9 Uhr eröffneten Sitzung wurde nach Ablehnung einiger Abänderungsanträge das Parteiprogramm einstimmig angenommen.

Beim Punkt Reifezeit führte der Präsident Reimann aus, daß es sich nicht um eine Abschwächung der Reifezeit handle, wofür im Ausland eine Strömung sei, sondern darum, daß in Zukunft an der Reifezeit nur die Flugblätter vorbereitet werden, die von der Geschäftsleitung hergestellt werden. Es wurde demgemäß beschlossen.

In der Nachmittags-sitzung referierte Albrecht-Wiel über die Militärorganisation. Er besprach eingehend die neue Militärvorlage, ihre Entstehung und ihre Vorschläge, die durchaus reaktionär sind. Im einzelnen betonte er die Notwendigkeit der Pflege des Turnens bis zum 20. Lebensjahre. Aber noch notwendiger ist die Hebung der Volksernährung, mit der es wohl noch nie so schlecht stand als heute, was in der Langjährigkeitsfrist der Rekruten ihren schlimmen Ausdruck findet. Der obligatorische Vorunterricht ist abzulehnen, desgleichen jede andere Verlängerung der Dienstzeit. Unter keinen Umständen darf mehr gestattet werden, daß Militär anlässlich von Streiks aufgeboten werde. Ueber das weitere taktische Vorgehen möge der Parteitag entscheiden.

Von den verschiedenen Organisationen, so auch vom schweizerischen Metallarbeiterverband, ist zur Militärorganisation eine ganze Flut von Anträgen eingegangen und es entspann sich darüber eine sehr lebhaft Debatte, in der sich namentlich die Empörung über die Militäraufgebote bei Streiks immer wieder aufs neue geltend machte.

Behauerlicherweise wurde mit 84 gegen 37 Stimmen das Postulat der Wahl der Offiziere durch die Soldaten verworfen, eine uralt sozialdemokratische Forderung, für die besonders feinerzeit Karl Bürkli kämpfte. Mit 107 gegen 45 Stimmen wurde beschlossen, das strikte Verbot von Militäraufgebote bei Streiks zu fordern. Sodann wurden sämtliche vorliegenden Anträge dem Parteikomitee überwiesen zur Ausarbeitung einer bezüglichen Eingabe an das Militärdepartement.

Ein Antrag der Arbeiterunion Zürich, das Parteikomitee und das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes solle bei einem neuerlichen Militäraufgebote sofort an Ort und Stelle die Verhältnisse untersuchen und die nötigen Maßregeln ergreifen, wurde angenommen, desgleichen die Resolution:

„Die sozialdemokratische Partei fordert die Soldaten auf, bei Militäraufgebote anlässlich von Streiks sich ihrer Solidarität mit den streikenden Arbeitern bewußt zu sein und sich nicht zu Handlungen verwenden zu lassen, durch welche das Streik- und Versammlungsrecht ihrer Klassengenossen verflummern würde.“

Ein weiterer Beschluß geht dahin, daß bei Wiederholung von Militäraufgebote die Arbeiter aufgefordert werden sollen, alle freiwilligen militärischen Leistungen (Schießübungen, Militärvereine etc.) einzustellen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrats erhält den Auftrag, die administrativen Ausweisungen und den Beitritt der Schweiz zum Geheimvertrag betreffend die Anarchisten zu Sprache zu bringen. Weiter soll die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrats auf die Verstaatlichung der Wasserkräfte hinwirken.

Schließlich wird der Beschluß die Wahl der Offiziere durch die Mannschaften fallen zu lassen, wieder aufgehoben, also an dieser Forderung festgehalten.

Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages sollen der Rassenstreit und die Beteiligung an den bürgerlichen Regierungen gesetzt werden.

Mit einem begeisterten dreifachen Hoch auf die schweizerische Sozialdemokratie wurde um 6 Uhr der Parteitag geschlossen.

Vermischtes.

Opfer der Arbeit. Aachenfurt. Im südöstlichen Teil des Karawankentunnels fand heute eine Explosion schlagender Wetter statt, wobei elf Arbeiter getötet wurden.

Ein neuer Planet. Der Direktor der Landessternwarte auf dem Königstuhl bei Heidelberg, Hofrat Max Wolf, hat auf dem Wege der Himmelfotografie einen neuen Planeten dreizehnter Größe entdeckt.

Kampf zwischen Taucher und Kraken. Im Hafen von Kapstadt hat der Taucher Palmer von der Kapstädtischen Hafenverwaltung eine schreckliche Erfahrung mit einem Riesenkraaken gemacht. Palmer war 35 Fuß unter Wasser, an der Stelle, wo ein Schiff auf den Hafensand gestoben war. Plötzlich schoß hinter einem Block losgelöstem Mauervortels der Arm eines Kraken (Octopus) hervor, der sich fest um das eine Bein des Tauchers legte; ein zweiter umfaßte dessen einen Arm. Langsam zog sich dann das Tier aus seinem Versteck hervor und sog sich mit allen Fühlern an seinem Opfer fest. Palmer hatte kein Messer und konnte sich deshalb nicht wehren. Glücklicherweise behielt er Selbstgegenwart und zog den Signalfisch, und die Männer auf der Oberfläche begannen ihn herauszuziehen. Als er aus dem Wasser heraufkam, war er vollständig von dem scheußlichen Geschöpf bedeckt und der Ohnmacht nahe. Das Tier ließ ihn nicht los, als man ihn ins Boot zog. Die einzelnen Fangarme des Kraken mühten mit Messern und Weifen von dem Körper des Tauchers abgelöst werden. Als man das Tier ausbreitete, maß dieses von Fangarm zu Fangarm 11 1/2 Fuß.

Brandunglück im Obdenburgischen. Im Jaderkreuzmoor ereignete sich ein schreckliches Brandunglück. Das Anwesen des Landmanns Frels brannte total nieder. Als die Löscharmaturen, die das brennende Heu ausgefahren hatten, auf der Brandstätte noch mit Löschen beschäftigt waren, stürzte plötzlich eine Giebelmauer nieder, die durch den Brand in schräge Richtung gekommen war und begrub unter ihren Trümmern Herrn Frels, seine Frau, seinen Vater und seine Schwägerin. Die beiden letzteren waren zum Besuch gekommen, um sich die Brandstätte anzusehen, Frels' Vater, so erzählten Augenzeugen, war sofort eine Leiche, Frels junior, seine Frau und seine Schwägerin sind sehr schwer verletzt, so daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Der sofort hinzugerufene Arzt erbat sofortige Hilfe eines zweiten Arztes, um den Schwerverletzten die Notwendigkeit anzulegen. Frels junior stürzte sich aus Verzweiflung in einen Graben, wurde aber wieder gerettet. Die beiden Schwerverletzten wurden sofort ins Krankenhaus überführt.

Die Pest. Aachen, 22. November. Hier ist der Ausbruch der Pest konstatiert und Quarantäne verhängt worden.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (wozu Buchstaben oder eine Zahl angegeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementnummer beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Königsbrunnhausen. Selbstverständlich, doch teilen Sie uns Ihre Adresse mit.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 3 Mark.

§. 109. 1. Rein. 2. Ja. 3. Rein. 4. In drei Jahren. — §. 1. Sind die Zähne unbrauchbar und lehnt der Zahnarzt ab, sie zu brauchbar zu gestalten, so haben Sie nichts zu zahlen. Wie die hernach ausschlagende Frage vom Richter beantwortet wird, hängt in erster Linie vom Gutachten des vom Gericht zu vernehmenden Sachverständigen ab. — W. R. 77. 1. Rein. 2. Wir lehnen es grundsätzlich ab, bestimmte Geschäfte, Versicherungsgesellschaften usw. zu empfehlen. — W. R. Sie müssen einen Schein bei der Polizeibehörde lösen. — Franz Grunber. Ist Ihre Frau minderjährig (noch nicht 21 Jahre), so ist sie in die durch Ihre Unterthätig gemachte Bestellung nicht gebunden. Ist sie volljährig, so ist sie zur Abnahme von so viel Lieferungen verpflichtet, als ihr Bestellheft befragt. Sie als Ehemann haften für diese Verpflichtung ihrer Frau selbständig. — S. W. Die Berliner Hundsteuer ist für das volle Halbjahr auch dann zu zahlen, wenn der Besitzer den Hund in dem Halbjahr abschafft oder wenn der Hund in dieser Zeit stirbt. — S. Rigo. 1. Rein. 2. Körperliche Fehler. — Rixdorf, Bergstr. 163. Ihr Bruder soll schamhaft Unzulassung von der Berufsvereinschaft beantragen. Ein Beispiel für solche Anmelde sind Sie S. 576 Nr. 33, nähere Darlegungen über die Rechte aus dem Urteil S. 597 ff. der vierten Auflage des „Arbeiterrechts“. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — Luise 12. 1. Sie müßten einen entsprechenden Antrag an das Vormundschaftsgericht richten. 2. 1874. — S. B. 1. Vor Aufstellung einer Ehecheidung ist ein Ehebündnis erforderlich. Erscheint in diesem Befragter nicht, so gilt der Ehebündnisversuch als fruchtlos. Erscheint Kläger nicht, so gilt die Ehebündnis als nicht erfolgt. 2. Zur Entfernung von Farbe aus Wäsche dient u. a. Nitronenlauge, Kleefalz, Salzsäure, Chloralkali. Jedoch greifen die letzten drei Mittel auch die Wäsche selbst an. Da das anzuwendende Mittel vom Stoff der Wäsche und der Farbe abhängt, ist es geraten, die Wäsche einer chemischen Reinigungsanstalt zu übergeben. — G. R. 99. Sie trennen.

Unsern Genossen Reinhold Leskau zu seinem heutigen Wegegast ein dreifach donnerndes Hoch!!! 1495 Die alten Genossen der III.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Todes-Anzeige.

Am 20. d. M. verstarb unser Mitglied, der Maurer

Albin Hetzer

(Bringen-Allee 39).

Seine Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 2 Uhr von der Halle des neuen Baulehrstuhls (Wilmersdorf, Seestraße) aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Steppteden

Man kann am preiswertesten nur direkt in der Fabrik, 72 Wilmersdorf, wo auch alle Steppteden aufgearbeitet werden.

Steppteden aufgearbeitet werden.

W. Strohmendel, Berlin 14.

Steppteden aufgearbeitet werden.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Allen Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Albin Hetzer

am 20. November 1904 im Alter von 25 Jahren an Herzbeutelentzündung verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Baulehrstuhls in der Seestraße aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Die Verbandsleitung.

Danksagung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, den Kollegen der Fabrik von Schwarzkopf, dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande und den Genossen des letzten Berliner Reichstags-Wahlkreises für die rege Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters den tiefgefühlten Dank.

Die trauernde Witwe Martha Maiwald nebst Kindern.

Zentralverband der Töpfer (Zentrale Berlin). 1904/15

Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 20. d. Mts., verstarb unser langjähriges Mitglied

Karl Ohlemann.

(Seine letzten Stunden)

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Hermanns-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung der Kollegen bitten Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem ausposaunenden Metallarbeiter-Verband sowie dem Gesamtverband und den streikenden Kollegen der Firma Heise und den Jugendfreunden lagen mir für rege Beteiligung und zahlreiche Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, meines guten Bruders und Schwagers

Wilhelm Gallung

unsern innigsten Dank.

Die Gatte Helene.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Kollege

Wilhelm Dörfel

am 21. November 1904 im Alter von 61 Jahren an Herzleiden gestorben ist.

Seine Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Baulehrstuhls in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Die Verbandsleitung.

Danksagung.

Für die rege Beteiligung und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau

Amalie Cohn

lage allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten meinen innigsten Dank.

Simon Cohn,

Dandstraße 80a.

Jetzt wieder Einzel-Verkauf

direkt aus der Fabrik

zu spottbilligen Preisen nach beendetem Engros-Saison.

Jackets

4 1/2 - 5 1/2 - 6 1/2 bis 7 - 30 M.

Capas

3 1/2 - 4 1/2 - 5 - 6 bis 36 M.

Abendmäntel a. Golf

Capas 6 1/2 - 7 1/2 - 8 1/2 bis 26 M.

Beste Preise! Bei Vorzeig dieses Inserats 5% Rabatt. Beste Preise!

Fabrik Pelz, Kurstr. 41-42.

(Sonnt. geöffnet.)

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.

Bestellungen u. Maß, tabell. Ausg. in eigener Werkstatt.

Spezialgeschäft für Herren-Bekleidung.

Kein Waren-Kredithaus.

J. Kurzberg,

An der Jannowitzbrücke I. 1.

Bahnhof Jannowitzbrücke.

Spezialität!

Meine Leibbinden und Bruchbänder mit pa. Federn sind diebestenstehenden u. vorzüglichsten.

Sehrerlei Beschwerden. Rührendem empfehle mein Lager v. Gummistrümpfen, Wickelbinden aller Art für Krampfadern, sowie Fußpolster, hygienische Gummisohlen etc. (Brauenbedienungs.)

A. Reiche, Bondgäßl, Liebknecht-Krankenhaus, Berlin C., 15. Sebestr. 15.

Dr. Simmel, Preisz.

Sir. 41.

Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Für den Inhalt der Zusätze übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 23. November.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sperhans. Der Ring des Nibelungen. Zweiter Abend: Siegfried.
Neues König. Opern-Theater. Hochmann als Erzähler.
Deutsches. Raststube.
Berliner. Im bunten Rod.
Leitung. Florian Geier.
Wespen. Die Hebermanns.
Thalia. Der Weibertöchter.
Welle. Alliance. Der Millionenbauer.
National. Die Favoritin.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater.) Wallensteins Lager. Hieraus: Die Piccolomini.
Schiller N. (Friedrich-Bühnenstädtisches Theater.) Die Jüdin von Toledo.
Zentral. Der Generalkonsul.
Rahm. 4 Uhr (Kindervorstellung): Däumelchen.
Neues. Die lustigen Weiber von Windsor.

Kleines. Nachtst.
Carl Weiß. Senta Wolfsburg.
Reißens. Eine Hochzeitssnacht.
Lustspielhaus. Biederleute.
Luise. Der Registrator auf Reisen.
Trianon. Gastons Frauen.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Kalno. Wildes Blut.
Deutsch-Amerikanisches. New-York. Hyello. Berliner Lust. Spezialitäten.
Herrnfeld-Theater. Prinz Levy in Ahlbeck.

Passage-Theater. Dida. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Palast. Ringkämpfe. Spezialitäten.
Urania. Tausendstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater: Von der Zugspitze zum Watzmann.
Hörsaal um 6 Uhr: Dr. B. Donath: Akustische Resonanz.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
Hörsaal: Tierleben in der Wildnis.

National-Theater.
Weinbergstr. 12a-13b.
Mittwoch, den 23. November 1904:
10. Mittwochsk-Abend.
Die Favoritin.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Donnerstag: Donna Juanita.
Freitag: Gastspiel Provesti: Fedora.

Zentral-Theater.
Halbe Preise, 2 Kinder ein Billett.
Nachmittags 4 Uhr Kindervorstellung:
Däumelchen.
Märchenstück mit Gesang und Tanz
in 6 Bildern.
Abends: Der Generalkonsul.
Operette in 3 Akten v. G. Reinhardt.
Donnerstag: Der Generalkonsul.
Freitag: Das tolle Mädel.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Registrator auf Reisen.
Donnerstag: Robert und Vertram.
Freitag zum erstenmal: Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.
Sonnabend: Der Registrator auf Reisen.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenicker-Station
Str. 67-68
Jannowitzbr.
Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel Adolf Philipp.
NEW-YORK
5 Bilder m. Gesang u. d. Nachtieb.
einer Weltstadt, Text und Musik
von ADOLF PHILIPP.
Sonntag nachmittags 3 Uhr!!
HALBE PREISE
Ueberrn
großen
TEICH.

Apollo-Theater.
8 Uhr: Die
November-Spezialitäten
und **Simone**, der Stern von Nizza.
Pantomime.
Musik von Bertrand de Dorval.
Hierauf:
Berliner Luft.
Musik von Paul Lincke.

Metropol-Theater.
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom
Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Giampietro.
Josef Josephi. Anton Grinfeld.
Frid Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts.
(Ballett)
Aussuchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Urania, Tausendstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Hörsaal 6 Uhr:
Dr. B. Donath: Akustische Resonanz.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
Hörsaal:
Tierleben in der Wildnis.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
„Es war einmal —!“
Großer orient. Märchenzyklus
in lebensgroßen plastischen
Figuren mit verbindendem
Text und Musikbegleitung.

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.
Anf. nachm. Wochent. 5 Uhr,
Sonntags 3 Uhr.
Kurzes Gastspiel des berühmten Gedankenlesers
Bror Sundeen aus Stockholm.
Phänomene des sechsten Sinnes.
Lucie König,
das erstklassige Mädel.
Der magische Kessel.
die Erschaffung eines
Weibes aus d. Nichts.

Lustspielhaus
Friedrichstraße 236.
Zum 47. Male:
Biederleute.
Donnerstag: Biederleute.
Freitag 3. erstenmal: Der Familien-
tag. Sonnabend und Sonntag: Der
Familientag. Sonntag nachm. 3 Uhr:
Drei und Abschied vom Regiment.
Montag: Biederleute.

Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Sonntags 7 1/2-8 Uhr **Konzert.**
Nur noch kurze Zeit!
Wildes Blut.
Gesangssposse in 3 Akten v. Ramnadt.
Borch. d. Brill. Rosener-Spezialitäten.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräber.

Residenz-Theater.
Dir.: **Richard Alexander.**
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Eine Hochzeitssnacht.
Schwan in 3 Akten von G. Récourt
und H. Barre.
Anatol Durofel: Richard Alexander.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die 300 Tage.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Gastons Frauen.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittags: Ihr zweiter
Mann.

Gebrüder Herrinfeld-Theater.
Die stürmisch bejubelte
Situationskomödie:
Prinz Levy in Ahlbeck
Schwan in drei Akten von Anton
und Donat Herrinfeld.
Prinz Levy: Donat Herrinfeld.
Prinzipal, dessen Reisebegleiter:
Anton Herrinfeld.
Herrn wirken mit:
Ferd. Gräneckler. Emil Skok.
Jacques Glaser. Joseph Aschinger.
Gustav Gollbach. Fritz Ruß.
Eugen Neukert. Walter Lassen.
Max Zilzer. Reinhold Goldbach.
Hugo Döblin. Bernhard Forster.
Carla Mützbauer. Poldi Ruß.
Julie Leibl-Hahn. Käthe Dreher.
Else Gressin. Ella Marion.
Angelika Frey. Hedwig Wiese.
Manny Lemke. Elisabeth Thorwest.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurter Straße Nr. 132.
Direktion M. Ed. Fischer.
Lehle Boche.
Senta Wolfsburg.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Senta Wolfsburg.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-
vorstellung: Snowwittenchen und die
sieben Zwerge. Sonntag nachm. 3 Uhr:
Der Raub der Sabinerinnen.

Skala-Theater.
Einieustr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
August kommt.
Poffe mit Gesang in einem Akt,
folgte
30 international. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen
jeden Abend 8 Uhr:
Militär-Konzert.
Diensttag, Donnerstag,
Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiserpalast
Tanz.

WINTERGARTEN
Anne Dancrey
die prächtige Pariser Sängerin
und Tänzerin.
Everhart der Reifenkönig.
Patty-Frank-Truppe
Meisterschaftsturner.
Cliffe-Berzac
zählt jedermann
2000 Mark, der auf seinem
rotierenden Tisch 45 Sekunden
stehen kann.
200 Mark, der auf seinem Esel
aufrecht sitzend reiten kann.
Außerdem
weitere 10 hervorragende Spezialität.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O.
(Ballner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager.
In 1 Akt von Friedrich Schiller.
Die Piccolomini.
In 5 Akten von Friedrich Schiller.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Wallensteins Tod.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.
Schiller-Theater N.
(Friedrich-Bühnenstädtisches Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Historisches Trauerspiel in 5 Akten
von Franz Grillparzer.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Tyrannei der Tränen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.

Kleines Theater
Vereinigte Bühnen unter der Leitung von **Max Reinhardt.**
Anfang 8 Uhr.
Nachtsyl.
Donnerstag: Der grüne Kakadu.
Der tapfere Kassian.
Palast-Theater
Burg-Str. 22. | Direktion:
Richard Geun-Palast. | Rich. Winkler.
Große internationale Ringkampf-Konkurrenz
unter dem Protektorat des Herrn Professor **Reinhold Begas.**
9 Uhr. präzise 9 Uhr.
1. **Beucairois,** Franzose, gegen **John Pohl-Absl.,** Deutscher
Entscheidungs-Ringkampf. Beginn:
9 Uhr.
Wenn es die Zeit gestattet, ringen noch: 2. **Petroff,** Bulgare, gegen
Michael Hitzler, Würtzler. 3. **Riesbacher,** Rumänier, gegen
Francois de Ridder, Belgier.
Bei der voraussichtlich langen Dauer der Entscheidungskämpfe fangen
dieselben von heute ab Punkt 9 Uhr an.
Vorher: **Theater u. Spezialitäten.** Anfang 7 1/2 Uhr. Vorverk. 10-11 Uhr.
Einlaß 6 1/2 Uhr. Preise der Plätze wie gewöhnlich.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. Internat. Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Zirkus Schumann.
Heute Mittwoch, den 23. d. Mtz.,
nachm. 3 1/2 Uhr:
Auf vielseitiges Verlangen.
Matinee.
Große brillante Familien- und Kinder-
Vorstellung
mit einem extra zur Belustigung der
Jugend eingerichteten Programm.
In beiden Vorstellungen, nachmittags
und abends:
Die größte Sensation der Gegenwart.
Münstedts
Liliput-Zirkus-
Vorstellung.
Die größte Sebenswürdigkeit. Die
reizendsten Keinen Liliputener als
Zirkuskünstler in jedem Genre. Die
mächtigste schöne Ausstattung der
Miniatur-Gala-Equipagen etc.
Nachmittags zum Schluß:
Die große Ausstattungs-
Pantomime **Marokko.**
Nachm. a. allen Plätzen **Ein Kind frei!**
ohne Zuschuhne: **Ein Kind frei!**
Jedes weitere Kind bis 12 Jahre
halbe Preise (außer Galerie).
Außerdem in beiden Vorst.: **Der**
phänomenale Dachgiggleitler Mr. Agudo
Budkow, das großart. neue Progr. u.
Dir. **Alb. Schumanns** Konstitutions-
Um 9 1/2 Uhr: **Kolossaler Erfolg!**
Das große mimische Drama in 8 Akten:
Der Kurier des Zaren.

Zirkus Busch.
Gala-Abend!
Katharina II.
der menschliche
Coco, Wunderaffe.
Rotweg, Mittelstr. a. d. Dr. Grimsgaard.
Die vorzüglichsten Akrobaten und die
anderst. Gala-Programmnummern.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Don Carlos.
Ein dramatisches Gedicht in 5 Auf-
zügen von Friedrich v. Schiller.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag: Extra-Elite-Vor-
stellung: **Der Tanzstiefel.** Große
Gesangssposse.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner
Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Nachmittags 3 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Germania-Prachtsäle
Chausseestr. 103. Arnold Scholz.
Jeden Mittwoch:
Hamburger Sänger
(Steidl, Wolf).
Ein kritischer Tag.
Instrumental-Gesamtspiel
von **W. Wolf.**
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugsplätzen haben Gälligkeit.

Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater,
Frankfurter-
Allee 85.
Das großartige Novemberprogramm
neu! **Lilly Durand Neu!**
mit ihrer Verwandlungsummer
Großstadtleben.
Neu! **Ostarr Trio** Neu!
großartige Kopfbalancé auf schwingen-
dem Trapez, sowie die noch übrigen
erklaffigen Spezialitäten.

Brauerei Königstadt.
Schönhäuser Allee 10/11.
Jeden Mittwoch:
Horst's
Nordd. Humoristen
und Quartettsänger.
Alle Bands haben
Gälligkeit.

Bräutigam
Spezialitäten-
Theater,
Frankfurter-
Allee 85.
Das großartige Novemberprogramm
neu! **Lilly Durand Neu!**
mit ihrer Verwandlungsummer
Großstadtleben.
Neu! **Ostarr Trio** Neu!
großartige Kopfbalancé auf schwingen-
dem Trapez, sowie die noch übrigen
erklaffigen Spezialitäten.

Bräutigam
Spezialitäten-
Theater,
Frankfurter-
Allee 85.
Das großartige Novemberprogramm
neu! **Lilly Durand Neu!**
mit ihrer Verwandlungsummer
Großstadtleben.
Neu! **Ostarr Trio** Neu!
großartige Kopfbalancé auf schwingen-
dem Trapez, sowie die noch übrigen
erklaffigen Spezialitäten.

Bräutigam
Spezialitäten-
Theater,
Frankfurter-
Allee 85.
Das großartige Novemberprogramm
neu! **Lilly Durand Neu!**
mit ihrer Verwandlungsummer
Großstadtleben.
Neu! **Ostarr Trio** Neu!
großartige Kopfbalancé auf schwingen-
dem Trapez, sowie die noch übrigen
erklaffigen Spezialitäten.

Sanssouci.
Rottbuser Tor - Stat. der Hochbahn.
Heute Theater-Abend:
Ein deutscher Schulmeister.
Vollständig in 5 Akten.
Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Seite: **Tanzkränzchen.**
Jeden Dienstag
und Mittwoch:
Theater-Abend.

Otto Pritzkows
Abnormitäten - Ausstellung
Anfang 8 Uhr.
lebender Kuriositäten!
Medizinische Rätsel,
anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!

Blank's Schnitt-
muster
einzig und allein zuverlässig, machen
Selbstanfertigung aller Kleider spie-
gend leicht. Tausende Frauen (oben
sie!) - Viele 100 neue Modelle zeigt
Blank's Modellsalon, Nr. M. 1, 30 (Bris-
marken) Franko-Zusendung durch
R. BLANK, Adth. 2, Berlin SW,
Kommandantenstr. 31.

Mk. 290000 Mk.
Auf 20 Lose 1 Gewinn!
Am 23. November
u. folgende Tage:
Endgültig Ziehung der
Düsseldorfer Lotterie
Haupttreffer:
40000 Mk.
20000 Mk.
10000 Mk.
25000 Gewinne mit
170000 Mark Wert.
Lose 4 Mk., 11 Lose 10 Mk.
Auf 11 Lose 1 Gewinn!
Vom 10.-17. Dezember cr.:
Endgültig Ziehung
der 3. und letzten
St. Rochus-Lotterie.
Haupttreffer:
30000 Mk.
10000 Mk.
5000 Mk.
15379 Gewinne mit
120000 Mark Wert.
Lose 2 Mk., 11 Lose 20 Mk.

Günstige Offerte: 5 Ausstellungs- und
3 Rochuslose Mk. 10.
Porto 10 u. jede Liste 20 Pfg. (Nachnahme 20 Pfg. teurer).
Original-Lose **Ferd. Schäfer, Düsseldorf**
empfiehlt: **Lose in Berlin zu haben bei:**
Generalv. K. v. Holwede, Seestr. 65, H. Kron, Alexanderstr. 54,
Julius Mahlo, Unter d. Linden 13, E. Schumacher, Königstr. 59,
J. Milonawski, Unter d. Linden 61, E. Meyer jr., Stralauerstr. 54,
F. W. Scheuermann, Kommandantenstr. 1-2, E. Lange, Potsdamer-
strasse 131, H. Brohmer, Liebenknechtstr. 2, E. Dunja, Brunnenstr. 120,
A. Hanke, Prenzlauerstr. 27, Gust. Sock, Mückensstr. 85,
O. Stippkohl, Neanderstr. 27, L. Müller & Co., Breitestr. 5,
H. Rendelmann, Friedrichstr. 205, Karl Luchel, Neue
Friedrichstr. 42.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Mittwoch, den 23. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15 (Saal 5):
Brandenversammlung der Parkettleger.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission vom dritten Quartal 1904. 92/5
2. Verbands-Angelegenheiten.
3. Branchen-Angelegenheiten und Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Billets a 30 Pf. zur 75-jährigen Jubiläums-Feier des Kollegen
W. Schmitz (genannt **Zula**), welches am Sonnabend, den 3. De-
zember im Gewerkschaftshause stattfindet, sind auf den Zahlstellen und im
Verbandsbureau zu haben.
Der Obmann.

Branche der Modell- und Fabriktschler.
Donnerstag, den 24. November, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
bei **Schmidt, Gartenstraße Nr. 6.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **W. Mielche** über: Störung der Gehör-
funktion durch mäßigen Alkoholgenuß.
2. Branchen-Angelegenheiten.
3. Verschiedenes.
Die Kommission.

Branche der Stellmacher.
Donnerstag, den 24. Nov. 1904, abends 8 1/2 Uhr, bei Pfeiffer,
Rosenthalerstraße 57:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Brückner** über: "Anwaltsversicherungsgesetz".
2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Die Kommission.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.
(E. G. Nr. 2 Hamburg.) - Verliche Verwaltung Berlin.
Donnerstag, den 24. November 1904, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal III).
Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom dritten Quartal. 2. Ver-
schiedene Kasienangelegenheiten.
Der Vorstand, **Richard Schröder, Köpenicker. 82.**

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.
(E. G. Nr. 2 Hamburg.) - Verliche Verwaltung Berlin.
Donnerstag, den 24. November 1904, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal III).
Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom dritten Quartal. 2. Ver-
schiedene Kasienangelegenheiten.
Der Vorstand, **Richard Schröder, Köpenicker. 82.**

Achtung!
Mittwoch, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr:
Volks-Versammlung
des vierten Berl. Reichstags-Wahlkreises (Osten)
bei Anton Docker, Weberstraße 17.
Tages-Ordnung:
Verkündung der Wahl-Ergebnisse aus dem 22. und 30. Kommunal-Wahlbezirk.
Vertreter, welche gemäß dem am Tage der Wahl im 22. Kommunal-Wahlbezirk zu helfen, mögen sich heute, Mittwoch, früh 8 Uhr im Hauptwahlbureau, Friedrichsbergstr. 19, bei Wasowitz melden.
Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

5. und 6. Wahlkreis.
Die Verkündung der Wahl-Ergebnisse für den 22. und 30. Kommunal-Wahlbezirk findet
Mittwoch, den 23. November, 9 Uhr abends
in den Borussia-Sälen, Ackerstraße 6/7, statt.
Die Vertrauensleute.

Achtung!
Mittwoch, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr:
2 Volks-Versammlungen
im Zwinnemünder Gesellschaftshaus, Zwinnemünderstr. 42,
und im Gesellschaftshaus Wedding, Müllerstr. 7.
Tages-Ordnung:
Die Frauen und die Genossenschaftsbewegung.
Referenten: Frä. Else Lüders und Simon Katzenstein.
Die Einberufer.
Neben daselbe Thema sprechen am 28. November: Frau Dr. David in „Sabels Brauerei“ und Simon Katzenstein im „Maricabab“, Bahnhofsstr. 35/36.

Achtung!
Mittwoch, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr:
2 Volks-Versammlungen
im Zwinnemünder Gesellschaftshaus, Zwinnemünderstr. 42,
und im Gesellschaftshaus Wedding, Müllerstr. 7.
Tages-Ordnung:
Die Frauen und die Genossenschaftsbewegung.
Referenten: Frä. Else Lüders und Simon Katzenstein.
Die Einberufer.
Neben daselbe Thema sprechen am 28. November: Frau Dr. David in „Sabels Brauerei“ und Simon Katzenstein im „Maricabab“, Bahnhofsstr. 35/36.

12. Ziehung 5. Klasse 211. Kgl. Preuss. Lotterie.
Gewinn am 22. November 1904, vermittelt.
Nur die Gewinne über 240 Mk. und des betreffenden Summen in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Rückruf verboten.

56 231 79 465 92 506 31 774 04 1102 330 41 58 85
443 58 640 731 10001 95 2086 492 529 40 947 91 3102
28 277 826 28 623 39 74 727 828 902 4013 302 466 530
676 740 804 930 5198 308 502 632 726 10001 6045
64 10001 128 256 391 96 492 539 813 78 916 35 7094 61
167 75 240 62 603 912 10001 78 8092 138 321 538 66
10001 625 916 62 230 92 10001 519 52 994 98
10291 331 439 617 937 56 11016 152 77 202
10001 308 671 738 45 806 10001 93 976 12593 619
775 934 13240 53 55 365 488 564 78 99 638 751
52 10001 802 10001 91 936 10001 39 14076 109 218 77
98 550 854 15064 704 876 16012 91 115 465 615 56
10001 941 17113 53 73 10001 211 50 10001 382 83 477
551 712 18206 393 94 531 10001 80 741 858 61
19120 361 72 548 66 631 718 98 985
20131 240 10001 57 338 966 750 21182 248 307
821 10001 625 763 22003 10001 112 13 35 256 10001
625 57 10001 833 23048 132 239 90 10001 507 705 41 89
10001 912 57 24334 10001 76 408 540 615 748 25450
600 65 26067 139 49 92 429 62 88 716 47 27110
10001 233 363 531 608 17 937 63 75 25003 105 21
10001 62 279 96 316 31 487 80 718 813 29040 79 183
82 266 318 75 519 600 751 944

30429 74 681 784 31041 10001 396 412 60 329 59
88 10001 501 10001 92 10001 939 10001 62 10001 32115
265 79 639 58 61 72 712 67 804 969 33107 53 215 380
688 89 719 10001 90 889 957 30462 10001 159 69 15991
310 410 26 74 44 881 10001 928 10001 35004 20 89
111 85 297 84 404 10001 382 806 60 10001 36003 42
62 79 118 10001 60 470 10001 91 809 29 56 771 829 907
70 37032 119 209 16 87 330 888 951 92 38944 68
177 411 62 59 60 10001 546 75 96 10001 871 39028
32 78 183 267 454 509 28 29 10001 38 827 18001 844
10001 96 939 10001 65 74

40434 10001 641 64 92 763 823 79 41048 80 115
10001 475 555 79 644 95 96 10001 727 42019 65 312
10001 70 469 529 10001 53 10001 637 43138 249 57
442 10 0001 68 76 10001 641 932 10001 44327 494
564 790 10001 834 10001 95 952 45162 406 10001 27
648 49 94 738 922 40594 94 10001 275 385 435 264
644 65 92 338 47080 104 70 324 95 517 654 10001 709
48 48053 159 365 905 732 58 10001 97 818 10001 84
10001 49000 196 286 312 62 495 639 716 813 62 99
909 10001

50009 17 40 138 72 274 337 435 10001 58 619 756
810 948 77 81 85 99 51033 266 305 10001 475 711 874
52007 12 130 10001 84 447 74 509 11 10001 68 90 738
994 53197 203 530 57 90 10001 66 647 932 91 54127
225 47 99 423 715 998 82 55101 32 59 783 85 906 29 90
56904 267 544 86 10001 615 781 10001 824 57033
10001 64 232 43 85 799 809 58003 94 202 50 443 10001
601 763 71 880 59109 216 304 863 963 10001 87

60032 94 268 78 303 427 66 10001 546 76 783 914
61471 707 59 59 88 62967 177 233 346 590 99 629
33 43 829 21 63021 60 48 295 307 10001 422 75 746
62 931 64364 10001 444 33 602 45 797 802 62 963
65099 110 25 268 328 428 510 70 696 719 67 833 988
66107 10 90 429 10001 536 670 794 819 921 68 10001
67035 145 10001 275 302 530 99 838 49 60 706 850
10001 68000 14 10001 44 87 157 279 334 84 577 663
703 97 890 953 69028 594 624 764 906 29 70

70853 390 5 464 588 10001 938 63 10001 81
71181 10001 249 250 539 54 61 639 10001 822 10001
72127 363 83 501 44 556 81 50 692 10001 72 73155 227
53 329 55 10001 601 10 705 90 908 74116 10001 39
729 65 490 881 625 49 56 75 98 796 887 10001 859
75066 88 363 692 12 803 70026 67 96 99 100 22 205
348 414 538 633 988 10001 94 77032 363 85 78 219
67 353 10001 493 557 634 10001 99 78274 376 839
10001 661 10001 812 74932 10001 190 399 313 10001
434 59 518 24 33 609 763 874 949 77

80106 7 99 301 448 521 646 10001 411 69 774 825
941 81104 62 150001 315 10001 411 69 774 825
982 82630 63 104 85 342 905 728 10001 90 812 30 88
915 83144 91 816 10001 31 783 932 84205 455 899
85084 326 91 434 57 98 350 650 754 10001 913 10001
59 10001 80006 49 287 800 87079 96 90 151 247
307 8 24 58 10001 473 96 539 84 691 77 92 873 88331 51
623 782 89094 115 10001 55 997 201 9 48 88 10001 311
85 10001 424 528 620 81 838 909

90060 118 210 86 464 93 601 43 700 73 833 10001
908 91041 121 51 10001 452 817 937 10001 50 81
92017 100 220 24 362 41 699 96 839 93126 213 334
85 413 548 310 18 20 31 88 994 96 94012 20 28 251
89 499 785 888 95018 100 290 316 434 81 690 701 58
900 10001 96297 14 99 10001 396 448 512 685 965
97064 994 10001 917 75 98176 10001 246 410 93
674 97 837 47 963 99053 120 10001 213 302 658
89 775 915 21 72

100533 625 74 833 10001 101666 392 410 42
10001 90 571 10001 783 889 907 102056 100 273
821 640 740 906 57 103061 225 72 80 451 674 10001
706 45 104007 82 94 234 88 310 434 81 690 701 58
904 67 105003 10001 99 177 206 10001 325 483 506 92
823 798 816 10001 90 10001 911 106073 316 74 737
886 10703 64 82 252 62 398 649 79 713 76 821 914
72 108182 244 10001 52 529 608 36 51 10001 724 37
85 94 897 902 10001 109005 65 10001 202 39 334 409
67 514 963 89 761 878

Orts-Krankenkasse
der
Stadt Schöneberg.
Am Mittwoch, 30. November 1904,
abends 8 Uhr, findet im Wilhelmshof,
hier, Oberstr. 80, eine
Ordentl. General-Versammlung
statt, zu welcher die Delegierten
hierdurch eingeladen werden.
Tages-Ordnung:
1. Wahl des Ausschusses zur Prü-
fung der Rechnung für 1904.
2. Wahl von Vorstandsmitgliedern.
(3 Arbeiter, 3 Arbeitnehmer.)
3. Beschaffung eines Kassensafes.
4. Statutenänderungen:
a) zu § 11 Verlängerung der
Rechtsfrist für die Arbeitgeber.
b) zu § 40 Entschädigung für
Beimwohnung der Vorstands-
mitglieder etc.
5. Entstellung eines Beamten.
6. Berichtendes. 27/19
Der Vorstand.
H. Küter. G. Flamm.
Vorsteher. Schriftführer.

Das Kaiserkolli!
sehr be-
liebt
1 Dos. ca. 35 ff. Delikatodher.
1 Stck. ff. Rauchlachs.
1 Dos. ff. neue Olsardinen.
1 Dos. pikant. Appetitsal.
1/2 Pfd. ff. Fettsprossen.
1 ganzer frischer Rauchaal.
Alles neue ff. Ware und nur
3/4 Mk. 49/18
Otto Kaiser, Swinemünde No. 24A.

Achtung! Kistenmacher.
Heute Mittwoch, den 23., abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas Festsälen,
Andreas-Strasse 21:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung: Der Tarifbruch der Berliner Kistenfabrik (Anhaber K. Opitz) und unsere Stellung dazu. 2. Diskussion.
Alle Kollegen müssen erscheinen.
NB. Die Firmeninhaber sind hiermit zu dieser Versammlung eingeladen.
Die Lohnkommission.

12. Ziehung 5. Klasse 211. Kgl. Preuss. Lotterie.
Gewinn am 22. November 1904, vermittelt.
Nur die Gewinne über 240 Mk. und des betreffenden Summen in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Rückruf verboten.

27 10001 108 235 10001 68 88 437 48 572 610 860
1072 136 223 550 748 62 801 22 78 912 51 2068 370
650 67 85 88 90 736 74 989 3020 173 262 303 44 55
489 130001 516 631 897 4104 45 370 409 19 562 88
655 757 5664 65 85 115 86 10001 89 10001 237 404 46
88 534 48 130001 62 91 721 10001 802 77 926 6017
10001 78 117 463 7189 384 535 763 8078 207 67
433 76 854 9013 44 200 91 93 398 549 85 960 62
10012 32 409 16 83 880 92 10001 828 47 838 11216
342 47 814 12094 10001 106 62 286 10001 434 53
643 13001 452 333 628 29 781 916 80 14058 94
10001 208 358 83 483 10001 921 15001 428 61 665
625 729 50 10025 170 204 330 50 654 10001 63 722
61 813 929 17015 80 51 10001 306 431 69 502 61
639 79 18048 126 83 59 10001 299 982 19049 168
230 459 519 724 27 854 89 68 927 61

20632 34 10001 64 243 321 43 99 456 611 10001
836 61 945 21890 119 349 10001 413 79 579 79 99
667 803 57 973 22156 70 10001 346 69 99 497 10001
782 23028 86 101 455 629 45 788 830 24001 62 69
308 10001 61 458 590 713 56 83 913 25184 252 43
44 639 44 10001 873 26433 578 782 580 82 27012
75 301 82 539 94 676 948 10001 25601 809 10001
970 29103 306 10001 74 459 504 56 10001 684
30672 88 341 617 965 31051 10001 241 99 318
540 48 684 54 729 53 860 10001 52123 234 63 336 71
529 434 55 635 761 833 943 33087 194 275 308 82
723 653 64 732 835 95 34070 95 414 48 530 10001
83 10001 767 87 35062 10001 81 224 639 673 74
36099 206 56 85 380 501 50 55 94 740 816 969 97025
79 416 827 86 35688 10001 174 229 1501 61 361
462 870 89 606 39284 10001 69 313 411 544 90 613
76 947

40001 47 101 15 26 225 45 394 22 10001 947
41215 442 82 10001 852 42038 36 78 396 136001 22
308 477 676 708 827 10001 43241 354 89 452 588 712
899 44177 372 417 805 49 799 835 945 10001 45029
182 10001 349 436 732 62 46144 244 53 444 826 708
865 10001 33 997 47025 113 450 56 898 10001 777
957 48046 109 265 10001 336 490 86 772 10001 49257
326 50 785 77 827

50005 10001 35 10001 130 226 53 330 438 79 578
10001 70 25 925 10001 51138 84 94 330 61 402 27
951 52029 160 283 333 437 634 711 10001 48 59
10001 809 53025 234 304 741 885 904 47 50 54179
367 422 43 508 55 88 642 901 73 913 55018 18 141
388 502 23 737 921 56036 291 1331 459 88 159 10001
781 10001 947 57393 97 419 10001 694 10001 9 682
703 807 10001 900 58039 56 10001 76 10001 148
50 53 87 289 314 10001 71 605 10001 754 872 50061
10001 73 86 229 72 315 16 579 790 10001 87 831

60010 10001 281 333 716 836 982 61276 436 590
625 790 827 88 62054 10001 304 10001 462 82 935
63110 63 306 10001 37 329 98 606 64114 82 564 81
615 721 810 29 65085 204 90 391 10001 14 459 713 828
909 66033 44 180 215 347 447 578 79 610 806 71 94
67096 215 19 47 375 885 44 778 84 65055 309 340
483 545 602 22 75 838 56 906 82 89 60202 323 65 563
75 716 930 56

70011 306 72 432 47 560 771 900 58 71132 39 42
84 214 18 36 95 428 066 64 847 72076 513 649 64
10001 701 63 73134 67 130 10001 54 78 270 72 380
444 505 47 672 710 803 99 915 74173 74 262 330
10001 465 526 93 621 835 58 75082 185 358 419 516
72 80 650 94 76109 320 324 642 70 718 20 38 842
77110 226 467 556 83 10001 658 827 35 69 706 70800
110 83 212 457 59 789 887 974 79302 493 794 857 80
913 71

80120 31 36 86 10001 228 605 12 84 837 900 13
41 66 10001 81088 129 486 519 833 10001 82 500
915 71 82136 385 413 565 10001 609 54 991 83053
372 90 20 10001 46 84283 330 54 479 81 907 988 78
85033 60 67 149 245 530 92 614 10001 92 10001
789 890 66007 123 80 10001 84 87 214 333 464 729
973 77 87001 172 371 81 613 32 722 42 51 60 61 10001
819 38 88062 9 10001 148 68 67 584 692 795 877 10001
89182 213 87 336 67 329 699 901 95

90123 251 62 65 404 661 74 10001 862 91033
109 19 62 404 38 54 530 50 755 10001 845 92206 516
665 80 628 78 93004 60 72 219 83 476 324 33 607 10001
845 87 88 10001 83 94321 29 10001 477 95147 52
10001 244 48 302 456 619 67 874 982 96942 71 219
42 46 423 10001 49 566 10001 723 78 95 97074 10001
116 10001 371 94 433 35 683 890 950 86 98441 162 70
10001 297 28 10001 354 388 10001 806 975 86 99154
71 10001 95 272 389 457 10001 74 91 328 641 806 99
651 10001

100106 240 342 480 666 101108 38 97 489 770
10001 809 71 10001 947 83 102004 137 139 10001
78 330 406 10001 25 62 10001 58 86 92 10001 59 659
624 78 714 16 83 817 10001 25 32 81 10001 103017
189 211 333 738 911 85 104084 151 10001 221 82 362
10001 35 83 467 583 105066 62 226 306 431 62 68
514 20 617 738 88 891 106960 125 549 699 10001 721
810 107038 136 216 77 426 878 108171 72 83 383
462 677 93 880 968 109021 32 313 45 433 10001 503
66 625 75 63 803 10001 11 028 54

110099 322 32 462 945 625 60 787 933 111023
262 10001 306 789 874 112 19 95 165 222 50 401
592 37 645 10001 748 817 901 39 113475 592 87

Freireligiöse Gemeinde zu Berlin.
Donnerstag, den 24. Nov., abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale
des Gistekers, Chausseestraße Nr. 88: 62/9
Öffentliche Versammlung.
Vortrag von Fräulein Ida Altmann:
1. Widersprechen die Bestimmungen der Freireligiösen Gemeinde
den Zielen der Volksschule und dem allgemeinen Staatsinteresse?
2. Bericht über den internationalen Freireligiösen Kongress in Rom.
Freier Meinungsäustausch - Zahlreicher Besuch sehr erwünscht.

Fachverein der Tischler
Berlins und Umgegend. 189/9
Mittwoch, den 23. November, abends 8 Uhr, im „Fürstenhof“,
Köpenickerstraße 137/38:

Fortsetzung der Generalversammlung
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.
Verband der Schneider u. Schneiderinnen
Filiale Berlin.
Mittwoch, den 23. November 1904, abends 8 1/2 Uhr,
in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder - Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Waldeh Manasse über:
„Der Kampf um das Fein“. 2. Mitteilungen der Ortsverwaltung.
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Gäste haben Zutritt. 163/15 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kistenmacher.
Heute Mittwoch, den 23., abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas Festsälen,
Andreas-Strasse 21:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung: Der Tarifbruch der Berliner Kistenfabrik (Anhaber K. Opitz) und unsere Stellung dazu. 2. Diskussion.
Alle Kollegen müssen erscheinen.
NB. Die Firmeninhaber sind hiermit zu dieser Versammlung eingeladen.
Die Lohnkommission.

12. Ziehung 5. Klasse 211. Kgl. Preuss. Lotterie.
Gewinn am 22. November 1904, vermittelt.
Nur die Gewinne über 240 Mk. und des betreffenden Summen in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Rückruf verboten.

613 007 114012 10001 65 223 44 332 417 34 658 744
829 97 992 115136 301 349 96 443 45 78 99 533 59
688 632 116004 83 177 228 10 0001 67 89 389 442
10001 501 625 117009 10001 88 108 29 204 25 5001
304 75 79 540 44 19 73 703 42 880 10001 934 10001 38
80 10001 118308 416 513 622 7 83 903 119101
6 79 226 33 10001 302 74 10001 80 428 578

